



Verfassungsschutzbericht 2009

Freistaat Thüringen



Verfassungsschutzbericht

Freistaat Thüringen

2009

Pressefassung

Inhaltsverzeichnis

I.	Einige Informationen zum Verfassungsschutz	7
1.	Verfassungsschutz – Instrument der streitbaren Demokratie	7
2.	Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV)	8
II.	Rechtsextremismus	10
1.	Überblick	10
1.1	Das rechtsextremistische Potenzial in der Bundesrepublik Deutschland.....	10
1.2	Das rechtsextremistische Potenzial in Thüringen	11
2.	Ideologischer Hintergrund	12
3.	Rechtsextremistische Parteien	13
3.1	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD).....	13
3.1.1	Der Bundesverband der NPD	13
3.1.1.1	Entwicklung der Partei	13
3.1.1.2	Ideologie der Partei	17
3.1.1.3	Strategie der Partei	18
3.1.2	Der Thüringer Landesverband der NPD	19
3.1.2.1	Entwicklung des Landesverbands	19
3.1.2.2	Kreisverbände.....	20
3.1.2.3	Personelle Zusammensetzung	20
3.1.2.4	Das Verhältnis der Thüringer NPD zu anderen Rechtsextremisten	22
3.1.2.5	Internet/Publikationen	23
3.1.2.6	Beteiligung an den Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen	23
3.1.2.7	Landesparteitag und Konzepte für die Zukunft.....	26
3.1.2.8	Sonstige Aktivitäten des Landesverbands.....	28
3.1.2.9	Bewertung und Ausblick	30
3.1.3	„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	31
3.2	„Deutsche Volksunion – Die neue Rechte“ (DVU)	32
4.	Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)	35
4.1	Ideologischer Hintergrund.....	35
4.2	Organisationsformen der Neonaziszene im Allgemeinen	35
4.3	Zusammenarbeit mit der NPD.....	38
4.4	Die Neonaziszene in Thüringen	38
4.4.1	Kameradschaften	39
4.4.2	„Autonome Nationalisten“ (AN).....	42
4.4.3	Sonstige Personenzusammenschlüsse	42
4.4.4	Zusammenarbeit mit der Thüringer NPD.....	45
4.4.5	Vereinsaktivitäten von Neonazis.....	45
4.4.6	Gewaltpotenzial der Neonaziszene	47
4.4.7	Aktivitäten und Themenschwerpunkte der Neonaziszene	47
4.4.8	Von Rechtsextremisten herausgegebene Regionalzeitungen in Thüringen	49
4.4.9	Von Rechtsextremisten genutzte Immobilien in Thüringen.....	52
5.	Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	53
5.1	Botschaften rechtsextremistischer Musik.....	54
5.2	Wirkung rechtsextremistischer Musik.....	55
5.3	Outfits in der rechtsextremistischen Musikszene	56
5.4	Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppierungen.....	56
5.5	Die rechtsextremistische Musikszene in Thüringen.....	57
5.6	Organisation und Ablauf rechtsextremistischer Konzerte im Allgemeinen.....	58

5.7	Rechtsextremistische Konzerte in Thüringen.....	59
5.8	Produktions- und Vertriebsstrukturen	62
6.	Sonstige Gruppierungen	63
7.	Politisch motivierte Kriminalität – Rechts – im Überblick.....	65
III.	Linksextremismus	66
1.	Überblick.....	66
2.	Ideologischer Hintergrund	66
3.	Autonome	67
3.1	Allgemeines.....	67
3.2	Die autonome Szene in Thüringen	69
3.3	Thüringer Autonome und ihr „Antifaschismus“-Verständnis.....	71
3.4	Autonomer „Häuserkampf“	77
4.	Anarchisten	79
4.1	Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU) mit Anbindung an die „Internationale Arbeiter Assoziation“ (IAA)	80
5.	Marxistisch-leninistische Parteien und sonstige Organisationen	80
5.1	„Kommunistische Plattform“ (KPF) der Partei „DIE LINKE.“	80
5.2	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	82
5.3	„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD).....	84
5.4	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	85
5.5	„Rote Hilfe e.V.“ (RH).....	87
6.	Politisch motivierte Kriminalität – Links – im Überblick.....	88
7.	Frühere, fortwirkende unbekannte Strukturen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR	88
IV.	Ausländerextremismus	89
1.	Überblick.....	89
2.	Islamismus.....	89
2.1	Internationaler islamistischer Terrorismus	90
2.1.1	Jihad-Propaganda	91
2.1.2	Ausbildung in Terrorcamps der „al-Qaida“	92
2.1.3	Mitglieder der „Sauerland-Gruppe“ vor Gericht.....	92
2.2	Die Lage in Thüringen	93
2.2.1	Einflüsse des Salafismus (Verdachtsfall).....	93
2.2.2	Islamistische Bestrebungen im Einzelnen.....	94
2.2.2.1	„Muslimbruderschaft“ (MB)	94
2.2.2.2	Tablighi Jama’at (TJ – „Gemeinschaft der Verkündigung und Mission“)	95
2.2.2.3	„Tschetschenische Republik Itschkeria“ (CRI)/„Tschetschenische Separatistenbewegung“ (TSB)	96
3.	„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK).....	98
3.1	Überblick, allgemeine Lage	98
3.2	Organisatorische Situation	99
3.3	Finanzierung.....	100
3.4	Propaganda und Themenschwerpunkte.....	100
V.	Scientology-Organisation (SO).....	103
1.	Gesetzliche Grundlagen für die Beobachtung.....	103
2.	Organisationsstruktur	103
3.	SO in Thüringen	104

VI.	Ereigniskalender extremistischer Bestrebungen in Thüringen.....	105
VII.	Organisierte Kriminalität (OK).....	108
1.	Aufgaben des Verfassungsschutzes.....	108
2.	Beobachtungsgegenstand in Thüringen	108
3.	Fazit	110
VIII.	Spionageabwehr	111
1.	Überblick.....	111
2.	Proliferation	112
3.	Wirtschaftsspionage	113
4.	Methoden der Nachrichtendienste.....	114
5.	Ausblick.....	114
IX.	Geheimchutz.....	116
1.	Allgemeines	116
2.	Personeller Geheimchutz	116
3.	Materieller Geheimchutz	117
4.	Sonstige Überprüfungen	118

I. Einige Informationen zum Verfassungsschutz

1. Verfassungsschutz – Instrument der streitbaren Demokratie

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Freistaats Thüringen garantieren allen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an Freiheit. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung ist es die Aufgabe der Gesellschaft, denjenigen Kräften entgegenzuwirken, die die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen wollen. Das Grundgesetz legt folglich nicht nur die Prinzipien des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats fest, es trifft auch Vorkehrungen zu seinem Schutz.

Die streitbare Demokratie beschreitet – notwendigerweise – einen schwierigen Weg, indem sie auch gegenüber ihren Gegnern grundsätzlich Toleranz übt. Denn auch Personen, Vereinen und Parteien, die den demokratischen Staat beseitigen wollen, stehen die Freiheitsrechte – wie zum Beispiel das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht – zu.

Jedoch liefert sich die streitbare Demokratie den Bestrebungen politischer Extremisten nicht tatenlos aus. So sind beispielsweise nach den Artikeln 9 und 21 des Grundgesetzes das Verbot verfassungswidriger Parteien und Vereine oder nach Artikel 18 die Aberkennung von Grundrechten möglich. Außerdem verfügt unser Rechtsstaat über effektive Institutionen, deren Aufgabe darin besteht, als „Frühwarnsystem“ politischen Extremisten entgegenzuwirken und die konstitutiven Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzusichern. Ein wesentliches Element der streitbaren Demokratie stellen die 17 Verfassungsschutzbehörden dar, die der Bund und die Länder unterhalten. Im Freistaat Thüringen ist die Verfassungsschutzbehörde als Landesoberbehörde 1991 errichtet worden.

Die Verfassungsschutzbehörden gehen vor allem der Frage nach, aus welchen Parteien und Gruppierungen sich das extremistische Spektrum zusammensetzt und welche Ziele es verfolgt. Ebenso klären sie Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste auf. In einigen Bundesländern, darunter Thüringen, beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen der Organisierten Kriminalität (OK). Die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden sollen es den zuständigen Stellen ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie solcher Gefahren zu treffen, die von Aktivitäten der OK ausgehen.

Der jährlich erscheinende Verfassungsschutzbericht dient der Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsschutzrelevante Bestrebungen. Diese ist dann geboten, wenn auf Tatsachen gestützte Anhaltspunkte vorliegen, die in ihrer Gesamtschau zu der Bewertung führen, dass ein Personenzusammenschluss verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und damit die Feststellung seines extremistischen Charakters verbunden ist. Eine Berichterstattung kann aber auch bereits dann in Betracht kommen, wenn hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen vorliegen, die aufgrund eines im konkreten Fall hinzutretenden besonderen Aufklärungsinteresses der Öffentlichkeit eine Erwähnung erfordern. Diese Verdachtsfälle sind als solche im Text kenntlich gemacht.

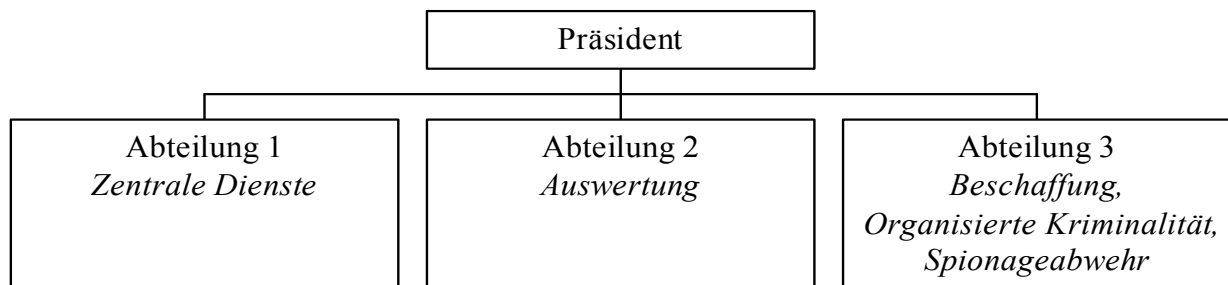
Die Verfassungsschutzbehörden unterliegen der Kontrolle insbesondere durch die Innenminister, durch die von den Parlamenten eingesetzten Kontrollgremien, durch die Gerichte, durch die Bundes- bzw. Landesbeauftragten für Datenschutz sowie durch die Medien. Sie besitzen keine Zwangsbefugnisse, die vorrangig in die Zuständigkeit der Polizeibehörden fallen. Sie unterscheiden sich grundlegend sowohl von der „Geheimen Staatspolizei“ (Gestapo)

der Nationalsozialisten als auch vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR. Jene waren darauf ausgerichtet, totalitäre Staaten abzusichern und abzuschirmen, wohingegen der Verfassungsschutz die freiheitliche demokratische Grundordnung schützt. Darüber hinaus besaß das MfS keinerlei rechtsstaatliche gesetzliche Grundlage und unterlag dementsprechend auch keiner rechtsstaatlichen Kontrolle. Verstand sich die Staatssicherheit als „Schild und Schwert der SED“, dienen die Verfassungsschutzbehörden keiner Partei, sondern sind dem Mehrparteiensystem verpflichtet.

2. Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV)

Aufbau und Organisation des TLfV

Das TLfV verfügte im Haushaltsjahr 2009 über 97 Stellen und Planstellen. Für die Wahrnehmung seiner Aufgaben waren ihm durch Haushaltsgesetz Mittel in Höhe von 5.269.300 € zugewiesen. Das Amt ist wie folgt strukturiert:



Die Fachaufsicht über das Landesamt führt das Thüringer Innenministerium, Referat „Verfassungsschutz, Geheimschutz“.

Abteilung „Zentrale Dienste“

Die Abteilung „Zentrale Dienste“ ist für den inneren Dienstbetrieb und für fachübergreifende Aufgaben des Amtes zuständig. Sie umfasst die Bereiche Grundsatz- und Rechtsfragen, Geheimschutz, Personal, Haushalt, Innerer Dienst, EDV sowie Registratur, Öffentlichkeitsarbeit und Berichtswesen.

Von den nach außen wirksamen Aktivitäten dieser Abteilung sind die Organisation und Durchführung von Vorträgen, die Beantwortung von Bürgeranfragen und die Herausgabe periodischer Berichte hervorzuheben. Im Jahre 2009 hielten Mitarbeiter des TLfV rund 40 Vorträge zu den verschiedenen Beobachtungsbereichen des Verfassungsschutzes. Sie richteten sich vorrangig an Multiplikatoren aus dem Bereich der politischen Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft, aber auch an Lehrer und Schüler, in der Jugend- und Sozialarbeit Tätige sowie an die Vertreter unterschiedlichster Thüringer Verbände und gesellschaftlicher Interessengruppen. Außerdem wirkte das TLfV – wie in den Jahren zuvor – beratend und unterstützend an verschiedenen kommunalen Präventionsprojekten mit.

Das 8. Fachsymposium des TLfV am 19. November widmete sich dem Themenfeld „Islamistischer Terrorismus – Hintergründe, Ziele, Akteure“. In den Fachvorträgen beleuchteten die Referenten neben den Ursachen des Phänomens zugleich dessen Tragweite und die daraus erwachsenden Herausforderungen für die deutschen Sicherheitsbehörden. Zu den ca. 100 Gästen zählten Vertreter politischer, wissenschaftlicher und öffentlicher Institutionen sowie verschiedener Bundes- und Landesbehörden.

Seine periodische Berichterstattung versteht das TLfV als Serviceangebot gegenüber der Öffentlichkeit und den Fachbehörden, insbesondere solchen, die Aufgaben der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wahrnehmen.

Im Bereich des personellen und materiellen Geheimschutzes werden Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung von Geheimnisträgern und Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind, unterstützt. Sie werden beraten, wie Verschlusssachen durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

Abteilung „Auswertung“

Die Abteilung „Auswertung“ erhält von der Abteilung „Beschaffung“ Informationen zu den Aufgabefeldern Links-, Rechts- und Ausländerextremismus sowie frühere, fortwirkende Strukturen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR. Sie lenkt diesen Informationsfluss, führt die Erkenntnisse mit anderen Informationen, etwa aus offen zugänglichen Informationsquellen, zusammen und wertet sie aus. Darüber hinaus ist sie mit den Verfahren der Post- und Telekommunikationsüberwachung (G10) betraut.

Abteilung „Beschaffung, Organisierte Kriminalität, Spionageabwehr“

Diese Abteilung hat die Aufgabe, durch Ermittlungen und den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln (z. B. Observationen, Führen von sog. Vertrauensleuten) die für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags erforderlichen Informationen zu beschaffen. Darüber hinaus obliegt ihr, die unerlaubte Tätigkeit fremder Nachrichtendienste im Freistaat aufzuklären und Informationen über Bestrebungen der Organisierten Kriminalität in Thüringen zu erheben.

„Thüringer Informations-Auswertungs-Zentrale von Polizei und Verfassungsschutz“ (TIAZ)

Aufgabe der TIAZ, einer Projektorganisation des Thüringer Landeskriminalamts (TLKA) und des TLfV ist es, Informationen zu politisch motivierter Kriminalität in den Phänomenbereichen „Rechts“, „Links“ und „Ausländer“ sowie den Erscheinungsformen des internationalen Terrorismus zu bündeln und einer gemeinsamen Analyse zuzuführen. Die TIAZ übernimmt darüber hinaus die Aufgaben des Freistaats Thüringen im Wirkbetrieb der „Antiterrordatei“ (ATD).

Kontakt:

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz

Postfach 450 121

99051 Erfurt

Telefon: (03 61) 44 06-0

Telefax: (03 61) 44 06-251

Internet: www.verfassungsschutz.thueringen.de

E-Mail: kontakt@tlfv.thueringen.de

Thüringer Innenministerium

Referat 23

Steigerstraße 24

99096 Erfurt

Telefon: (03 61) 37-93 900

Telefax: (03 61) 37-93 111

II. Rechtsextremismus

1. Überblick

1.1 Das rechtsextremistische Potenzial in der Bundesrepublik Deutschland

Die seit dem Jahr 2004 im rechtsextremistischen Spektrum zu beobachtenden Entwicklungstendenzen erfuhren angesichts zahlreicher im Berichtszeitraum stattgefundener Wahlen ihren Kulminationspunkt. So setzte sich die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) weiter von der „Deutschen Volksunion“ (DVU) ab und sicherte ihre dominierende Position im rechtsextremistischen Spektrum. Obgleich die NPD im Wahlkampf eine hohe Mobilisierungs- und Organisationsfähigkeit bewies, blieb sie nicht von einer sie insgesamt schwächenden internen Führungs- und Strategiediskussion verschont.

Die noch im Jahr 2008 zu beobachtende Zusammenarbeit mit der DVU in der „Volksfront von Rechts“¹ fand im Berichtszeitraum ihr Ende. Nach den anhaltenden Diskussionen um den „Deutschlandpakt“² war dieser nach einer Modifizierung zugunsten eines Antritts der NPD bei der Thüringer Landtagswahl schließlich seitens der NPD aufgekündigt worden, als sie ihre Kandidatur auch bei der Landtagswahl in Brandenburg bekannt gab. Wenngleich die NPD damit der Erwartung eines Großteils der „Freien Kräfte“ entsprach und diesen zur Wahlkampfunterstützung mobilisieren konnte, wirkten parteiinterne Streitigkeiten um die Gesamtstrategie und das Verhalten einiger Führungsfunktionäre den erhofften Synergien entgegen. Weder in Thüringen noch in Brandenburg ist der Einzug in das jeweilige Landesparlament gelungen. Die Euphorie, in Sachsen eine weitere Legislatur dem Landtag anzugehören, wurde durch das auf 5,6 % gesunkene Ergebnis (2004: 9,2 %) gedämpft.

Hinsichtlich der Mitgliederzahl hielt bei der NPD der bereits im Vorjahr einsetzende Abwärtstrend an. Für 2009 wurden 6.800 Mitglieder (2008: 7.000) ausgewiesen. Außer in Sachsen war die Partei im Berichtsjahr auch im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertreten.

Die DVU erfuhr trotz eines Wechsels an der Parteispitze keinen Aufwind. Die Zahl ihrer Mitglieder ist erneut auf nunmehr 4.500 (2008: 6.000) gesunken, gegenüber der NPD verlor sie weiter an Bedeutung. Bei den im Berichtszeitraum stattgefundenen Wahlen hat die DVU erhebliche Stimmenverluste und infolgedessen massive Einbußen bei der staatlichen Parteienfinanzierung hinnehmen müssen. Den Wiedereinzug in den Brandenburger Landtag verfehlte sie deutlich.

Die Anzahl der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten belief sich 2009 in der Bundesrepublik auf ca. 9.000 Personen (2008: 9.500). Sowohl die Differenzierung in den Musikstilen rechtsextremistischer Bands als auch das veränderte Erscheinungsbild der Szeneangehörigen illustrieren die seit Längerem zu beobachtende Abkehr von der Skinheads subkultur. Das in dieser Kategorie erfasste Personenpotenzial ist inzwischen sehr heterogen und weist einige Überschneidungen zu anderen Teilspektren der rechtsextremistischen Szene in Deutschland auf.

Das bundesweite neonazistische Personenpotenzial ist gegenüber dem Vorjahr auf etwa 5.000 Personen (2008: 4.800) angestiegen. Dieses Spektrum stellt inzwischen kaum mehr eine eigenständige Kraft gegenüber der NPD dar. Zahlreiche führende Neonazis arrangieren sich im

¹ Siehe „Kampf um den organisierten Willen“, Kapitel 3.1.1.3.

² Ebenda.

Rahmen der „Volksfront von Rechts“ noch immer mit der NPD. Ein großer Teil ist der Partei beigetreten und übt dort Führungsfunktionen aus. Wenngleich auch derzeit nur wenige führende Neonazis offen Kritik an der NPD üben bzw. eine Zusammenarbeit mit ihr strikt ablehnen, haben die jüngst ausgebliebenen NPD-Wahlerfolge des Heer der Skeptiker nicht dezimiert.

Die besonders auf junge aktionsorientierte Rechtsextremisten attraktiv wirkende Strömung der „Autonomen Nationalisten“ agiert abseits offizieller Parteistrukturen und stößt dort wegen ihres eher subkulturellen Auftretens und ihrer Gewaltneigung größtenteils auf Ablehnung. Die Bewegung stellt sich zunehmend als Aktionsform denn als gefestigte Organisationsstruktur dar. Ideologische und strukturelle Anforderungen an potenzielle Aktivisten werden bewusst niedrig gehalten. Der bundesweite Anteil „Autonomer Nationalisten“ an der Gesamtzahl der Neonazis beträgt in seinem Kern etwa 15 %. Trotz vorgenannter, aus Sicht der NPD eher imageschädigender Faktoren greift sie in bestimmten Zusammenhängen auch auf diese Klientel als Mobilisierungspotenzial zurück.

1.2 Das rechtsextremistische Potenzial in Thüringen

	Freistaat Thüringen			Bund
	2007	2008	2009	2009
NPD	550	480	450	6.800
DVU	50	50	50	4.500
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	530	470	470	9.000
Neonazis	160	160	160	5.000

Die Entwicklung, die das rechtsextremistische Spektrum des Freistaats im Berichtszeitraum nahm, entsprach im Wesentlichen dem bundesweiten Trend. Auch hier behielt die NPD scheinbar ihre dominierende Position. Im Fokus ihrer diesjährigen Aktivitäten standen die Kommunal- und Landtagswahlen. Obwohl sie jeweils einen materialintensiven und aktionsreichen Wahlkampf führte, gelang der weitere Ausbau ihrer Strukturen im Freistaat nicht. Auch bei den Mitgliederzahlen war ein weiterer Rückgang auf nunmehr 450 zu verzeichnen. Die während der Wahlkämpfe gezeigte Aktivität vermochte die Nachwirkungen der in 2008 ausgetragenen, die Entwicklung des Landesverbands prägenden internen Auseinandersetzungen³ nur vorübergehend zu überdecken. Die Mandatsgewinne einzig auf kommunaler Ebene haben die von den Thüringer NPD-Funktionären erhoffte Aufbruchstimmung nicht erzeugen können.

Die Entwicklung des hiesigen DVU-Landesverbands stand unter dem Einfluss des auf Bundesebene im Januar vollzogenen Wechsels an der Parteispitze. Führende DVU-Vertreter hatten daraufhin ihren Rückzug aus dem Landesverband angekündigt und ihre Orientierung hin zur NPD durch entsprechende Kandidaturen bei den Thüringer Kommunal- und Landtagswahlen bekräftigt. Das daraus resultierende Führungsvakuum bei der DVU haben wiederum ehemalige NPD-Funktionäre, die nach den Führungsstreitigkeiten⁴ in 2008 die Partei verlassen hatten bzw. ausgeschlossen worden waren, genutzt, ihre inzwischen gegründeten Wähler-

³ Siehe Kapitel 3.1.2.1.

⁴ Ebenda.

vereinigungen⁵ unter der nun als „DVU – Die Neue Rechte“ firmierenden Partei in überregionale Parteistrukturen einzubinden. In der Folge kam es aus diesem Personenkreis heraus zu einzelnen Kreisverbandsgründungen, die allerdings nichts an dem bestehenden desolaten Zustand des DVU-Landesverbands änderten. Nach wie vor ist der Organisationsgrad der DVU in Thüringen gering. Die vom Landesverband angegebene Zahl von 286 Mitglieder erscheint wenig seriös.

Die Zahl der Thüringer Neonazis bewegte sich mit etwa 160 Anhängern auf Vorjahresniveau. Versuche der Szene, ihre in den vergangenen Jahren eingebüßte Eigenständigkeit gegenüber der NPD zurückzugewinnen, fielen angesichts des seit 2004 konsequent betriebenen Konzepts der „Volksfront von Rechts“ und der recht weit gediehenen Integration ihrer Anhänger in die NPD vergleichsweise bescheiden aus. Insgesamt zeigte sich der Großteil der noch nicht NPD-gebundenen Anhänger gegenüber einer Zusammenarbeit mit der Partei vor allem während des Wahlkampfes aufgeschlossen.

Das Personenpotenzial der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten blieb in Thüringen mit ca. 470 Personen konstant. Die Szene organisierte zehn Konzerte (2008: 8), die, anders als in der Vergangenheit, behördlich angemeldet und mehrheitlich (7) in ein und demselben Objekt in Kirchheim/Ilm-Kreis stattfanden. Drei der Konzerte wurden aufgelöst, vier weitere konnten im Vorfeld verhindert werden. Darüber hinaus dürfte es einzelne Veranstaltungen gegeben haben, die weder inner- noch außerhalb der Szene größere Bekanntheit erlangten.

2. Ideologischer Hintergrund

Rechtsextremistisches Denken wurzelt nicht in einer fest strukturierten Ideologie. Es setzt sich aus geistigen Versatzstücken unterschiedlicher ideengeschichtlicher Herkunft zusammen, die innerhalb der jeweiligen Ausprägung des Rechtsextremismus in unterschiedlicher Form zum Ausdruck kommen. Immer wiederkehrende Grundelemente sind:

- ein überzogener, häufig aggressiver Nationalismus, der das Prinzip der Völkerverständigung missachtet,
- die Überhöhung des Staats zu einem sich aus sich selbst heraus rechtfertigenden Wert und die Überbetonung der Staatsinteressen gegenüber den Freiheitsrechten des Einzelnen (Ettismus),
- eine völkische Ideologie, die sich typischerweise zu Rassenideologie und Fremdenfeindlichkeit verdichtet, wobei dem Antisemitismus eine besondere Stellung zukommt,
- das Leugnen oder Verharmlosen der Verbrechen des Nationalsozialismus sowie das Hervorheben angeblich positiver Elemente des Dritten Reichs (Revisionismus).

Weitere Elemente stellen die Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und eine Ideologie der Ungleichwertigkeit dar. Antipluralismus und Autoritarismus sind in unterschiedlicher ideologischer Ausdrucksweise bei allen Rechtsextremisten zu finden.

So ist das Weltbild subkulturell geprägter und sonstiger gewaltbereiter Rechtsextremisten diffus. Ihre Einstellungen sind von fremdenfeindlichen, oft rassistischen sowie gewaltbejahenden Ressentiments geprägt. Die Überzeugungen von Neonazis orientieren sich in der Regel an nationalsozialistischen Vorstellungen eines totalitären „Führerstaats“ auf rassistischer Grundlage. Sie konzentrieren sich stärker auf zielgerichtete politische Aktivitäten, die oftmals

⁵ Siehe dazu „Kommunalwahl“, Kapitel 3.1.2.6 sowie Kapitel 3.2.

sehr aktionistisch angelegt sind. Aus ihrer Sicht ist das deutsche Volk höherwertig und deshalb vor „rassisch minderwertigen“ Ausländern oder Juden zu schützen. Bei den rechtsextremistischen Parteien finden sich eher nationalistische Positionen. Ihnen gilt die Nation als oberstes Prinzip; damit einher geht eine Abwertung der Menschen- und Bürgerrechte. Dies hat insbesondere eine Ablehnung der Gleichheitsrechte für diejenigen zur Folge, die nicht dem – von ihnen ausschließlich ethnisch definierten – „Deutschen Volk“ angehören. Sie streben nach einem autoritären Staat, in dem die freiheitliche demokratische Grundordnung außer Kraft gesetzt wäre.

Insbesondere Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit für alle politischen Parteien sind diejenigen Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, gegen die Rechtsextremisten vorgehen.

3. Rechtsextremistische Parteien

3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1964	1990
Sitz	Berlin	Eisenach
Mitglieder		
2007	ca. 7.200	ca. 550
2008	ca. 7.000	ca. 480
2009	ca. 6.800	ca. 450
Publikation	„Deutsche Stimme“ (DS)	„Thüringen Stimme – Informationsblatt des NPD-Landesverbands Thüringen“
Internet	eigener Internetauftritt	eigener Internetauftritt

3.1.1 Der Bundesverband der NPD

3.1.1.1 Entwicklung der Partei

Die aus der rechtsextremistischen „Deutschen Reichspartei“ hervorgegangene NPD wurde 1964 gegründet, um das rechtsextremistische Lager zu sammeln. Bis Ende der sechziger Jahre zählte die Partei, die in mehreren Landtagen vertreten war, bundesweit mehr als 25.000 Mitglieder. Bei der Bundestagswahl im Jahre 1969 verfehlte sie mit 4,3 % der Stimmen den Einzug in das Parlament nur knapp. Diese Niederlage leitete den Niedergang der Partei ein, der bis in die neunziger Jahre andauerte. Im Jahr 1995 erreichte er seinen Tiefstand, als der Partei nur noch 2.800 Mitglieder angehörten.

Mit der Wahl Udo VOIGTs 1996 zum Bundesvorsitzenden vollzog die durch Wahlniederlagen geschwächte Partei den Wandel von einer „Altherrenpartei“ zu einer Partei, die sich als Spitze einer nationalistischen Protestbewegung versteht. VOIGT entwickelte nicht nur das

„Drei-Säulen-Konzept“, das 2004 in ein „Vier-Säulen-Konzept“⁶ ausgeweitet wurde. Er leitete auch in Bezug auf die Nachwuchsrekrutierung einen Paradigmenwechsel ein und vertiefte die Verbindungen zum neonazistischen und subkulturellen Spektrum. Ende der neunziger Jahre gelang es der NPD, die Anzahl ihrer Mitglieder erheblich zu steigern und deren Altersdurchschnitt wesentlich zu senken.

Im Jahr 2001 stellten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat vor dem Bundesverfassungsgericht Anträge, um die Verfassungswidrigkeit der NPD feststellen zu lassen und infolgedessen ein Verbot der Partei zu erreichen. Das Verbotsverfahren wurde 2003 eingestellt, da eine Sperrminorität des Zweiten Senats des Gerichts die Beobachtung der NPD auf Bundes- und Landesvorstandsebene durch V-Leute unmittelbar vor und während des Verfahrens als ein „nicht behebbares Verfahrenshindernis“ bewertet hatte. Da die NPD während des Verbotsverfahrens aus taktischen Gründen auf Distanz zum neonazistischen Spektrum ging und öffentlichkeitswirksam weniger in Erscheinung trat, wandten sich zahlreiche aktionsorientierte Rechtsextremisten von ihr ab. Im Jahr 2003 zählte die NPD nur noch rund 5.000 Mitglieder.

Im September 2004 wurde durch die Absprache zwischen der NPD und großen Teilen der Neonaziszene, künftig offen zusammenzuwirken, eine neue Entwicklung eingeleitet. Daraus resultierte das von der NPD propagierte Konzept, die rechtsextremistischen Parteien und „Freien Kräfte“ in einer „Volksfront von Rechts“ zusammenzuschließen, um als „Gesamtbewegung des nationalen Widerstands“ geschlossen gegen das politische System der Bundesrepublik vorzugehen. Diese Strategie hatte fortan in der extremen Rechten zunehmend Resonanz gefunden und eine Aufwärtsentwicklung der NPD bewirkt, die sowohl bundesweit als auch in Thüringen zu einem Anstieg der Mitgliederzahl führte. Der NPD traten vor allem viele Neonazis bei, woraufhin sich die Anzahl ihrer Mitglieder bis Ende 2005 bundesweit auf 6.000 erhöhte. Im Januar 2005 schlossen die NPD und die DVU den „Deutschland-Pakt“, in dem die Zusammenarbeit beider Parteien für die kommenden Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene festgelegt wurde.

Die von der NPD betriebenen Bemühungen, sich als Gravitationszentrum und stärkste Kraft des rechtsextremistischen Lagers zu etablieren, erreichten 2006 einen Höhepunkt, als sie bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 7,3 % der Stimmen gewann und – nach 2004 in Sachsen – mit sechs Abgeordneten in ein zweites Landesparlament einzog. Seitdem trat die NPD mit gestärktem Selbstbewusstsein auf und verzeichnete bis 2007 stetig wachsende Mitgliederzahlen. Dieser Aufwärtstrend wurde 2008 gestoppt. Insbesondere die Finanzaffäre um ihren ehemaligen Bundesschatzmeisters belastete die Partei. Hinzu kamen Rückzahlungspflichten in Höhe von 870.000 Euro, die der Partei im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung auferlegt worden waren. Das trotz kostenintensiver Wahlkämpfe schlechte Abschneiden bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Bayern tat sein Übriges. Es entbrannte ein erbitterter Streit um die künftige Parteiführung, die Mitgliederzahl sank Ende 2008 auf ca. 7.000.

Der Führungsstreit auf Bundesebene der NPD verschärfte sich im Berichtszeitraum weiter, nachdem der in rechtsextremistischen Kreisen als gemäßigt geltende Andreas MOLAU, damals stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Niedersachsen, Ende Dezember 2008 angekündigt hatte, auf dem im Frühjahr 2009 vorgesehenen Bundesparteitag für den Parteivorsitz zu kandidieren. Er habe nicht den amtierenden Bundesvorsitzenden stürzen, sondern einen Beitrag zum Wettbewerb unterschiedlicher konzeptioneller Vorstellungen leisten wollen, be-

⁶ Siehe „Strategie der Partei“, Kapitel 3.1.1.3.

kannte MOLAU, der für einen modernen europäischen Nationalismus als einziger Alternative zu einer unsozialen Globalisierung stehe. Seine Gegner sprachen ihm in der Folge für den Parteilandsvorsitz notwendige Führungsqualitäten ab und unterstellten ihm eine zu weiche, „verbürgerlichte“ Ausrichtung. Im Februar zog MOLAU seine Kandidatur zurück, nachdem der NPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern beschlossen hatte, den dortigen NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo PASTÖRS zum Bundesvorsitzenden vorzuschlagen. PASTÖRS war zuvor in MOLAUs Kandidatur-Erklärung ausdrücklich als Unterstützer genannt worden. Der Bundesvorsitzende VOIGT nahm in einem in der März-Ausgabe der „Deutschen Stimme“ abgedruckten Interview Stellung zur Lage in der Partei. Das Vorgehen seiner Kontrahenten nannte er illoyal.

Udo VOIGT konnte sich auf dem Bundesparteitag der NPD am 4./5. April in Berlin mit fast zwei Drittel (136) der (insgesamt 218) Delegiertenstimmen gegen Udo PASTÖRS (72 Stimmen) durchsetzen. Zu seinen Stellvertretern wurde neben Karl RICHTER (166 Stimmen) und Jürgen RIEGER (111 Stimmen) auch der Landesvorsitzende der NPD in Thüringen, Frank SCHWERDT (137 Stimmen), gewählt. Darüber hinaus ist der in Thüringen ansässige Österreicher Andreas THIERRY in den NPD-Bundesvorstand berufen worden. Dem Kreis der 15 Beisitzer gehört weiterhin der Thüringer Neonazi Thorsten HEISE (101 Stimmen) an.

Kritik an den Ergebnissen des Bundesparteitags wurde insbesondere auf dem Anfang April im Internet gestarteten Nachrichtenportal „Gesamtrechts.Info“ geäußert. Die Verfasser eines Beitrags machten die Herausforderer VOIGTs selbst für dessen Wiederwahl verantwortlich. Mit einem „durch die Kemna-Affäre“⁷ stark angeschlagenen Parteivorsitzenden, ausbleibende(n) weitere(n) Erfolge(n) nach den Landtagseinzügen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie gähnend leere(n) Kassen“ hätten diese zunächst alle Trümpfe in der Hand gehabt, hieß es. Anstatt jedoch eine Einheit hinter dem ursprünglichen Herausforderer MOLAU zu bilden, „der zudem für eine wählbare Ausrichtung der Partei gesorgt hätte“, seien persönliche Interessen zu Lasten einer Richtungskorrektur in den Vordergrund gerückt. Für den Höhepunkt dieser Entwicklung habe PASTÖRS mit seiner Kandidatur gesorgt, nachdem er sich zuvor als Unterstützer MOLAUs gegeben hatte. In seiner jetzigen Besetzung, einer Mischung aus früheren Funktionären und neuen Mitgliedern, die den sog. Freien Kräfte entstammten, stehe der Bundesvorstand für eine deutliche Radikalisierung „einer vor Lust an der Provokation nur so strotzenden Ewiggestrigen-Truppe von Schädelvermessern, Rassenfanatikern und Thälmann-Abklatschen“ (sic!).

Die NPD trat am 7. Juni zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen an.⁸ In Thüringen kandidierte die Partei in sieben von 17 Landkreisen, vier von sechs kreisfreien Städten und drei kreisangehörigen Städten.⁹ Ihre 73 Kandidaten errangen 23 der 10.390 zu vergebenden Mandate.

Über das schlechte Abschneiden der DVU bei der Europawahl am 7. Juni – sie verzeichnete mit 0,4 % einen noch niedrigeren Stimmenanteil als die NPD 2004 – zeigte sich die NPD frustriert. Wenig später kündigte sie den „Deutschlandpakt“ mit der DVU vorzeitig auf, nachdem der NPD-Bundesvorstand am 27. Juni einstimmig dem Antrag des Landesverbands

⁷ Erwin KEMNA, ehemals Bundesschatzmeister der NPD, war wegen Veruntreuung von Parteigeldern in Höhe von insgesamt 741.000 Euro am 12. September 2008 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt worden.

⁸ Auf die NPD entfallene Mandate in Baden-Württemberg: 1, Mecklenburg-Vorpommern: 26, Rheinland-Pfalz: 6, Saarland: 3, Sachsen: 73 (vorläufig), Sachsen-Anhalt: 2.

⁹ Siehe Kapitel 3.1.2.6.

Brandenburg, neben der DVU selbst zur Landtagswahl im September antreten zu dürfen, zugestimmt hatte.

In einer im Internet veröffentlichten Erklärung führte der Parteivorstand als Begründung an, der „Deutschlandpakt“ habe seine Geschäftsgrundlage verloren, wonach jeweils die Partei mit den besten Chancen zu einer Wahl antreten solle. Ein Wiedereinzug in den Landtag sei „utopisch“, denn die DVU habe es trotz einer parlamentarischen Vertretung nicht geschafft, im Land flächendeckende Strukturen aufzubauen und sich kommunal zu verankern. Auch in Anbetracht des vernichtenden DVU-Ergebnisses bei der Europawahl sei eine „Bündelung der Kräfte“ durch Wahlabreden nunmehr als „politisch überholt“ anzusehen. Der DVU-Vorsitzende Matthias FAUST entgegnete, die NPD habe weniger die Schaffung einer „gemeinsamen Rechten“ als vielmehr die „Vollendung eines Alleinanspruchs“ verfolgt.

Am 30. August war die NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland angetreten. Obgleich sie in Sachsen mit 5,6 % der Stimmen erneut in den Landtag einzog, sank der Stimmenanteil im Vergleich zur Wahl 2004 um 3,6 Prozentpunkte. Noch größer fielen die Verluste im Saarland aus. Dort verringerte sich ihr Stimmenanteil nach 2004 (4,0 %) um mehr als die Hälfte auf 1,5 %. Trotz eines aufwendigen Wahlkampfes votierten in Thüringen lediglich 4,3 % der Wähler für die NPD-Repräsentanz im Landesparlament.¹⁰ Bei den im September durchgeführten Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein blieb die NPD mit 2,6 bzw. 0,9 % ebenfalls hinter ihren Erwartungen zurück. Nicht mehr als 0,9 % der Stimmen verbuchte sie bei der bereits im Januar durchgeführten Landtagswahl in Hessen.

Auch bei der Bundestagswahl am 27. September – nach Aufkündigung des „Deutschlandspakts“ war die NPD hier in Konkurrenz zur DVU angetreten – verzeichnete die NPD Stimmenverluste. Entsprechend das Ergebnis mit 1,5 % zwar nahezu dem von 2005 (1,6 %), waren angesichts der auf 70,8 % (2005: 77,7 %) gesunkenen Wahlbeteiligung damit erhebliche Verluste bei der absoluten Zahl der abgegebenen Stimmen verbunden: 635.437 Zweitstimmen bedeuteten gegenüber dem Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl (2005: 748.568) eine Einbuße von mehr als 113.000 Stimmen. Auch in Thüringen verbuchte die NPD gut 13.000 Stimmen weniger. Dort erreichte die NPD mit 39.604 Zweitstimmen (2005: 52.988) einen Anteil von 3,2 %.

Interne Auseinandersetzungen um die künftige Parteiführung und die damit einhergehenden Positionierungen innerhalb der rechtsextremistischen Szene haben die Bündelfunktion der NPD bei der Schaffung einer „Volksfront von Rechts“ geschwächt. Entsprechend ging die Parteiführung nach der Wahlniederlage in die Offensive. In einer Stellungnahme des Präsidiums vom 28. September wurde die NPD als „einzige ernstzunehmende nationale Kraft!“ beschworen. Gleichzeitig wetterten die Verfasser des Beitrags auf der parteieigenen Website: „Die nationalen Konkurrenzparteien REP und DVU wurden vom Wähler in die Bedeutungslosigkeit katapultiert“, als Splitterparteien käme ihnen künftig keine nennenswerte Rolle mehr zu. Zugleich positionierte sich die NPD in ihrer Stellungnahme gegen das bestehende System, um ihrer Stammwählerschaft auch künftig eine Plattform zu bieten. „Der Versuch, sich dem System anzupassen, hat offensichtlich nicht zum Erfolg geführt“, so die Verfasser. „Wir fordern diejenigen Kräfte, die konstruktiv politisch wirken wollen, dazu auf, sich der einzigen ernstzunehmenden nationalen Kraft, der NPD, anzuschließen. Der Kampf um den organisierten Willen der nationalen Kräfte wurde am 27. September endgültig zugunsten der NPD entschieden!“, hieß es.

¹⁰ Ebenda.

Die finanzielle Lage der Partei blieb, u. a. wegen der aufwendig geführten Wahlkämpfe, angespannt. Hinzu kamen wegen Unrichtigkeiten im NPD-Rechenschaftsbericht 2007 verhängte Sanktionszahlungen in Höhe von rund 1,27 Millionen Euro.¹¹ Noch im Berichtsjahr wurden Prüfungen hinsichtlich etwaiger Unstimmigkeiten in weiteren Rechenschaftsberichten und zur Rechnungslegung der Partei bei verschiedenen Großveranstaltungen veranlasst. Mit Jürgen RIEGER, der am 29. Oktober unerwartet verstarb, hat die Partei zudem nicht nur eine der wichtigsten Führungspersonen sondern zugleich einen finanziellen Unterstützer verloren.

3.1.1.2 Ideologie der Partei

Die NPD verfißt eine verfassungsfeindliche Ideologie. Von Rassenhass und Antisemitismus geleitet verfolgt sie das Ziel, die von ihr als „System“ bezeichnete freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Die NPD propagiert einen völkischen Kollektivismus und agiert fremdenfeindlich. Sie strebt nach einer „ethnisch homogenen Volksgemeinschaft“, die durch „gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur“ entstehe. Die Würde des Menschen hängt ihrem Parteiprogramm zufolge von einer biologisch-genetischen Teilhabe an der „Volksgemeinschaft“ ab. Die pauschale Überbewertung der auf Grund ethnischer Zugehörigkeit definierten „Volksgemeinschaft“ beschneidet die vom Grundgesetz garantierte Freiheit, sich persönlich zu entfalten. Die Rechte und Interessen des Einzelnen werden eingeschränkt.

Die Partei stellt „Grundziele des Volkes“ auf, an denen sich die Volksherrschaft – anstelle der verfassungsmäßigen Ordnung – orientieren soll. In der von der NPD propagierten Gesellschaftsordnung sollen autoritäre Eliten vorherrschen. Der Anspruch auf Führerschaft steht im Widerspruch zum pluralistischen Mehrparteiensystem der Bundesrepublik.

Ihre völkische und fremdenfeindliche Ausrichtung wurde u. a. in einem Internetbeitrag des NPD-Landesverbands Thüringen offenbar, als dieser gegen eine 2008 diskutierte parlamentarische Forderung, in Thüringen Nicht-EU-Bürgern ein Wahlrecht bei Kommunalwahlen einzuräumen, wettete. Darin beschworen die Verfasser die akute Gefahr einer drohenden Fremdbestimmung. Ihrer Auffassung nach hätten die etablierten Parteien eine „greise (Partei) Basis“ und einen „nicht geringen Teil betagter Wählerschaft“. Vor diesem Hintergrund scheine es in deren ureigenstem Interesse zu liegen, „Frischfleisch – wenn auch Importware – in die Wählerreihen zu pumpen“. In einem weiteren Beitrag unter der Überschrift „NPD lehnt Integrationspolitik ab“, machten die Verfasser deutlich, deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund nicht als Deutsche anzuerkennen. Die Eingebürgerten seien trotz ihrer auf „dem Papier niedergeschriebenen Angehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland“ weiterhin Ausländer. Staatsbürgerliche Rechte stünden ihnen folglich nicht zu. In dem NPD-Papier „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“ vom Juni 2006 heißt es u. a.: „ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind“. Und weiter: „Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen“.

¹¹ Die ursprünglich von der Bundestagsverwaltung auf rund 2,5 Millionen Euro festgesetzten Sanktionen sind mit Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vom 15. Mai 2009 auf die Gesamtsumme von rund 1,27 Millionen Euro reduziert worden.

3.1.1.3 Strategie der Partei

Das „Vier-Säulen-Konzept“, das den „Kampf um die Straße, die Köpfe, die Parlamente und den organisierten Willen“ umfasst, bildete auch im Berichtszeitraum die Basis für die politische Agitation der NPD.

„Kampf um die Straße“

Diesem Ansatz folgend organisiert die NPD zentrale Großveranstaltungen ebenso wie regionale Demonstrationen, an denen sich auch Neonazis und subkulturelle Rechtsextremisten beteiligen. Oftmals werden Termine und Orte für Aktionen so gewählt, dass mit einer hohen öffentlichen Aufmerksamkeit und Gegenaktionen zu rechnen ist. Zielgerichtet werden soziale und sog. Alltagsthemen aufgegriffen, um sich als Teil einer Protestbewegung zu geben, innerhalb derer einzig die NPD für die Interessen des „kleinen Mannes“ eintrete. Vielmehr noch als nur die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung wahrzunehmen, meint die NPD, mit dem „Kampf um die Straße“ Stärke suggerieren, potenzielle politische Gegner einschüchtern und sie aus dem öffentlichen Raum verdrängen zu können.

„Kampf um die Köpfe“

Der „Kampf um die Köpfe“ zielt darauf ab, die von der NPD vertretenen Ideen mittels „Einbindung von Persönlichkeiten“ und über die Bildung „intellektueller Netzwerke“ in breiteren Kreisen der Gesellschaft zu verankern. Bislang beschränkt sich der „Kampf um die Köpfe“ auf den Versuch, die eigenen Mitglieder politisch zu schulen, die Programmatik der Partei mit Flugblättern zu verbreiten und die Monatszeitung „Deutsche Stimme“ zu vertreiben.

Mit der „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH“ verfügt die NPD über ein eigenes Publikationsorgan des Parteivorstands, dem ein Versandhandel für rechtsextremes Propaganda- und Werbematerial angeschlossen ist. Seit August 2006 gibt die NPD unter dem Titel „Jetzt reicht’s“ eine Informationszeitung heraus, um vermeintliche politische Missstände und aktuelle Themen aufzugreifen.

Im Jahr 2007 nahm das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.“ seine Tätigkeit auf. Der Verein soll insbesondere mit Hilfe von Seminaren und Publikationen „politische Bildungsarbeit“ im Sinne der NPD betreiben und die „Denkansätze der ‚Dresdner Schule‘¹²“ im öffentlichen Diskurs popularisieren. Mit dem „Bildungswerk“ verfolgt die NPD darüber hinaus die Absicht, sich zum Kristallisationspunkt jener Bestrebungen zu entwickeln, die auf die Intellektualisierung des rechtsextremistischen Lagers ausgerichtet sind. Gleichmaßen ist sie bestrebt, die Parteiarbeit zu intensivieren, indem sie der Partei nicht zugehörige Intellektuelle einzubinden sucht. Bislang zeigten diese Bemühungen jedoch kaum Erfolg.

„Kampf um die Parlamente“

Mit dem „Kampf um die Parlamente“ verfolgt die NPD die wohl spannungsreichste Strategie im rechtsextremistischen Lager, die ihr als Gravitationszentrum der „Volksfront von Rechts“ intern ein hohes Maß an Rechtfertigungsdruck auferlegt. Sie selbst versteht sich eigentlich als parlamentsfeindlich und kommuniziert dies auch so an die eigenen Anhänger. Nicht selten sehen sich die Parteiführung und verschiedene NPD-Abgeordnete mit dem Vorwurf – insbesondere des neonazistischen Spektrums – konfrontiert, das Streben nach Parlamentssitzen

¹² Von Jürgen GANSEL, Mitglied der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, entworfenes Konzept einer rechtsextremistischen „Denk- und Politikschule“.

weniger als Mittel des Kampfs gegen das herrschende politische System zu verstehen, sondern als persönliches Versorgungswerk zu missbrauchen. Mehrfach wurden Mandatsträger und Funktionäre der Partei als „Parteibonzen“ kritisiert. Dabei ist der Kampf um die Parlamente ein wesentlicher Teil der legalistischen Strategie der NPD. Sie will über den Einzug in die Kerninstitutionen der Demokratie diese selbst abschaffen.

„Kampf um den organisierten Willen“

Die NPD verfolgt den „Kampf um den organisierten Willen“ in der Absicht, „möglichst alle nationalen Kräfte“ zu konzentrieren, um die Macht durch den „organisierten Willen“ zu erlangen. Diese „Volksfront von Rechts“ strebt die NPD seit 2004 an. Ziel ist, eine engere Kooperation mit Neonazis, rechtsextremistischen Parteien sowie subkulturellen Rechtsextremisten zu erreichen, um sowohl die personellen als auch strukturellen Ressourcen des gesamten Spektrums zu bündeln. Seitdem näherten sich rechtsextremistische Parteien und Organisationen der NPD in unterschiedlicher Form an. Im Januar 2005 hatten NPD und DVU den „Deutschlandpakt“ unterzeichnet, der vorsah, bei Europa-, Bundestags-, und Landtagswahlen nicht gegeneinander anzutreten, wechselseitig jedoch die Listen für die jeweils andere Partei zu öffnen. Im laufenden Wahljahr 2009 kündigte die NPD die Vereinbarung auf.¹³ An dem Grundgedanken der „Volksfront von Rechts“ hält die NPD dennoch fest, an ihrem Führungsanspruch innerhalb des Bündnisses ebenfalls.

3.1.2 Der Thüringer Landesverband der NPD

3.1.2.1 Entwicklung des Landesverbands

Der Thüringer Landesverband der NPD wurde 1990 gegründet. In den folgenden Jahren war seine organisatorische Gliederung in Regional-, Kreis- und Ortsverbände vielen Änderungen unterworfen. In den Jahren 1998/1999 stieg die Anzahl der Mitglieder erheblich an, nachdem insbesondere jüngere Neonazis der Partei beigetreten waren. Ein Teil von ihnen übernahm bald Funktionen in den Vorständen und richtete den Landesverband zunehmend aktionistisch aus.

Im Zuge des gegen die NPD im Jahr 2001 angestrebten Verbotsverfahrens schränkte der inzwischen unter der Leitung des ehemaligen Neonazis Frank SCHWERDT stehende Landesverband gemeinsame Aktivitäten mit Neonazis ein. Daraufhin verlor die Partei bedeutende Anteile ihres neonazistischen Potenzials. Im Landesvorstand setzten sich zunächst jene Kräfte durch, die politisch eher zurückhaltend agieren wollten. Nachdem jedoch das Verbotsverfahren 2003 eingestellt worden war, öffnete sich der Landesverband erneut für Neonazis und subkulturell geprägte Rechtsextremisten und weitete seine Aktivitäten aus. Er vermochte es, sich zu konsolidieren und ab 2004 einen Aufwärtstrend einzuleiten. Diese Entwicklung schlug sich bei den Landtagswahlen des Jahres 2004 nieder, als die Partei ihren Wählerstimmenanteil von 0,2 % im Jahr 1999 auf 1,6 % steigerte. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2005 verbuchte die NPD in Thüringen ihr deutschlandweit zweitbestes Ergebnis, als sie 3,7 % der Zweitstimmen erhielt.

Im Jahr 2007 zählte der NPD-Landesverband in Thüringen mit 550 Mitgliedern so viele wie nie zuvor. Dieser Zuwachs war zum einen wesentlich auf eine Mitgliederkampagne zurückzuführen, während die Partei in einem Zeitraum von zwei Monaten mehr als 40 Kundgebungen und ca. 60 Informationsstände in nahezu allen Landkreisen und kreisfreien Städten durchführ-

¹³ Siehe Kapitel 3.1.1.1.

te. Zum anderen vermochte es der Landesverband damals, eine Art Aufbruchstimmung zu verbreiten.

Diese Aufwärtsentwicklung endete bereits im Jahr darauf. Innerparteiliche Graben- und Positionskämpfe um die Parteiführung sowie Parteiausschlussverfahren schwächten den Landesverband. Austritte von mindestens 70 Mitgliedern und eine erheblich beeinträchtigte Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit waren die wesentlichen Folgen. In 2009 setzte sich dieser Trend fort. Die Mitgliederzahl sank weiter auf ca. 450. Die bei den Landtags- und Bundestagswahlen erlittenen Niederlagen haben den Enthusiasmus der Mitglieder und Unterstützer deutlich gedämpft.

Auf Bundesebene erlangt der Thüringer Landesverband über seinen Vorsitzenden Frank SCHWERDT, den bundesweit bekannten Neonazi Thorsten HEISE und den im Sommer 2009 nach Thüringen verzogenen österreichischen Rechtsextremisten Andreas THIERRY Bedeutung. Die Vorgenannten gehören dem im April neu gewählten NPD-Bundesvorstand an, wobei SCHWERDT die Funktion eines stellvertretenden Vorsitzenden inne hat.

3.1.2.2 Kreisverbände

Wie im Jahr zuvor hat es die NPD auch im Berichtszeitraum nicht vermocht, ihre Strukturen in Thüringen zu erweitern. Der Landesverband setzt sich nach wie vor aus den 16 Kreisverbänden Altenburger Land, Eichsfeld, Erfurt-Sömmerda, Gera, Gotha, Greiz, Hildburghausen-Suhl, Ilmkreis, Jena, Kyffhäuserkreis, Nordhausen, Saale-Orla, Saalfeld-Rudolstadt, Unstrut-Hainich, Wartburgkreis und Weimar-Weimarer Land zusammen. Die schon vor Längerem öffentlich angekündigten Gründungen weiterer Kreisverbände in den Regionen Sömmerda und Schmalkalden-Meinungen blieben bis dato aus. Ohnehin mangelt es an zusätzlichem, zur Leitung entsprechender Untergliederungen befähigtem Personal.

Einem hiesigen NPD-Kreisverband gehören im Durchschnitt etwa 28 Mitglieder an. Hinsichtlich der entfalteten Aktivitäten waren auch im Berichtsjahr deutliche Unterschiede erkennbar. Während die Untergliederungen Erfurt-Sömmerda, Gotha, Wartburgkreis, Weimar-Weimarer Land, Greiz, Gera und Jena bestrebt waren, ihre Parteiarbeit kontinuierlich öffentlichkeits- und medienwirksam zu gestalten, traten die Kreisverbände Hildburghausen-Suhl, Ilmkreis, Saalfeld-Rudolstadt und Unstrut-Hainich nach außen hin praktisch gar nicht in Erscheinung.

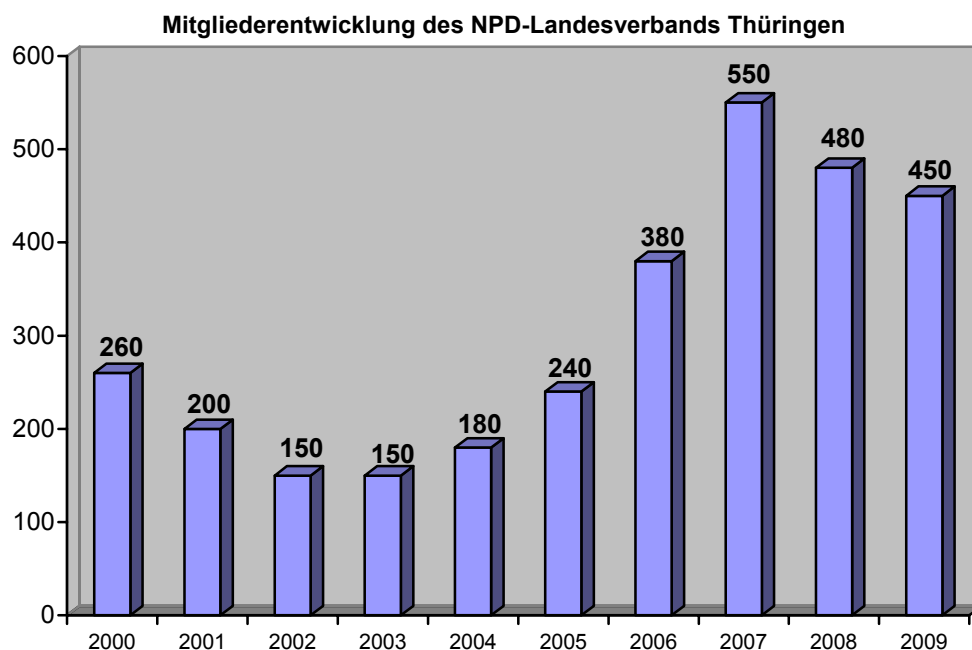
Welche Aktivitäten von einem Kreisverband ausgehen und wie hoch deren Anziehungskraft auf Gesinnungsgenossen ist, hängt wesentlich vom Engagement der Funktionäre und dem einzelner Aktivisten ab. Die Mehrzahl der NPD-Mitglieder jedenfalls scheint weder willens noch in der Lage, eine kontinuierliche Parteiarbeit zu leisten. Sie nimmt lediglich mehr oder minder regelmäßig an einzelnen Szeneveranstaltungen teil. Nicht zuletzt auch wegen dieses anhaltenden Defizits hat die NPD von ihrer ursprünglichen Ankündigung, bei der Kommunalwahl im Freistaat flächendeckend anzutreten, abrücken müssen.¹⁴

3.1.2.3 Personelle Zusammensetzung

Der bereits im Vorjahr zu verzeichnende Mitgliederrückgang setzte sich in 2009 fort. Dem Landesverband gehörten zuletzt etwa 450 Personen an.

¹⁴ Siehe dazu Kapitel 3.1.2.6.

Auslöser dieses Einbruchs waren die im ersten Halbjahr 2008 ausgetragenen Positionskämpfe um die künftige Führung der Partei in Thüringen. Später gestand der Landesverband ein, seinerzeit für einige Wochen in seiner Arbeit gelähmt gewesen zu sein. Selbst die im Berichtszeitraum durchgeführten Werbe- bzw. Wahlkampfaktionen konnten den Negativtrend offenbar nicht stoppen. Wenngleich u. a. in der November-Ausgabe der „Thüringen Stimme“¹⁵ Beitritte von 50 neuen Mitgliedern vermeldet wurden, kursierten Szeneinformationen, wonach allein der NPD-Kreisverband Hildburghausen-Suhl nahezu 60 Mitglieder verloren habe. Auch im Kreisverband Erfurt-Sömmerda soll es zu Austritten, im Falle der bisherigen stellvertretenden Kreisvorsitzenden gar zum Wechsel in die DVU, gekommen sein.



Frank SCHWERDT hat seit 2001 die Leitung des hiesigen NPD-Landesverbands inne. Als sein Stellvertreter amtiert seit Mitte 2008 Patrick WIESCHKE, der im Landesverband auch die Aufgaben des Pressesprechers und Geschäftsführers wahrnimmt und zudem als stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbands Wartburgkreis fungiert. Als Beisitzer gehörten dem Landesvorstand im Berichtszeitraum Peter NÜRNBERGER (Altenburg), die Kreisverbandsvorsitzenden Sebastian REICHE (Gotha), Gordon RICHTER (Gera) und Hendrik HELLER (Wartburgkreis) sowie der stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbands Weimar-Weimarer Land, Martin RÜHLEMANN, und das Vorstandsmitglied im Kreisverband Wartburgkreis, Tobias KAMMLER, an. Der Kreisverband Wartburgkreis stellt damit ein Drittel der Mitglieder des Landesvorstands.

Zwei Drittel der Landesvorstandsmitglieder hatten das 30ste Lebensjahr noch nicht erreicht. Mehr als die Hälfte von ihnen sowie ein erheblicher Teil der Vorstandsmitglieder auf Kreisverbandsebene sind vorbestraft.

¹⁵ Ausgabe 20 – November 2009.

3.1.2.4 Das Verhältnis der Thüringer NPD zu anderen Rechtsextremisten

Verhältnis zur Neonaziszene

Das Verhältnis zwischen NPD-Landesverband und Neonazis ist in Thüringen seit Jahren vor allem durch Integration und Kooperation gekennzeichnet. Nahezu alle führenden Thüringer Neonazis sind zwischenzeitlich der NPD beigetreten, ein Großteil derer nimmt innerhalb der NPD Funktionen wahr. Fast alle Mitglieder des Landesvorstands und die meisten Kreisverbandsvorsitzenden entstammen ebenfalls dem neonazistischen Spektrum. Einige NPD-Funktionäre fungieren zugleich als Führungspersonen lokaler neonazistischer Gruppierungen. Thüringen zählt zu jenen Bundesländern, in denen die Einbeziehung von Neonazis in die NPD am weitesten fortgeschritten ist. Die Kooperation beider Spektren äußert sich insbesondere in der gemeinsamen Organisation von Veranstaltungen und Kampagnen. Teilnehmer, Redner und Ordner treten oftmals auch auf Veranstaltungen des jeweils anderen Spektrums auf.

Insgesamt ist es dem Thüringer Landesverband der NPD im Laufe eines längeren Prozesses gelungen, das neonazistische Personenpotenzial weitgehend zu integrieren, wodurch dieses seine frühere Eigenständigkeit innerhalb des rechtsextremistischen Lagers eingebüßt hat. Wenngleich sich einzelne Neonazis dennoch neben der NPD zu behaupten suchen, unterstützen sie die Partei in der Regel auf Kreis- und Landesverbandsebene.

Trotzdem stößt die NPD bzw. ihr Versuch eines taktisch motivierten moderaten Auftretens in der Öffentlichkeit bei Teilen der Neonaziszene auch auf erhebliche Kritik. So werden die von der NPD für ihre Veranstaltungen aufgestellten Verhaltens- und Bekleidungsregeln, insbesondere die Untersagung der von den „Autonomen Nationalisten“ bevorzugten typischen Verhaltensformen der militanten Antifa, kategorisch abgelehnt.

Verhältnis zum subkulturellen Spektrum

Um das subkulturelle rechtsextremistische Spektrum zu umwerben, setzt der NPD-Landesverband nach wie vor auf Veranstaltungen, die einen Mix aus Parteipropaganda und rechtsextremistischer Musik darstellen. Die keine eigenständigen politischen Aktionen entfaltenden subkulturell geprägten Rechtsextremisten fühlen sich davon durchaus angesprochen und erhöhen so das Mobilisierungspotenzial der Partei. Da sie – sofern überhaupt – lediglich regional organisiert sind, basieren die Verbindungen zur NPD zumeist auf persönlichen Kontakten und sind lokal begrenzt.

Verhältnis zu anderen Parteien und Organisationen

Die vormals engen Kontakte zu einzelnen DVU-Funktionären¹⁶ fanden ganz im Sinne des „Deutschlandpakts“ ihren Niederschlag durch Berücksichtigung auf den NPD-Listen zur Landtags- und Bundestagswahl. Nach Auflösung des Kontrakts werden die Parteien bei künftigen Wahlen in Thüringen möglicherweise gegeneinander antreten. Innerhalb der DVU zeichnen sich inzwischen Einflüsse ehemaliger NPD-Funktionäre ab, die sich an der Neustrukturierung der DVU in Thüringen versuchen.¹⁷

¹⁶ Walter BECK und Uwe BÄZ-DÖLLE.

¹⁷ Siehe „Der Thüringer Landesverband der DVU“, Kapitel 3.2.

3.1.2.5 Internet/Publikationen

Im Berichtszeitraum ist es dem Landesverband nicht gelungen, seine Öffentlichkeitsarbeit weiter auszubauen. So verfügen nach wie vor nicht alle Kreisverbände über eine eigene Internetpräsentation. Von der „Thüringen Stimme“, dem Informationsblatt des Landesverbands, erschien im Berichtszeitraum lediglich eine Ausgabe. Allerdings wirken weiterhin zahlreiche NPD-Mitglieder bei der Herausgabe von Regionalzeitungen mit rechtsextremistischem Hintergrund mit.¹⁸ Einem auf dem Landesparteitag im November vorgestellten Projekt zufolge, soll die Verbreitung solcher Blätter künftig flächendeckend erfolgen.

Internet

Der Landesverband und die Kreisverbände Eichsfeld, Erfurt-Sömmerda, Gera, Gotha, Greiz, Jena, Kyffhäuserkreis, Nordhausen, Wartburgkreis und Weimar-Weimarer Land verfügen über eigene Websites, die allerdings in unterschiedlichem Maße aktualisiert werden. Zudem existierte eine Website „NPD Schmalkalden-Meinungen und Suhl“, für die der Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis, Hendrik HELLER, als Verantwortlicher genannt wird.

Vorzugsweise sind Berichte zu regionalen und überregionalen Veranstaltungen und Aktionen, aber auch Stellungnahmen zu tagespolitische Themen veröffentlicht worden. Im Berichtszeitraum stellte der Landesverband anlassbezogene Sonderseiten in das Internet ein und betrieb mit dem „Gesprächskreis der Thüringer NPD“ ein eigenes Forum.

„Thüringen Stimme“

Seit August 2005 gibt der Landesverband die „Thüringen Stimme“ heraus. Die Publikation umfasst parteiinterne Informationen und Reaktionen auf die Tagespresse, verweist auf Veranstaltungen des rechtsextremistischen Spektrums, greift tagespolitische Themen auf und veröffentlicht Kleinanzeigen „von und für Kameraden“. Teilweise stimmen die Artikel mit bereits auf den Homepages des Landesverbands oder der Kreisverbände veröffentlichten Beiträgen überein. Sie thematisieren insbesondere die Entwicklung des Landesverbands. In dem Blatt sind regelmäßig Aufrufe, den Landesverband sowohl inhaltlich als auch finanziell zu unterstützen, enthalten.

Im Berichtszeitraum erschien lediglich die Ausgabe 20 – November 2009. Als presserechtlich Verantwortlicher wurde Tobias KAMMLER benannt.

3.1.2.6 Beteiligung an den Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen

Kommunalwahl

Entgegen ihrer ursprünglichen Ankündigung, im Freistaat flächendeckend bei der Kommunalwahl am 7. Juni anzutreten, kandidierte die Partei letztlich in sieben von 17 Landkreisen, vier von sechs kreisfreien Städten und drei kreisangehörigen Städten. Ihre insgesamt 73 Kandidaten errangen dem amtlichen Endergebnis zufolge 23 der 10.390 zu vergebenden Mandate. Einzig in der kreisfreien Stadt Eisenach votierten mehr als 5 % der Wähler (5,0 %) für die rechtsextremistische NPD. Für die Partei weitaus ernüchternder war mit 2,6 % ihr Abschneiden in Erfurt. Wenngleich sich die Resultate in Eisenach und dem Wartburgkreis (4,8 %) von

¹⁸ Siehe Kapitel 4.4.8.

den übrigen Werten abheben, sieht die NPD ihr Wahlziel, „überall in Fraktionsstärke einzu- ziehen“¹⁹, mit einem Ergebnis von landesweit durchschnittlich 1,8 % nicht erreicht. Die mit dem „Rahmenkommunalwahlprogramm“ unter dem Motto „Erst die Kommune, dann das Land“ suggerierte Aufbruchstimmung wurde gedämpft.

Noch im Vorfeld der Kommunalwahl hatten sich die Differenzen zwischen dem NPD-Landesverband und seiner Untergliederung Hildburghausen-Suhl zugespitzt. Angaben der rechtsextremistischen Internetplattform „Altermedia“ zufolge seien dem Kreisverband Kandidaturen bei der Kommunalwahl untersagt worden. Auch auf der Landesliste zur Landtagswahl blieben Mitglieder des Kreisverbands unberücksichtigt. Dies habe seinerzeit über den betroffenen Kreisverband hinaus zu einer Vielzahl von Parteiaustritten geführt.

Zahlreiche Mitglieder des bislang von Tommy FRENCK²⁰ geführten Kreisverbands schlossen sich zwecks Kandidatur bei der Kommunalwahl zu der Wählergemeinschaft „Bündnis – Zukunft – Hildburghausen“ (BZH) zusammen. Mit 2,1 % der Wählerstimmen zog das BZH daraufhin mit seinem Spitzenkandidaten FRENCK in den Kreistag von Hildburghausen ein.

Landtagswahl

Im Mittelpunkt des Landesparteitags am 7. Februar in Kirchheim standen die Wahlen der Landeslisten für die Landtags- und Bundestagswahlen. Als Redner traten u. a. der Landesvorsitzende Frank SCHWERDT und der Bundesvorsitzende der NPD, Udo VOIGT, auf.

Die ursprünglich 17 Personen umfassende Liste zur Landtagswahl am 30. August wurde erwartungsgemäß von Frank SCHWERDT angeführt, gefolgt von dem DVU-Mitglied Uwe BÄZ-DÖLLE auf Platz zwei. Die weiteren Plätze waren an Kreisverbandsvorsitzende, Kreisvorstandsmitglieder und einzelne einfache NPD-Mitglieder, den DVU-Landesvorsitzenden Walter BECK²¹ und zwei, keiner rechtsextremistischen Partei angehörende Sympathisanten vergeben worden.

Wahlkampftätigkeiten

Gut zwei Monate vor der Landtagswahl hatte die NPD damit begonnen, ihre Aktivitäten auf den Wahlkampf zu konzentrieren. Eigenen Angaben nach verfügte der Landesverband über ein Wahlkampfbudget in Höhe von 160.000 Euro. Im Rahmen ihrer unter dem Tenor „Arbeit. Familie. Heimat“ stehenden Wahlwerbung beabsichtige die Partei, landesweit eine Million Zeitungen, 800.000 Handzettel, 40.000 Plakate und 50.000 „Jungwählerflugblätter“ zu verteilen. Mit der im Juli erschienenen Sonderausgabe des Blättchens „Der Wartburgkreis Bote“, Ausgabe 16, sollten „alle Haushalte in Eisenach und dem Wartburgkreis erreicht werden“, hieß es in einem Beitrag vom 24. Juli auf der Website des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis.

Den Wahlkampfauftakt bildeten Mahnwachen unter dem Motto „Wehret den Anfängen – Überfremdung und Islamisierung stoppen!“. Am 1. Juli versammelten sich in Jena und Erfurt dazu jeweils 18 Rechtsextremisten. Die Zahl der Gegendemonstranten lag deutlich höher – in Jena waren es ca. 300. Dort kam es nach Beendigung der NPD-Veranstaltung zu einer Blockadeaktion und zu Attacken gegen NPD-Aktivistinnen, die polizeilich unterbunden wurden. Weitere Veranstaltungen an den beiden darauffolgenden Tagen in Erfurt, Eisenach und Gera wurden lediglich noch von 11 bzw. 14 Personen bestritten. Eine in Nordhausen geplante

¹⁹ So formuliert in einem Beitrag auf der Website des Landesverbands vom 5. Mai 2009.

²⁰ Zu FRENCK siehe auch „Gründung der Jugendorganisation ‚Die Junge Rechte‘ (JR)“, Kapitel 3.2.

²¹ Auf der vom Landeswahlausschuss zugelassenen Liste wurde BECK nicht mehr geführt.

Mahnwache war verboten, jene in Ilmenau von der NPD abgesagt worden. In einem Beitrag auf der Website des NPD-Landeverbands hieß es im Nachgang: „Der Wahlkampfauftakt der Thüringer NPD hätte besser nicht sein können. Mit minimalem Aufwand und kleinen Mahnwachen haben wir landesweite Aufmerksamkeit erreicht und die Etablierten aufgescheucht.“

In der Zeit von 22. Juli bis 27. August führte der Spitzenkandidat SCHWERDT eine Wahlkampftour durch alle Landkreise und kreisfreien Städte durch. Zudem kam es zu einer breit angelegten Verteilung von Wahlwerbeschriften und zu zahlreichen Kundgebungen. Ab dem 25. Juli befand sich zudem das als „NPD-Flaggschiff“ bezeichnete Bundeswahlkampfmobile in Thüringen im Einsatz.

Insgesamt führte die NPD ihren bislang intensivsten Wahlkampf in Thüringen. Im Gegensatz zu früher, als vorwiegend regionale bzw. lokale sozial- und wirtschaftspolitische Themen aufgegriffen wurden, traten bei der letzten Kampagne die fremdenfeindlichen und rassistischen Attitüden der Partei deutlich hervor. So fanden nicht nur Kundgebungen gegen „Islamisierung“ statt. Auch der aus Angola stammende Integrationsbeauftragte der Thüringer CDU war auf NPD-Plakaten diskriminiert worden.

Wahlziel verfehlt

Dem amtlichen Endergebnis zufolge entfielen 45.451 Zweitstimmen (2004: 15.695) und damit 4,3 % (2004: 1,6 %) auf die rechtsextremistische Partei.

Im Ergebnis sind in zehn der 44 Wahlkreise Zweitstimmenergebnisse von 5,0 % und mehr registriert worden. Den höchsten Stimmenanteil verzeichnete die NPD mit 6,2 % im Wahlkreis Saalfeld-Rudolstadt II. Auch die benachbarten Wahlkreise Saalfeld-Rudolstadt I und Weimarer Land/Saalfeld-Rudolstadt III lagen mit 5,9 bzw. 5,6 % über dem Landesdurchschnitt. Nennenswerte Parteistrukturen existieren dort nicht, vielmehr stehen hinter diesen scheinbaren „Hochburgen“ einzelne kleine Ortschaften, in denen selbst eine überschaubare Zahl absoluter Stimmen der NPD zu Ergebnissen zwischen 15 und 17 % verhalf. In über 50 kleineren Gemeinden verbuchte die NPD Ergebnisse zwischen 10 und 20 %.

Regionen, in denen der NPD-Landesvorsitzende Frank SCHWERDT selbst lokalpolitisch aktiv war, verzeichneten den geringsten NPD-Zuspruch. In den Wahlkreisen Jena I und II kam die Partei nicht über 1,8 bzw. 2,4 % hinaus. Auch im Wahlkreis Erfurt III – hier war SCHWERDT zudem als Direktkandidat angetreten – lag der Zweitstimmenanteil mit 2,6 % ebenfalls weit unter dem Landesergebnis.

Lediglich in einer der sechs kreisfreien Städte (Eisenach 5,1 %) und in fünf der 17 Landkreise (Gotha 5,2 %, Wartburgkreis 5,4 %, Sömmerda 5,3 %, Saalfeld-Rudolstadt 6,1 %, Altenburger Land 5,1 %) vermochte die NPD mehr als 5 % zu erzielen. Wie schon bei der Kommunalwahl fand die NPD auch jetzt eher im ländlichen Raum Zuspruch.

Der Landesverband der NPD selbst wertete das Abschneiden bei der Landtagswahl in Thüringen als enttäuschend und verwies dabei insbesondere auf seine strukturelle Stagnation und die personellen Schwächen. „Dass es nur in wenigen Landkreisen und nur in einer kreisfreien Stadt gelang, die 5%-Marke zu überspringen“, sei als Auftrag zu verstehen, „den Strukturaufbau und die Professionalisierung des Landesverbands weiter voranzutreiben“, hieß es am 31. August auf der Website des Verbands. „Das Potential der NPD ist ausgereizt mehr wird es nicht“ und „mit der Ausrichtung der NPD kommen wir keinen Schritt weiter“, so ein resig-

nierter Kommentar vom 1. September auf der von Rechtsextremisten genutzten Website „Altermedia“.

Bundestagswahl

Nach der Niederlage bei der Thüringer Landtagswahl scheiterte die NPD auch bei der Bundestagswahl am 27. September.

Die im Freistaat mit einer Landesliste und Bewerbern in allen neun Wahlkreisen angetretene Partei erhielt lediglich 3,5 % der Erst- und 3,2 % der Zweitstimmen. Damit verfehlte die NPD nicht nur ihr Ziel, in Thüringen die 5 %-Hürde zu nehmen, sondern blieb mit jeweils 0,5 Prozentpunkten auch hinter dem bei der Bundestagswahl 2005 erreichten Ergebnis zurück. Eindeutiger erkennbar wird das Scheitern der Partei beim Betrachten der absoluten Stimmen. So reduzierte sich die Zahl der Erststimmen von 57.464 auf 43.588, die der Zweitstimmen von 52.988 auf 39.603. Dies bedeutet jeweils Verluste von mehr als 13.000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung in Thüringen fiel mit 65,2 % um 10,3 % geringer aus als bei der Bundestagswahl 2005.

In allen neun Wahlkreisen verfehlte sie die 5%-Hürde, die Zweitstimmenanteile bewegten sich zwischen 2,5 und 4,1 %. In den Landkreisen und kreisfreien Städten verhielt es sich mit Ergebnissen von 1,6 % (Jena) bis 4,6 % (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt) ähnlich. Lediglich bei den Erststimmenanteilen konnte die Partei im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt 5,2 % erzielen, ansonsten lagen die Resultate zwischen 1,9 (Jena) und 4,5 % (Landkreis Altenburger Land). Den geringsten Zuspruch erfuhr die NPD neben Jena in den kreisfreien Städten Weimar (2,4 %), Erfurt (2,5 %) und Suhl (2,7 %). In den kreisfreien Städten Gera und Eisenach lagen die Zweitstimmenanteile mit 3,1 bzw. 3,3 % ebenfalls deutlich unter 5 %. Damit bestätigte sich erneut, dass die NPD fast ausschließlich im ländlichen Raum Rückhalt findet. So konnte sie in 20 Gemeinden zweistellige Zweitstimmenanteile zwischen 10,0 und 16,7 % erzielen. Allerdings handelte es sich hierbei durchweg um Gemeinden mit weniger als 500 Wahlberechtigten. Allein in 16 Gemeinden lag die Anzahl der abgegebenen gültigen Zweitstimmen unter 200, in sechs davon gar unter 100.

3.1.2.7 Landesparteitag und Konzepte für die Zukunft

Der ebenfalls in Kirchheim ausgerichtete NPD-Landesparteitag vom 21. November war geprägt von den Wahlniederlagen der Partei. Gemäß dem Veranstaltungsmotto „Visionär in die Zukunft – Vorwärts für Thüringen“ standen die Aktualisierung der politischen Ziele und die strategische Neuausrichtung auf dem Programm. „Es wird in den nächsten Wochen und Monaten darauf ankommen, wegen der Wahlergebnisse in diesem Jahr nicht Trübsal zu blasen oder in Agonie zu verfallen“ und „es wird darauf ankommen, die NPD als führende Oppositionspartei außerhalb des Landtags weiterhin zu behaupten, damit wir beim nächsten Mal ganz sicher im Landtag sitzen“, wurde der Landesvorsitzende Frank SCHWERDT in einem Beitrag zum Parteitag auf der Website des Landesverbands zitiert.

An der von Protestaktionen begleiteten Veranstaltung nahmen nach Eigenangaben 60 Gäste und Delegierte teil. Als Gastredner trat der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende und Chefredakteur der „Deutschen Stimme“ Karl RICHTER auf.

Mit der auf dem Parteitag verabschiedeten „Kirchheimer Erklärung“ reagierte der NPD-Landesvorstand auf die im September einstimmig von den Landtagsfraktionen beschlossene „Erklärung für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen“, die sich u. a. ent-

schieden gegen die NPD wendet. Als stärkste außerparlamentarische Kraft in Thüringen, argumentiert die NPD, habe sie den Kampf für die Rechte des Volkes und die Rückkehr der Politik in den Dienst des Volkes aufgenommen und stehe daher besonders den fünf im Landtag vertretenen Parteien im Wege. Zu ihrer Rechtfertigung heißt es in der nun gefassten Erklärung weiter: „Wenn Blockparteien und Blockflöten vom ‚völkischen Kollektivismus‘ sprechen, meinen wir Nationaldemokraten die Volksgemeinschaft als sozialen Zusammenschluss von Menschen gleicher Herkunft, Sprache und Kultur.“ Und an anderer Stelle: „Wenn Blockparteien und Blockflöten von ‚Fremdenfeindlichkeit‘ sprechen, meinen wir Nationaldemokraten die humanitär gebotene Umkehr der gegenwärtigen Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Die Liebe zum eigenen Volk und die Achtung anderer Völker, die dem nationalen Menschen innewohnen, sind die Antriebsfeder für eine Politik, welche die Existenz des Deutschen Volkes und die Identität der hierher getriebenen fremdländischen Menschen sichert“.

In einem Antrag des NPD-Landesvorstands unter dem Tenor „Die NPD als Heimatpartei weiter etablieren“ wurden insbesondere eine unzureichende kommunale und regionale Präsenz der Partei in Thüringen und damit verbundene Versäumnisse während der vergangenen Kommunalwahl als ein Grund für die Niederlage bei der Landtagswahl angeführt. Während man mancherorts nicht angetreten sei, weil die möglichen Kandidaten berufliche und gesellschaftliche Nachteile hätten fürchten müssen, habe es anderorts mangels Strukturen einfach an den nötigen Voraussetzungen gefehlt. Dann wiederum habe es Regionen gegeben, in denen ein Antritt möglich und machbar, aber das Verständnis für die Notwendigkeit schlicht nicht vorhanden gewesen wäre. Der Landesparteitag als höchstes Gremium des Landesverbands solle den Willen manifestieren, zur nächsten Kommunalwahl möglichst flächendeckend anzutreten, hieß es in dem Antrag weiter.

Darüber hinaus kündigte Patrick WIESCHKE noch im Vorfeld des Parteitags in der „Thüringen Stimme“ den Ausbau der NPD-Internetseiten an. Zudem solle sich fortan ein Teilzeitangestellter um die Interessentenbetreuung und den Aufbau von Parteistrukturen in bislang vernachlässigten Regionen kümmern, hieß es in dem Beitrag. Wohl auch deshalb hatte der Landesvorstand auf dem Parteitag mit der Änderung der Landessatzung die Einführung eines geschäftsführenden Landesvorstands beantragt. Dieser setzt sich künftig aus dem Landesvorsitzenden, dem Geschäftsführer und dem Schatzmeister sowie einer weiteren vom Landesvorstand zu bestimmenden Person zusammen.

Hinsichtlich eines von WIESCHKE vorgestellten „visionären Konzepts zur Schaffung von (weiteren) Regionalzeitungen“²², das ab Februar 2010 anlaufen soll, schien man sich der nicht ausnahmslos zustimmenden Resonanz in den eigenen Reihen durchaus bewusst zu sein. So hieß es bereits vor dessen offizieller Verkündung in der „Thüringen Stimme“: „Zweifler und Pessimisten werden anhand dieses Vorhabens die Hände über dem Kopf zusammenschlagen“ aber, so WIESCHKE in dem Artikel weiter: „Was wir ... in dieser Stunde brauchen, sind Visionen für die Zukunft“. In einem später im rechtsextremistischen Nachrichtenportal „Altermedia“ veröffentlichten Beitrag²³ wurde der NPD u. a. vorgehalten, der Pressearbeit bislang keinen ausreichenden Stellenwert beigemessen zu haben. Zugleich stünde die Effizienz des geplanten Zeitungsprojekts jedoch in Frage. „Die Thüringer NPD wäre daher vielleicht besser beraten, wenn sie ihren Fokus stärker auf das Internet richten würde, statt Zeit und Geld in Medien zu investieren, die von Otto-Normal-Bürger in der Regel mit samt der anderen Reklame in der blauen Tonne verschwinden“, hieß es dort.

²² Zu den bislang erschienenen Blättern siehe Kapitel 4.4.8.

²³ Datiert auf den 25. November 2009.

Die Realisierung der ambitionierten Vorhaben des Landesverbands scheint angesichts der nach wie vor bestehenden personellen und strukturellen Mängel fraglich. Sollten sich die jüngst aufgekommenen Hinweise auf unvollständige Angaben in Rechenschaftsberichten der Thüringer NPD bestätigen, dürfte dies nicht nur Auswirkungen auf das angestrebte Zeitungsprojekt haben.

3.1.2.8 Sonstige Aktivitäten des Landesverbands

Neben den zahlreichen wahlkampfbezogenen Initiativen war die Partei bestrebt, sich mit einzelnen Veranstaltungen in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken. Insgesamt stand die Agitation gegen das politische System der Bundesrepublik, die etablierten Parteien sowie die Politik der Länder und Kommunen im Zentrum ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Mit den Schwerpunkten „Ausländerpolitik“ sowie „Sozialabbau“ und „Abwanderung“ war die Partei wiederum bestrebt, in Städten und Gemeinden hervorzutreten, Rückhalt in der Bevölkerung zu finden und als Sachverwalter der „kleinen Leute“ wahrgenommen zu werden.

Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen

Im Verlauf des Jahres wurden zahlreiche Informationsstände und Mahnwachen sowie etwa 20 Kundgebungen und Demonstrationen (2008: 15) mit insgesamt etwa 4.800 Teilnehmern (2008: 4.100) durchgeführt. Die Aktivitäten erfolgten zum größten Teil in Kooperation mit dem neonazistischen Spektrum. Anders als in den Jahren zuvor war die NPD erstmals nicht bei der Ausrichtung des „8. Thüringentags der nationalen Jugend“ am 13. Juni in Arnstadt eingebunden.

Mit der siebten Kundgebung „Rock für Deutschland“ und dem zum vierten Mal ausgerichteten „Fest der Völker“ hielt der Landesverband an seiner Strategie fest, rechtsextremistische Musik mit politischer Agitation zu verbinden. Ziel dabei ist es, den Teilnehmerkreis für öffentlichkeitswirksame Aktionen der Partei zu vergrößern, die Akzeptanz der NPD im aktionsorientierten rechtsextremistischen Spektrum zu steigern und in der Öffentlichkeit stärkere Präsenz zu zeigen. Zu den Veranstaltungen waren jeweils Szeneangehörige aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland angereist.

Kundgebung des NPD-Landesverbands Thüringen am 17. Juni in Erfurt

Patrick WIESCHKE, stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis und NPD-Landesgeschäftsführer, hatte im Namen des NPD-Landesverbands für den 17. Juni eine Kundgebung unter dem Motto „17. Juni 1953 – Damals wie heute, stoppt den Kommunismus“ in Erfurt vor der Landesgeschäftsstelle der Partei Die LINKE. angemeldet. Dort versammelten sich etwa 50 Rechtsextremisten. Neben Patrick WIESCHKE trat auch Frank SCHWERDT als Redner auf.

In bekannt populistischer Manier bediente sich die NPD hier wieder des Gedenkens an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Hat sie die Konfrontation mit dem politischen Gegner bislang vorrangig über soziale oder regionale Themen gesucht, gab sie sich mit dieser Aktion weitaus offensiver.

„Rock für Deutschland“ am 11. Juli in Gera

An der unter dem Motto „Hier bleiben – anpacken“ ausgerichteten NPD-Kundgebung beteiligten sich ca. 3.900 (2008: ca. 750) Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland. Szeneverlautbarungen nach habe die Besucherzahl zwischen 5.000 und 5.500 gelegen. Die Anmeldung ging auf den NPD-Kreisverband Gera, vertreten durch dessen Vorsitzenden Gordon RICHTER, zurück. Die Mobilisierung erfolgte über die vom NPD-Kreisverband Gera eingerichtete Sonderseite im Internet. Darüber hinaus wurden Flyer verteilt, Terminhinweise auf weiteren Websites der rechtsextremistischen Szene eingestellt und Mundpropaganda betrieben.

Von den Rednern wurde u. a. der Landtagswahlkampf thematisiert und diesbezüglich eine engere Zusammenarbeit von „Freien Kräften“ und NPD gefordert. Wie Frank SCHWERDT sprach auch Udo VOIGT von einer „Überfremdung“ Deutschlands. Mit Bezug auf die voranschreitende Globalisierung ging er auf die vermeintliche Abhängigkeit der deutschen Politik von ausländischen Mächten ein und orakelte, dass sich in diesem Jahr in Deutschland „eine Menge ändern“ könne.

Im Wechsel mit den jeweiligen Redebeiträgen erfolgten Auftritte der rechtsextremistischen Bands „Sleipnir“ (Nordrhein-Westfalen), „Brainwash“ (Thüringen/Sachsen), „Blitzkrieg“ (Sachsen) und „Die Lunikoff-Verschörung“ (Berlin).

Die in diesem Jahr außergewöhnlich hohe Teilnehmerzahl war im Wesentlichen auf die Anziehungskraft der bei Rechtsextremisten populären Band „Die Lunikoff-Verschörung“ und auf die Tatsache zurückzuführen, dass, anders als im Vorjahr, keine weitere vergleichbare Szeneveranstaltung in oder nahe Deutschland stattfand. Begünstigend dürften sich zudem die generell gute Erreichbarkeit des Veranstaltungsorts als auch die durch diverse Wahltermine erhöhte Mobilisierungsbereitschaft der rechtsextremistischen Szene ausgewirkt haben.

Noch stärker als in den Vorjahren²⁴ wurde offenbar, dass die Hauptanziehungskraft der Veranstaltungsreihe von dem jeweiligen Musikprogramm ausgeht. Udo VOIGT habe einem Internetkommentar zufolge bedauert, dass sich zu reinen NPD-Demonstrationen sonst meist nicht mehr als die immer gleichen 200 Teilnehmer einfänden. Folglich hat das eigentliche Konzept der Organisatoren, Sympathisanten, junge aktionsorientierte Rechtsextremisten und „Freie Kräfte“ über die rechtsextremistische Musik für die längerfristige politische Arbeit der NPD zu gewinnen, bislang zumindest nicht gegriffen. Abgesehen davon dürfte jedoch die Wahlkampfkasse des Thüringer Landesverbands eine Aufstockung erfahren haben. Offenbar überstiegen die Einnahmen aus den als Spende bezeichneten Eintrittsgeldern (15 Euro pro Person) und diversen Verkaufsständen die Ausgaben des Veranstalters in diesem Jahr deutlicher als früher.

4. „Fest der Völker“ am 12. September in Pößneck

Das „4. Fest der Völker – Für ein Europa der Vaterländer“ hatte auf dem Außengelände des „Schützenhauses“ in Pößneck mit etwa 450 Teilnehmern aus Deutschland und dem europäischen Ausland²⁵ stattgefunden. Die Veranstaltung war vom NPD-Kreisverband Jena angemeldet und organisiert worden. Als Versammlungsleiter fungierte der NPD-Landesvorsitzende Frank SCHWERDT.

²⁴ Die Veranstaltung wird seit 2003 vom NPD-Kreisverband Gera ausgerichtet. Die Teilnehmerzahlen bewegten sich bis 2008 zwischen 150 bis 750 Personen.

²⁵ Es waren Teilnehmer u. a. aus Schweden, Spanien, England und Ungarn angereist.

Gegen das wegen der zu erwartenden „unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ von dem Landrat des Saale-Orla-Kreises am 3. September verhängte Veranstaltungsverbot hatte der Organisator Rechtsmittel beim Verwaltungsgericht Gera eingelegt. Im weiteren Verfahrenslauf wurde am 11. September auf Anraten des Thüringer Oberverwaltungsgerichts zwischen den widerstrebenden Parteien ein Vergleich geschlossen, der sich u. a. auf die Durchführung der Veranstaltung und den Veranstaltungsort erstreckte.

Im Rahmen der Kundgebung traten u. a. Redner aus Bulgarien, Großbritannien, Schweden, der Schweiz, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern auf. Den musikalischen Teil der Veranstaltung bestritten die Bands „Verszerzödes“ (Ungarn), Brigada 1238 (Spanien), „Rotte Charlotte“ (Deutschland) und „Preserve White Aryans“ (Estland).

Wie in den Jahren zuvor war über eine eigens gestaltete Internetseite sowie Terminhinweise und Teilnahmeaufrufe auf weiteren Szeneseiten für die Veranstaltung mobilisiert worden. Die Besucherzahl blieb dennoch hinter den Erwartungen des Veranstalters zurück. Da dies einzig der Verbotsdiskussion der Veranstaltung im Vorfeld geschuldet sei, könne das diesjährige Fest dennoch als Erfolg gewertet werden, hieß es im Nachgang.

Das „Fest der Völker“ ist Teil einer rechtsextremistischen Veranstaltungsreihe, die im Jahr 2005 mit ca. 500 Teilnehmern begann. Nach einem im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft erteilten Kundgebungsverbot in 2006 fanden in den darauffolgenden Jahren Veranstaltungen in Jena und Altenburg mit 1.400 bzw. 1.200 Teilnehmern statt.

3.1.2.9 Bewertung und Ausblick

Mit ihrem für Thüringen bislang aufwendigsten Wahlkampf vermochte die NPD ihre strukturellen und personellen Defizite allenfalls kurzzeitig zu überspielen. Bereits nach der Kommunalwahl im Juni wurde die in den eigenen Reihen verbreitete Siegesgewissheit von der Realität eingeholt. In dem Bewusstsein, mit dem im diesjährigen Wahlkampf Geleisteten die Grenzen des Machbaren erreicht zu haben, sorgten die folgenden Niederlagen bei den Landtags- und Bundestagswahlen für anhaltende Ernüchterung bei Parteimitgliedern und Sympathisanten.

Die Wahlkampfausgaben in Höhe von 160.000 Euro, ein Viertel davon darlehensfinanziert, lasten schwer auf dem ohnehin sehr angespannten Budget des Landesverbands. Für zusätzlichen Druck sorgten die zum Jahresende aufgekomenen Meldungen, wonach die Thüringer NPD wiederholt falsche Rechenschaftsberichte bei der Bundestagsverwaltung eingereicht habe. In Erwartung der Wahlkampfkostenerstattung gibt sich der Landesverband jedoch zuversichtlich, die finanzielle Schieflage in Teilen ausgleichen zu können.

Der Ausbau der kommunalen Verankerung bleib auch in 2009 eine Utopie. Die Partei ist längst nicht in allen Thüringer Regionen präsent, den bereits bestehenden Strukturen mangelt es nicht selten an der notwendigen Handlungsfähigkeit. Um so mehr appellierte der Landesvorstand zuletzt auf dem Landesparteitag im November an die Basis, das kommunalpolitische Engagement zu verstärken. Dass die gleichfalls präsentierten Konzepte, die dieses Ziel und später auch den Einzug in das Landesparlament erreichen helfen sollen, selbst in den eigenen Reihen umstritten sind, spricht für das bestehende Dilemma der Partei.

3.1.3 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1969	2006
Sitz	Bernburg	Jena
Mitglieder		
2007	ca. 400	ca. 30
2008	ca. 400	ca. 20
2009	ca. 450	ca. 15
Publikation	Zentralorgan „Der Aktivist“	–

Der Bundesverband der JN

Die 1969 gegründete Jugendorganisation der NPD gilt als „integraler Bestandteil“ der Partei. Die JN selbst sehen sich als „nationalistische Jugendbewegung Deutschlands“ mit „revolutionärer Ausrichtung“. Sie bekennen sich zur „Volksgemeinschaft“, die sie in „einer neuen nationalistischen Ordnung“ verwirklichen wollen.

Die JN sind weiterhin bemüht, sich deutlicher von der NPD abzugrenzen und ein eigenständiges Profil zu erlangen. Bereits nach der Neuwahl des Bundesvorstands im Oktober 2007 kündigten sie an, der Verband werde verstärkt die Nähe zu den „Freien Kräften“ suchen und sich zu „einer modernen und schlagkräftigen nationalistischen Jugendorganisation“ entwickeln. In dem Artikel „Die organisierte Volksfront – Die JN im Kampf um den vorpolitischen Raum“²⁶ äußerten sich der JN-Bundesvorsitzende Michael SCHÄFER und ein weiterer JN-Funktionär zur grundsätzlichen Rolle der JN in Bezug auf die Kooperation zwischen Mutterpartei und „Freien Kräften“. Demnach verliefen die politischen Aktivitäten von „Freien Kräften“ einerseits und der Partei andererseits „auf völlig unterschiedlichen Schlachtfeldern“. Weit schwerer wiege jedoch, dass der eigentliche Hintergrund solcher „Schlammschlachten“ in persönlichen Motiven liege. Das sei ein totaler Widerspruch zum „politischen Soldatentum“. Wenngleich die NPD als parlamentarischer Arm der Bewegung nach innen und außen per Gesetz „demokratisch“ organisiert sein müsse, führe dies unweigerlich zu internen Differenzen. Dennoch bliebe die Partei als solche unverzichtbar, um im Rahmen einer Doppelstrategie der „Verbotswillkür“ begegnen und in die „Mitte der Gesellschaft“ vordringen zu können. Die Aktivitäten der „freien Strukturen“ stünden im „vorpolitischen Raum“, sie würden mittlerweile in einigen Regionen durch die JN getragen und hätten entscheidenden Einfluss auf die politische Ausrichtung sowohl junger Deutscher als auch die eigene Bewegung. Demonstrationen, Mahnwachen, kontrollierter spontaner Aktionismus und Freizeitgestaltung vermittelten Gemeinschaft nach innen und erhielten durch Artikulation nach außen einen politischen Sinn. Letztlich seien beide politischen Ebenen aufeinander angewiesen, was in dem Konzept einer „Volksfront von Rechts“ seinen Ausdruck fände. In der angestrebten, hierarchisch geordneten Kampfformation sehen sie die JN in hervorgehobener Position. Die JN besäßen nicht nur die notwendige Unabhängigkeit von der Mutterpartei und wertvolle Zugänge, sondern könnten vielmehr durch ihre „innere Ordnung das Zusammenwirken divergierender vorpolitischer Kräfte in einer noch nicht da gewesenen Synthese“ herstellen. Die Parole laute von nun an:

²⁶ In „Der Aktivist“, Ausgabe 1/2009.

„Weg von der Jugendorganisation, weg vom Bild der ‚Junior-NPD‘ und hin zur Kampforganisation im vopolitischen Raum, hin zur bundesweiten Formation politischer Soldaten.“

Der Thüringer Landesverband der JN

Den JN ist es bisher in Thüringen nicht gelungen, eigene politische Akzente zu setzen, um sich von der NPD zu „emanzipieren“ und als eigenständige Organisation neben der NPD wahrgenommen zu werden. Im Berichtszeitraum haben sie in Thüringen so gut wie keine Aktivitäten mit Außenwirkung entfaltet. Der hiesige Landesverband hat sich weder strukturell noch personell weiterentwickelt. Im Gegenteil: Die in Thüringen existierenden JN-Stützpunkte in Erfurt, Jena, Saalfeld-Rudolstadt und Weimar verfügen weder über eine Internetpräsenz noch konnten sie ihren personellen Bestand halten. Im Berichtsjahr wurden den JN etwa 15 Personen zugerechnet.

3.2 „Deutsche Volkunion – Die neue Rechte“ (DVU)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1987	1991
Sitz	Hamburg	Friedersdorf
Mitglieder		
2007	ca. 7.000	ca. 60
2008	ca. 6.000	ca. 50
2009	ca. 4.500	ca. 50
Internet	eigener Internetauftritt	eigener Internetauftritt

Bundesverband der DVU

Die DVU wurde 1987²⁷ in München unter dem Namen „Deutsche Volkunion-Liste D“ (DVU-Liste D) gegründet und 1991 durch Satzungsänderung in „Deutsche Volkunion“ (DVU) umbenannt. Nachdem sie längere Zeit die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei Deutschlands war, verzeichnet sie nunmehr seit Jahren sinkende Mitgliederzahlen. Allein im Berichtsjahr ging der Bestand um 1.500 auf 4.500 Personen zurück.

Auf dem Bundesparteitag der DVU am 11. Januar in Calbe (Sachsen-Anhalt) wurde der Parteivorstand neu gewählt. Nach mehr als 20 Jahren an der Spitze kandidierte der bisherige Vorsitzende Dr. Gerhard FREY nicht mehr. Seine Nachfolge trat der vormals als Bundesorganisationsleiter tätige Matthias FAUST an. Er war 2006 der NPD beigetreten und bereits im Folgejahr zur DVU gewechselt. Im Februar 2008 kandidierte FAUST bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft für die DVU, allerdings mit mäßigem Erfolg.

Nach dem Rückzug FREYs verlor die von ihm herausgegebene „National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“ (NZ)²⁸ ihre Bedeutung als Zentralorgan der Partei. Die programmatische Linie der DVU findet sich darin kaum mehr wieder, eine Berichterstattung über parteiinterne

²⁷ „DVU e.V.“ 1971 als Verein gegründet, 1987 als Partei konstituiert, 1987-1991 „DVU-Liste D“.

²⁸ Erscheint beim „DSZ – Druckschriften und Zeitungsverlag GmbH“ (DSZ Verlag), Inhaber des Verlags ist FREY.

Aktivitäten ebenso wenig. Artikel zu tagespolitischen Themen, vorrangig jedoch zu historischen Ereignissen oder Personen der Zeitgeschichte prägen das Blatt inzwischen.

Trotz der Modifizierung und späteren Aufkündigung des „Deutschlandpakts“²⁹ durch die NPD hielt FAUST noch an dem Ziel fest, eine „gemeinsame Rechte“ unter Einbeziehung aller „nationalen Kräfte“ zu schaffen. Wenngleich „eine Vielzahl von NPD-Landesverbänden“ seine Auffassung geteilt habe, sei eine Kooperation mit der derzeitigen NPD-Bundesführung allerdings nicht umsetzbar. Für den Bundestagswahlkampf galt daher die Prämisse, sich in Abgrenzung zur NPD als „moderne Rechte“ darzustellen, die sowohl organisations- als auch generationsübergreifend die Integration des „rechten Lagers“ vorantreibe.

Gründung der Jugendorganisation „Die Junge Rechte“ (JR)

Im Rahmen ihrer Neuformierung als „DVU – Die neue Rechte“ hat die Partei Anfang Juli die Gründung einer Jugendorganisation namens „Die Junge Rechte“ (JR) vollzogen. Zum Vorsitzenden wurde Tony FIEDLER (Hessen) gewählt. FIEDLER sieht in der JR eine Möglichkeit für Jugendliche, sich auf eine spätere politische Arbeit vorzubereiten. Eine Konkurrenz zu den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN)³⁰ bestünde nicht, da es vorrangig um das organisierte Zusammenarbeiten der Jugendlichen ginge und, sofern es einmal eine vereinigte Rechte gäbe, der Zusammenschluss bestehender Strukturen effektiver sei, als der von unorganisierten Kräften. Dem Bundesvorstand der JR gehört der Thüringer Rechtsextremist Tommy FRENCK³¹ als Beisitzer an.

Wahlbeteiligungen

Die DVU kandidierte am 7. Juni bei den Wahlen zum Europaparlament. Dem amtlichen Endergebnis zufolge konnte sie lediglich 0,4 % (111.631 Stimmen) auf sich vereinen. Die DVU errang weder ein Mandat, noch konnte sie ihr erklärtes Minimalziel, an der Wahlkampfkostenerstattung zu partizipieren, verwirklichen. Thüringenweit erhielt die DVU 0,8 % der Stimmen.

Erst infolge der Kündigung des „Deutschlandpakts“ durch die NPD entschloss sich die DVU zu einer Kandidatur bei der Bundestagswahl. Mit insgesamt 12 Landeslisten erhielt sie bundesweit lediglich 0,1 % der Zweitstimmen. In Brandenburg und Sachsen-Anhalt verzeichnete sie Ergebnisse von 0,9 bzw. 0,3 %. Auch in der früheren DVU-„Hochburg“ Bremen kam sie über 0,3 % nicht hinaus. Die Resultate in den übrigen Bundesländern³² verloren sich mit jeweils 0,1 % in der Bedeutungslosigkeit. Im Wissen um die äußerst geringen Erfolgsaussichten lag dem Wahlantritt der DVU offensichtlich vor allem das Motiv zugrunde, der vertragsbrüchigen NPD gegebenenfalls Stimmen abnehmen zu können.

Einzig in Brandenburg trat die DVU zur Landtagswahl an, jedoch ohne Direktkandidaten zu benennen. Auch hier scheiterte sie mit einem Ergebnis von 1,2 % deutlich, nachdem sie dem Landesparlament bereits zwei Legislaturperioden angehört hatte.

²⁹ Siehe Kapitel 3.1.1.1 sowie „Kampf um den organisierten Willen“ in Kapitel 3.1.1.3.

³⁰ Siehe Kapitel 3.1.3.

³¹ Der vormals den NDP-Kreisverband Hildburghausen-Suhl leitende FRENCK vertritt im Ergebnis der Kommunalwahl die rechtsextremistische Wählergemeinschaft „Bündnis-Zukunft-Hildburghausen“ (BZH) im Kreistag von Hildburghausen. Siehe „Kommunalwahl“, Kapitel 3.1.2.6.

³² So in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

Der Bundesvorsitzende FAUST beteuerte, dass trotz dieser Niederlagen für die DVU weder eine Selbstauflösung noch ein Anschluss an die NPD in Frage kämen. Man sei unverändert „eine eigenständige nationale Partei [...], die sich seit einem halben Jahr in einem grundlegenden Strukturaufbau befinde“.

Der Thüringer Landesverband der DVU

Der 1991 gegründete Thüringer Landesverband der DVU war auch im Berichtszeitraum weitgehend inaktiv. Die Neustrukturierungs- und Wiederaufbaubemühungen einiger ehemaliger NPD-Funktionäre konnten an dem Abwärtstrend der Thüringer DVU nichts Grundlegendes ändern. Ihre bisherigen Protagonisten orientieren sich mittlerweile stark in Richtung NPD. So kandidierte der frühere Vorsitzende des DVU-Landesverbands, Walter BECK, zur Kommunalwahl für die NPD im Kyffhäuserkreis. Sein damaliger Stellvertreter, Uwe BÄZ-DÖLLE, seit Jahren für die DVU dem Stadtrat von Lauscha angehörig³³, repräsentiert neuerdings die NPD im Kreistag von Sonneberg.

Die einzelnen, von Ex-NPD-Mitgliedern gebildeten Personenzusammenschlüsse³⁴ haben sich mehr und mehr in die neuerdings als „DVU – Die Neue Rechte“ firmierende Partei integriert. Eine strukturelle und öffentlichkeitswirksame Wiederbelebung des Thüringer DVU-Landesverbands war trotz anderslautender Bekundungen damit nicht verbunden.

Die ursprünglich für den 29. August angekündigte Neuwahl des Landesvorstands soll erst am 12. Dezember stattgefunden haben. Seither steht Kai-Uwe TRINKAUS an der Spitze des Landesverbands. Als sein Stellvertreter fungiert Marcel LANDGRAF. Zum Landesgeschäftsführer wurde Konrad FÖRSTER gewählt.³⁵

Bereits am 6. August hatte sich ein DVU-Kreisverband Erfurt gegründet. Eigenangaben zufolge zähle er 37 Mitglieder. Der Verband verlautbarte, in Erfurt einen „neuen nationalen Wind wehen zu lassen“ und die Kräfte der „wahren Opposition“ bündeln zu wollen. Im Rahmen einer sogleich ausgerufenen Mitgliederkampagne wurden am 17. und 18. August in Erfurt Informationsstände unter dem Motto „DVU – Nationale Alternative“ durchgeführt. Am 5. September erfolgte in Greußen die Gründung des DVU-Kreisverbands Kyffhäuserkreis. Außer der Durchführung von politischen Stammtischen gingen von dem Verband bisher keine Aktivitäten aus. Auch der am 6. September gegründete Kreisverband Hildburghausen fiel bislang nicht öffentlichkeitswirksam auf.

Ein weiterer DVU-Kreisverband hat sich zwischenzeitlich in Sömmerda gegründet. DVU-Ortsgruppen bestehen darüber hinaus im Ilm- und im Wartburgkreis sowie in Suhl und Jena. Die jeweiligen Betätigungen blieben vorerst auf Eigendarstellung im Internet beschränkt.

³³ Im Ergebnis der Kommunalwahl zog mit Manuel Franke ein weiteres DVU-Mitglied in den dortigen Stadtrat ein. FRANKE hatte zudem auf der NPD-Liste für den Kreistag von Sonneberg kandidiert.

³⁴ So der Verein „Pro Thüringen e. V.“ und die Wählergemeinschaft „Bündnis-Zukunft-Hildburghausen“ (BZH).

³⁵ TRINKAUS und FÖRSTER sind im Sommer 2008 aus der NPD ausgeschlossen und zugleich ihrer Ämter als Vorsitzender bzw. Schatzmeister des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda enthoben worden. Ausschlaggebend hierfür waren ihre Bestrebungen, bei den Kommunalwahlen 2009 mit sog. Pro-Vereinen in Konkurrenz zur NPD anzutreten.

„Die Junge Rechte“ (JR) in Thüringen

Nach der Bildung des DVU-Jugendverbands Anfang Juli, hat sich am 16. August der JR-Landesverband Thüringen im Landkreis Hildburghausen gegründet. Der Gründungsveranstaltung des ersten Landesverbands der JR überhaupt sollen Eigenangaben zufolge 20 Personen beigewohnt haben. Zum Landesvorsitzenden sei Tobias CLEMEN gewählt worden. Seinen Vorstellungen nach werde die „Junge Rechte“ bereits im nächsten Jahr die größte nationale Jugendgruppe im Freistaat darstellen. Die Gründung zahlreicher Kreisverbände wurde angekündigt. Den Auftakt bildete die ebenfalls am 16. August erfolgte Gründung des JR-Kreisverbands Hildburghausen. Abseits dieser Ankündigungen sind auch hier noch keine weiteren Entwicklungen zu verzeichnen gewesen, die eine zeitnahe Realisierung des oben genannten, sehr ambitionierten Ziels erwarten lassen.

4. Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)

4.1 Ideologischer Hintergrund

Die Neonaziszene verfügt ebenso wenig über eine einheitliche, in sich geschlossene Ideologie wie der „historische Nationalsozialismus“. Die Ansichten der Neonazis setzen sich aus ideologischen Versatzstücken nationalsozialistischer, gewaltverherrlichender Rhetorik und Symbolik sowie subkulturellen Elementen zusammen. Die Übergänge zwischen der politisch-ideologisch geprägten Neonaziszene einerseits und dem subkulturell geprägten Spektrum andererseits sind fließend, es bestehen starke personelle Überschneidungen. Was den meisten Neonazis an weltanschaulich-ideologischem Wissen fehlt, wird von ihnen durch eine provozierende und aggressive Haltung nach außen kompensiert. Da sich Neonazis auf führende Personen der nationalsozialistischen Diktatur, auf deren Symbole und Riten berufen, geht von ihnen ein hohes Provokationspotenzial aus.

Neonazis betrachten ihre Umwelt aus der Sicht rassistisch unterlegter „Freund-Feind-Kategorien“. Sie sind der Überzeugung, sich in einem permanenten Kampf gegen das angeblich übermächtige „Weltjudentum“ zu befinden, das sie Außenstehenden gegenüber mit der Kurzformel ZOG³⁶ verschleiern. Ihrer Ansicht nach werden die westlichen Regierungen – insbesondere die der USA und Deutschlands – vom „internationalen Finanzjudentum“ gesteuert und unterstützen dessen Streben nach der Weltherrschaft. Als Chiffre für diese Behauptung wird von ihnen der Begriff „amerikanische Ostküste“ verwendet.

4.2 Organisationsformen der Neonaziszene im Allgemeinen

Neonazis sind in einer Vielzahl rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen sowie meist regional und in lockeren Strukturen organisiert. Nachdem Anfang der neunziger Jahre mehrere neonazistische Organisationen verboten worden waren, reagierten die Neonazis mit zwei verschiedenen Gegenstrategien. Auf der Suche nach Organisationsformen fand sich ein Teil der Neonazis, die sich selbst als „Freie Nationalisten“ bezeichnen, in unabhängigen Kameradschaften („Organisierung ohne Organisation“) zusammen. Andere wählten das „legale Dach“ der NPD als Unterschlupf und nutzten deren Parteienprivileg für eigene Aktionen. Seit einigen Jahren ebenfalls zu beobachten ist das Auftreten eines Teils der Neonaziszene als „Autonome Nationalisten“. Dieses Phänomen stellt sich allerdings weniger als Organisations-, sondern vielmehr als Aktionsform dar.

³⁶ ZOG steht für „Zionist Occupied Government“ („zionistisch beherrschte Regierung“).

Konzept der „Freien Kameradschaften“

Die dominierende Organisationsform der Neonaziszene bildete viele Jahre die „Freie Kameradschaft“. Kameradschaften existieren in fast allen Bundesländern, obwohl selbst führende Neonazis in den letzten Jahren der NPD beigetreten sind und sich dort engagieren. Die Partei-anbindung hindert sie in der Regel nicht, weiter für die Kameradschaft aktiv zu bleiben. Das Konzept der „Freien Kameradschaften“ sieht vor, sowohl als kleine autonome Einheiten auf meist lokaler bzw. regionaler Ebene zu agieren als auch, sich über technische und personelle Kontakte überregional zu vernetzen. Aufgrund ihres informellen Charakters sollen den Behörden weniger Angriffspunkte geboten werden, gegen die Kameradschaften vorzugehen. Obwohl Kameradschaften meist keine oder nur in Ansätzen vereinsähnliche Strukturen aufweisen, sind sie dennoch kraft einer verbindlichen Funktionsverteilung deutlich strukturiert. Sie werden durch die Bereitschaft getragen, gemeinsam politische Arbeit in der Absicht zu leisten, neonazistisches Gedankengut zu verbreiten. Die Verfassungsschutzbehörden sprechen dann von einer neonazistischen „Kameradschaft“, wenn die jeweilige Gruppierung die folgenden Merkmale aufweist:

- einen abgegrenzten Aktivistenstamm mit beabsichtigter geringer Fluktuation,
- eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung,
- eine zumindest rudimentäre Struktur und
- die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Basis einer rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Grundorientierung.

„Autonome Nationalisten“ (AN)

Seit dem Jahr 2004 treten in mehreren Bundesländern bei rechtsextremistischen Demonstrationen Personengruppen auf, die sich als „Autonome Nationalisten“ bezeichnen. Deren Kennzeichen sind:

- militante Kampfformen („Schwarzer Block“ und Gewaltandrohungen gegen Polizei und Gegendemonstranten),
- ein verändertes Outfit (schwarze Kleidung oder/und Vermummung),
- die Verwendung modifizierter linksextremistischer Symbolik und
- eine mit Anglizismen durchsetzte Sprache.

Die AN stellen keine Organisation im klassischen Sinne, sondern eine spezielle Strömung innerhalb der Neonazi-Szene dar, deren Entstehung und Habitus u. a. durch Einflüsse anderer Jugendsubkulturen sowie der linksextremistischen Autonomen geprägt sind. Die Angehörigen dieser Bewegung wollen sich durch „erlebnisorientierte“ Aktionsformen Gehör verschaffen. Die meist jugendlichen Aktivisten orientieren sich in ihrem Erscheinungsbild an dem aus der linksextremistischen autonomen Szene bekannten „Schwarzen Block“. Ideologisch richten sie sich teilweise – oft auch nur vorgeblich – am sozialrevolutionären Flügel der NSDAP um die Gebrüder Strasser aus. Die AN verfügen insofern über kein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild. Die gewählten „autonomen“ Aktionsformen sowie der Verzicht auf straff organisierte Gruppen sollen staatlichen Stellen und dem politischen Gegner die Aufklärungsarbeit erschweren.

Die AN machten im Berichtszeitraum bundesweit weiterhin etwa 15 % des neonazistischen Spektrums aus. Bedingt durch die vornehmlich junge, aktionsorientierte Anhängerschaft waren die Betätigungen der AN vielfältig. Ihr Auftreten bei Demonstrationen findet zunehmend Akzeptanz in weiteren Teilen der übrigen rechtsextremistischen Szene. Äußerungen im Inter-

net zufolge sollte man sich notfalls ihrer bedienen, um sich gegen die als Schikane empfundene Maßnahmen der Polizei und die Behinderungen durch Gegendemonstranten zu wehren.

Das Verhältnis zwischen der NPD und den AN ist ambivalent. Ist die Partei einerseits auf jegliche Unterstützung aus dem rechtsextremistischen Spektrum bei Wahlkämpfen und öffentlichen Veranstaltungen angewiesen, hat sich das NPD-Bundespräsidium im August 2007 mit der „Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht“ lautenden Erklärung jedoch von den „anarchistischen Erscheinungsformen“ der AN distanziert. Vertreter des „Schwarzen Blocks“ seien für die breite Masse des Volkes keine Sympathieträger und könnten auch nicht glaubhaft eine neue Ordnung vertreten, die deutsche Werte einfordere, hieß es. Wegen der teilweise heftigen Reaktionen von Seiten der neonazistischen „Freien Kräfte“ relativierte die Parteiführung die Erklärung wenig später.

Die gewaltbefürwortende Ausrichtung der AN wurde bei einer Demonstration am 17. Oktober in Leipzig offenbar. Der sächsische Landesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), Tommy NAUMANN, zugleich an exponierter Stelle bei den „Freien Kräfte Leipzig“ aktiv und als Bindeglied zu den „Autonomen Nationalisten Leipzig“ (ANL) fungierend, hatte die Veranstaltung unter dem Motto „Recht auf Zukunft“ angemeldet. Die über Internetforen betriebene Mobilisierung ließ Anhänger der ANL zumindest als Mitorganisatoren erkennen. Ihrem äußeren Erscheinungsbild nach waren die etwa 1.350 überwiegend jugendlichen, auch aus Thüringen angereisten Teilnehmer den AN zuzuordnen: Sie waren mehrheitlich schwarz gekleidet und durch übergezogene Kapuzen und Sonnenbrillen ver mummt. Im Demonstrationzug war lediglich eine JN-Fahne auszumachen.

Als die Kundgebung polizeilich aufgelöst wurde, reagierten die Teilnehmer mit Flaschen- und Steinwürfen. Im Rahmen einer im Internet veröffentlichten Nachbetrachtung bekannten sich sowohl die Organisatoren als auch Szeneanhänger dazu, künftig dezentrale Aktionen oder Spontandemonstrationen durchzuführen, um für die Sicherheitsbehörden unberechenbar zu sein. Die Anwendung von Gewalt wurde dabei ausdrücklich nicht ausgeschlossen.

Jugendcliquen/Mischszene

Neben den angesprochenen Organisationsformen existieren weitere weitgehend unstrukturierte Szenen, in denen Neonazis Aktivitäten entfalten. Diese bilden sich aus Mangel an attraktiven sozialen Alternativen vorrangig im ländlichen Raum. Zwischen diesen Cliquen und dem Bereich der subkulturell geprägten Rechtsextremisten bestehen keine klaren Trennlinien.

Auch diese Jugendcliquen wählen mitunter die Bezeichnung „Kameradschaft“. In einigen Fällen wird der Zusammenhalt auch durch martialisch klingende Phantasienamen beschworen. Solche überwiegend regionalen, subkulturell geprägten Cliquen treffen sich u. a. in Privatwohnungen und Gaststätten, an Tankstellen, Garagenkomplexen und anderen öffentlichen Räumen. Ihre Mitglieder verfügen meist über eine rechtsextremistische Grundeinstellung. Im Vordergrund der Cliquen stehen jedoch gemeinsame Freizeitaktivitäten, die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen und Konzerten sowie das gemeinschaftliche Auftreten. Den Cliquen mangelt es oft entweder an einem abgegrenzten Aktivistenstamm oder an einer zumindest rudimentären Struktur, die auch gebietet, sich dauerhaft zu engagieren. Die Anzahl der ihnen zugehörigen Personen schwankt. Mitunter fallen diese Cliquen durch provokatives Verhalten in der Öffentlichkeit auf, dessen Folgen auch Propagandadelikte, Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen sein können.

4.3 Zusammenarbeit mit der NPD

Der von der NPD proklamierte und von Teilen der Neonaziszene verwendete Begriff „Nationaler Widerstand“ bezeichnet den Willen von Rechtsextremisten, gemeinsam organisationsübergreifend gegen das politische System der Bundesrepublik und die sie tragenden Kräfte vorzugehen. Während des letzten Jahrzehnts war das Verhältnis zwischen NPD und Neonazis sowohl von Annäherung als auch von Abgrenzung gekennzeichnet. Im Jahr 2004 leitete die zwischen der NPD und Teilen der Neonaziszene getroffene Absprache, künftig offen zusammenzuarbeiten, eine neue Entwicklung ein. Sie erreichte ihren Höhepunkt in dem Konzept, die extreme Rechte in einer „Volksfront von Rechts“ zusammenzuschließen.³⁷

Das Neonazispektrum setze die Zusammenarbeit mit der NPD auch im Jahr 2009 fort. Trotz der weit gediehenen Kooperation brechen gelegentlich deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den „Freien Kräften“ und der Partei auf. Hinsichtlich der AN sind diese nicht unerheblich, erklärt sich doch der größte Teil der deutschen Neonaziszene mit den AN solidarisch.

Ein weiterer Kritikpunkt einiger Teile der Neonaziszene an der NPD ergab sich aus dem Umgang der NPD-Führung mit der Finanzaffäre um den ehemaligen Schatzmeister der NPD, Erwin KEMNA³⁸. Insbesondere der bundesweit bekannte Neonazi Christian WORCH kritisierte, dass der NPD-Bundeschef Udo VOIGT, der Mitverantwortung an der Affäre trage, daraufhin nicht zurückgetreten sei. Noch vor dem NPD-Sonderparteitag Anfang April hatte WORCH für den Fall einer Wiederwahl VOIGTs angekündigt, die NPD habe sich dann für ihn erledigt. Mit Thomas WULFF – von November 2006 bis Mai 2008 selbst Mitglied im NPD-Bundesvorstand – nahm ein weiterer führender Neonazi hierzu Stellung und erklärte die „Volksfront von Rechts“ für beendet. Diese – szeneeintern durchaus kritisierten – Äußerungen verdeutlichen die zwischen Teilen der NPD und Teilen der Neonaziszene bestehenden Spannungen. Insbesondere der im „Vier-Säulen-Konzept“ der NPD verankerte „Kampf um die Parlamente“ verlangt beider Seiten ein hohes Maß an Integrationsleistung ab: Während sich die Neonaziszene sehr viel offener zu ihrer Parlamentsfeindlichkeit bekennt, wirft sie der NPD, die dies lediglich in verklausulierter Form tut, „Verbonzung“ vor.

4.4 Die Neonaziszene in Thüringen

Bundesweit stieg die Zahl der Neonazis erneut auf nunmehr 5.000 (2008: 4.800) Personen an. Dem hiesigen Spektrum gelang es vor allem wegen seiner weitgehend fehlenden Eigenständigkeit gegenüber der NPD und des daraus folgenden Mangels an eigener Aktivierungsfähigkeit nicht, sein Personenpotenzial zu erhöhen. Wie im Vorjahr werden der Thüringer Neonaziszene ca. 160 Personen zugerechnet.

Die Hälfte der Anhängerschaft ist zwischen 20 und 24, ein Viertel zwischen 25 und 30 Jahre alt, nur ca. 10 % sind älter. Etwa 15 % haben das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet. Der Frauenanteil liegt unter einem Fünftel.

Soweit Thüringer Neonazis organisiert sind, handelt es sich dabei neben Mitgliedschaften in der NPD vor allem um Zugehörigkeiten zu Kameradschaften, Mischszenen oder sonstigen lockeren Personenzusammenschlüssen. Zudem gibt es Neonazis, die ohne Organisationszugehörigkeit an entsprechenden Veranstaltungen der NPD oder des Neonazispektrums teilnehmen, als AN auftreten oder eigene Aktivitäten, wie die Gestaltung von Internetauftritten, entfalten.

³⁷ Siehe Kapitel 3.1.1.1 und 3.1.1.3.

³⁸ Siehe Fn. 7.

4.4.1 Kameradschaften

In Thüringen konnten im Berichtszeitraum drei aktive Kameradschaften, die zumindest über rudimentäre Strukturen verfügen, festgestellt werden. Die unter verschiedenen Gruppenbezeichnungen agierende „Kameradschaft Apolda“/„Nationale Sozialisten/Aktionsgruppe Apolda“ (NS/AGAP) trat als solche im Berichtszeitraum nicht mehr in Erscheinung. Zumindest ein Teil der vormals etwa 25 Anhänger dürfte sich zwischenzeitlich in anderen Aktions- und Organisationsformen betätigen.

„Kameradenkreis um Thorsten Heise“

auch:	„Kameradschaft Northeim“, „Kameradschaft Eichsfeld“
Sitz:	Fretterode
Mitglieder:	ca. 20
Führungsperson:	Thorsten HEISE

Die „Kameradschaft Northeim“ wurde 1995 von dem Neonazi Thorsten HEISE gegründet. Seit er im Oktober 2002 von Niedersachsen nach Fretterode verzog, finden auf seinem Anwesen wöchentliche „Kameradschaftsabende“ statt, an denen in der Regel ca. 20 Personen aus Thüringen und den angrenzenden Bundesländern teilnehmen. Über HEISE unterhält die Kameradschaft Kontakte zu Rechtsextremisten in anderen Bundesländern. Die Kameradschaftsangehörigen nehmen an szenetypischen Veranstaltungen auch außerhalb Thüringens teil. Im Freistaat tritt die Kameradschaft öffentlich nur selten auf.

HEISE zählt zu den bekanntesten deutschen Neonazis. Er war Landesvorsitzender der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) in Niedersachsen, die bis zu ihrem Verbot im Jahre 1995 über ein Jahrzehnt eine der auffälligsten Neonazi-Organisationen in der Bundesrepublik darstellte. HEISE betreibt den „W & B Versand“, einen Großhandel für Bild- und Tonträger, Geschenkartikel und Militärkleidung sowie einen Einzelhandel mit Wein und Spirituosen. Mit seinem Vertrieb ist er auch im Internet aktiv. Mitte 2008 wurde das bestehende Gewerbe auf einen Buchverlag erweitert.

Nachdem die NPD-Führung „Volksfront statt Gruppenegoismus“ propagierte, trat HEISE neben zwei weiteren bundesweit agierenden Protagonisten der Neonaziszene 2004 in die NPD ein. Kurze Zeit später erfolgte seine Wahl in den Bundesvorstand, dem er auch nach den Neuwahlen auf dem Sonderparteitag im April weiterhin angehört. Hier soll er als Bindeglied zwischen „Freien Kräften“ und der NPD fungieren. Dies hat in erster Linie bundespolitische Gründe, beeinflusst jedoch auch die Akzeptanz des Thüringer NPD-Landesverbands im neonazistischen Spektrum positiv. HEISE gehörte von Mai 2005 bis Mai 2008 auch dem NPD-Landesvorstand an.

Nach wie vor ist er stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Eichsfeld. Als NPD-Kandidat wurde er zur Kommunalwahl mit 3,3 % der Stimmen in den Kreistag des Eichsfeldkreises gewählt. Sein Mandat versucht HEISE zu nutzen, um sowohl den NPD-Kreisverband Eichsfeld als auch die „Freien Kräfte“ öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen. Anlässlich des Volkstrauertags legte er am Kriegerdenkmal in Heiligenstadt zusammen mit „gut 20 aufrechten Deutschen“ einen Kranz nieder.

„Kameradenkreis um Thomas GERLACH“

auch:	„Nationale Sozialisten Altenburger Land“/„Freies Netz Altenburg“ (FN Altenburg)
Sitz:	Region Altenburg
Mitglieder:	etwa 10 bis 15
Führungsperson:	Thomas GERLACH

Als Anführer der seit Ende 2004/Anfang 2005 aktiven neonazistischen Gruppierung „Nationale Sozialisten Altenburger Land“ gilt der langjährige und mehrfach vorbestrafte Rechtsextremist Thomas GERLACH aus dem Raum Altenburg, der sowohl der organisierten Neonaziszene als auch dem subkulturellen Spektrum zuzurechnen ist. Er verfügt über zahlreiche Kontakte zu Rechtsextremisten im In- und Ausland. GERLACH kommuniziert zudem in zahlreichen rechtsextremistischen Internetforen. Gemessen an den Vorjahren sind GERLACHs Aktivitäten jedoch insgesamt als rückläufig zu bewerten.

Thomas GERLACH bezeichnet sich selbst als „Nationaler Sozialist“. Im Gegensatz zu anderen führenden Neonazis ist er der NPD bislang nicht beigetreten, beeinflusst den örtlichen NPD-Kreisverband Altenburger Land jedoch maßgeblich. Außerdem unterhält GERLACH enge Kontakte zum Thüringer NPD-Landesverband.

Seit Juni 2007 sind die „Nationalen Sozialisten Altenburger Land“ als „Freies Netz Altenburg“ (FN Altenburg) in das Mitteldeutsche Aktionsbündnis „Freies Netz“ (FN)³⁹, ein regelmäßig aktualisiertes Internetportal, eingebunden. Auf der eigenen Website wurden neben Veranstaltungshinweisen und -berichten auch verstärkt allgemein- und kommunalpolitische Themen aufgegriffen. Außerdem bot das FN Altenburg dem örtlichen NPD-Kreisverband eine Plattform. In enger Kooperation mit dem FN Zwickau (Sachsen) organisierte das FN Altenburg sog. Nationale Gesprächskreise. Im Vergleich zum Vorjahr ließen Pflege und Aktualisierung der eigenen Website jedoch deutlich nach, bis sie ab Juli dieses Jahres nicht mehr abrufbar war.

Eine von GERLACH für den 30. Januar in Altenburg für die Zeit von 19.33 Uhr bis 19.45 Uhr angemeldete Kundgebung unter dem Motto „12 Minuten Freiheit gegen 64 Jahre Zensur & Unfreiheit“ war wegen des eindeutigen Bezugs zur Machtergreifung HITLERS am 30. Januar 1933 und der bis 1945 währenden nationalsozialistischen Diktatur verboten worden. „UNS war von Anfang an klar wie das System reagiert!“⁴⁰, hieß es im Nachgang zu den Verbotserfügungen u. a. auf der Internetseite des FN Altenburg. Gleichlautende Kundgebung waren auch in Jena, Sachsen und Bayern angemeldet und ebenfalls verboten worden.

Am 17. August fand eine von GERLACH organisierte Demonstration unter dem Motto „Meinungsfreiheit ist keine Zielscheibe“⁴¹ in Altenburg statt, zu der etwa 150 Rechtsextremisten aus Thüringen und den angrenzenden Bundesländern anreisten. Als Redner traten u. a. Gor-

³⁹ Das FN, welches sich als Zusammenschluss parteiunabhängiger Aktionsgruppen aus dem Raum Mitteldeutschland beschreibt, wurde im März 2007 eröffnet. Seine Schwerpunkte lägen „in der vorgabenfreien Berichterstattung über Aktionen und Veranstaltungen sowie in der Verbreitung verschiedener Meinungen und Alternativen zum bestehenden System“. Zudem könne man sich „ohne feste Struktur informell und logistisch bei der politischen und gesellschaftlichen Arbeit“ unterstützen. Die Existenz des Portals führte zu einer stärkeren Vernetzung des neonazistischen Spektrums in Mitteldeutschland. Demonstrative, teils spontane Aktionen sind mit einem geringen Mobilisierungsaufwand und gelegentlich konspirativ vorbereitet worden.

⁴⁰ So im Original.

⁴¹ Siehe Kapitel 4.4.7.

don RICHTER, Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Gera, Stephan WAGNER, Rechtsextremist aus Sachsen, Dirk BERTRAM, Mitglied des örtlichen NPD-Kreisverbands sowie der Vorsitzende des NPD-Landesverbands Thüringen, Frank SCHWERDT, auf.

Kameradschaft „Nationaler Widerstand Jena“ (NWJ)

auch: „Freies Netz Jena“ (FN Jena)
Sitz: Jena
Mitglieder: etwa 20

Das neonazistische Spektrum in Jena trat in den vergangenen Jahren unter verschiedenen Bezeichnungen in Erscheinung. Im Berichtszeitraum wurde vorwiegend die Bezeichnung „Nationaler Widerstand Jena“ (NWJ) verwendet. Als Treff- und Veranstaltungsstätte diente zu meist das sog. Braune Haus in Jena.

Im Dezember 2008 schloss sich der NWJ als „Freies Netz Jena“ (FN Jena) dem rechtsextremistischen Internetportal „Freies Netz“ (FN) an. Auf der entsprechenden Website werden des Öfteren aktuelle Themen aufgegriffen und mit einer von rechtsextremistischer Ideologie untermauerten Kommentierung versehen. So reagierte das FN Jena beispielsweise auf die Forderung des Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland nach einem bundesweit schulfreien Tag am Ende des Ramadan mit der Forderung, „Nationale Sozialisten“ als Religionsgemeinschaft anzuerkennen und beispielsweise den „Tag der Machtergreifung“ als arbeitsfrei zu deklarieren. „Kenan ‚Kümmel‘ Kolat“ solle dieses Land „gen Mekka“ verlassen, „flugbereite Teppiche“ würde das zuständige „Rückführungsamt“ stellen, hieß es weiter.

Das FN Jena beschreibt sich als einen „Zusammenschluss junger Deutscher, die alle an irgendeinem Punkt im festgelegten Zeitstrahl des ‚freien‘ Bürgers erwacht sind und die Realität hinter der BRD-Matrix in ihrer ganzen Hässlichkeit erkennen mussten. Aus der Erkenntnis über die Notwendigkeit des aktiven und des passiven Widerstands gegen ein System, das die Zukunft der ihm anvertrauten Menschen für globalistische Strippenzieher verschachert, ist das ‚Freie Netz Jena‘ eine Einigung verschiedener politischer Bekenntnisse und Überzeugungen mit der Schnittmenge, das alle Aktivisten des FN ein freies und souveränes Deutschland als Bollwerk gegen Kapitalismus, Dekadenz und Überfremdung anstreben.“

Im Berichtszeitraum trat der NWJ nicht nur durch die Beteiligung an überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen, sondern auch durch die Organisation zahlreicher eigener Veranstaltungen in Erscheinung.

So fand am 10. Januar ein Vortragsabend im „Braunen Haus“ in Jena mit dem bekannten Rechtsextremisten und Holocaustleugner Horst MAHLER unter der Beteiligung von 60 Personen statt. MAHLER referierte zu dem Thema „Die Kernschmelze der judaisierten Welt ist der Welt Auferstehung zum Nationalsozialismus“.

Am 6. März versammelten sich ca. 20 bis 25 Teilnehmern zu einer ursprünglich als Podiumsdiskussion geplanten Veranstaltung ebenfalls im „Braunen Haus“. Einer Internetankündigung zufolge waren der Hamburger Neonazi und stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Jürgen RIEGER sowie Frank SCHWERDT, Vorsitzender des NPD-Landesverbands Thüringen, als Referenten vorgesehen.

Weitere Veranstaltungen dienten u. a. als Spendensammelaktion für die Aufrechterhaltung des wegen erheblicher Baumängel behördlich versiegelten bzw. im August zwangsgeräumten

„Braunen Hauses“. Eine im Oktober ausgerichtete Vortragsveranstaltung unter dem Motto „Nutze die Möglichkeit – Lausche der Erlebnisgeneration“ mit Zeitzeugenvorträgen zum Zweiten Weltkrieg war in das Szeneobjekt „Schützenhaus“ in Pößneck verlegt worden. Es nahmen ca. 110 Personen teil.

4.4.2 „Autonome Nationalisten“ (AN)

Bemühungen von Rechtsextremisten, z. B. über Kapitalismus- und Globalisierungskritik eine Klientel anzusprechen, die für rechtsextremistische Inhalte bislang nicht empfänglich war, sind nicht neu. Bereits seit Längerem bedienen sich insbesondere die AN des Stils und der Aufmachung sowie der Symbole und Outfits linksextremistischer Strukturen und interpretieren diese in ihrem Sinne, um weitere Teile der Gesellschaft ideologisch zu unterwandern.

In 2008 traten neben AN-Anhängern im Raum Apolda erstmals Gruppierungen namens „Autonome Nationalisten Südthüringen“ oder „Autonome Nationalisten Erfurt“ in Erscheinung, die jedoch kaum eigene Aktivitäten entfalteten und sich zwischenzeitlich wieder aufgelöst haben.

Bei den im Berichtszeitraum bekannt gewordenen Gruppierungen „Smash the exploiters“ und „Autonome Nationalisten Weimar“ (AN Weimar) scheint es sich um den Versuch einer Neubelebung dieser Strukturen zu handeln. Auf der Internetseite der AN Weimar finden sich neben Verlaufsberichten zu überregionalen auch solche zu regionalen Veranstaltungen der „Freien Kräfte“ Thüringens sowie der NPD. Bei der Aktionsgruppe „Smash the Exploiters“ haben sich eigenen Angaben zufolge „junge Menschen zusammengefunden, um Missstände der heutigen Gesellschaft aufzugreifen, zu beleuchten und Lösungsvorschläge anzubringen“. Neben eher unverfänglich wirkenden Beiträgen, u. a. zu den Themen Konsumverzicht, Tierrechte, veganes Leben, lassen antisemitische Untertöne bei der geübten Kapitalismuskritik, Berichte über Aktivitäten von Rechtsextremisten in Südthüringen sowie Hinweise auf das „Aktionsbüro Thüringen“ als auch das „Freie Netz Jena“ die rechtsextremistische Ausrichtung der Verfasser erkennen.

Im Raum Ostthüringen trat eine augenscheinlich den AN zuzurechnende Gruppierung namens „Blindhunde Gera“ durch Flugblattverteilaktionen und Teilnahme an Szeneveranstaltungen erstmals in Erscheinung. Ihrem Selbstbekenntnis zufolge handele es sich hierbei um „eine Gruppe von frei denkenden Nationalisten verschiedener Alters- und Interessengruppen“, die der Überzeugung ist, dass ein „wirtschaftendes soziales und familienfreundliches Deutschland nur auf nationaler Ebene umsetzbar ist“.

In Nordthüringen präsentieren sich die AN unter der Bezeichnung „Autonome Nationalisten Nordthüringen“, hier gehen die Aktivitäten allerdings nicht über eine Internetpräsenz hinaus. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wurden im Berichtszeitraum meist im Namen der „Freien Kräfte Thüringens“ angemeldet. Feststellbar ist jedoch hier, dass Angehörige der „Freien Kräfte“ zunehmend im Stil und Habitus der AN auftreten. Das Verhältnis zwischen den AN und der NPD blieb auch im Berichtszeitraum angespannt. So wollen die AN nicht unter Leugnung ihres Selbstverständnisses als bloßes Unterstützerpotenzial der Partei herhalten.

4.4.3 Sonstige Personenzusammenschlüsse

Neben den aufgeführten Kameradschaften im engeren Sinne entfalten in Thüringen weitere lockere Personenzusammenschlüsse rechtsextremistische Aktivitäten. Sie haben teilweise nur eine Handvoll Mitglieder.

„Aktionsbüro Thüringen“ (AB)

Anfang April meldete sich im Internet das „Aktionsbüro Thüringen“ (AB) zurück. Als Begründung für die zweijährige Inaktivität führten die Betreiber des AB an, dass im Zuge der von der NPD ab 2004 propagierten „Volksfront von Rechts“ ein Großteil der „freien Aktivisten“ in die NPD eingetreten und dadurch gleichzeitig die Arbeit des AB mehr und mehr beeinträchtigt worden sei. „Dies führte soweit, dass die Internetseite vor knapp zwei Jahren komplett vom Netz ging und auch freie Aktivitäten in Thüringen zum Großteil eingestellt wurden“, hieß es in dem entsprechenden Beitrag vom 2. April auf der Website des AB. „Mittlerweile befinden wir uns im Jahre 2009 und auch die freien Gruppen im Freistaat verspüren einen regen Zulauf“, so die Verfasser weiter.

Nach Eigenangaben versteht sich das AB als informelle Netzstruktur für den nationalen Widerstand in Thüringen. „Diese Netzstruktur soll eine freie, politische und revolutionäre Informationsplattform darstellen, die allen freien und fortschrittlichen Projekten, Kampagnen und Gruppen die Möglichkeit zur Darstellung und Berichterstattung bietet“, heißt es u. a. in der Selbstdarstellung auf der Website des Aktionsbündnisses.

Das AB erschien 2003 erstmals über eine Seite im Internet. Die Initiative ging von dem neonazistischen Bündnis "Nationales und Soziales Aktionsbündnis Westthüringen" (NSAW) aus, das seinerzeit von Patrick WIESCHKE angeführt wurde. Er verstand das Bündnis als eine gemeinsame Plattform für alle „nationalpolitischen Kräfte“ in Westthüringen. Entsprechend sollte das AB überwiegend der Selbstdarstellung dienen, die informelle Vernetzung der Thüringer Naziszene fördern und Kontaktmöglichkeiten zu den „Freien Gruppen im Thüringer Widerstand“ ermöglichen. Mit dem Wiedereintritt WIESCHKES in die NPD 2006 und seinem Engagement als stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis sowie Landesgeschäftsführer der Thüringer NPD nahmen die Aktivitäten des NSAW bzw. selbständige Aktionen von Neonazis in der Region jedoch wieder ab.

„Aktionsbündnis Erfurt“

Das „Aktionsbündnis Erfurt“, das sich in seiner Internetpräsenz als Plattform „Nationaler Sozialisten in Wort und Tat“ vorstellte, trat in der ersten Jahreshälfte des Berichtszeitraums noch mit Internetbeiträgen, Flugblattverteilungen und Transparentaktionen in Erscheinung. Zuletzt verteilten Angehörige des „Aktionsbündnisses Erfurt“ am 16. Juni im Rahmen einer überregionalen Kampagne unter dem Motto „Massenarbeitslosigkeit überwinden – Kapitalismus zerschlagen!“ Flugblätter in Hausbriefkästen des Stadtgebiets. Danach war das Bündnis über mehrere Monate gänzlich inaktiv bis es im Oktober erneut mit einer umfangreichen Internetpräsenz auftrat. Zur Motivation heißt es hier u. a.: „Wir fühlen uns in diesem System nicht mehr repräsentiert – und deshalb stellt sich für uns auch die Frage nach Reformen nicht. Reformen sind der Neuanstrich einer Gefängniszelle: Es wird bunter, aber man bleibt gefangen.“

„Freies Erfurt“

Im Januar 2009 wurde erstmals die Gruppierung „Freies Erfurt“ durch ihre Internetpräsenz bekannt. Es handelt sich dabei Eigenangaben zufolge um einen Zusammenschluss „Nationaler Sozialisten“, denen nicht das reine Bekenntnis zu „ihrer Weltanschauung“ genügt, vielmehr müssten „Wort und Tat eine Einheit bilden“. Unter der Überschrift „Wir räumen auf in der Bewegung – Gegen Kleingeistigkeit und Selbstzerfleischung!“ setzte sich „Freies Erfurt“ sehr

kritisch mit Aktionen des AB bzw. „NASO Erfurt“⁴² sowie der „Nationalen Plattform Deutscher Erfurter“ (npde)⁴³ auseinander. So hieß es in den Berichten hierzu: „Wir räumen auf in der Bewegung – soll nicht nur eine leere Worthülse oder eine Bannergrafik sein, sondern der Versuch die bewegungsinternen Streitigkeiten in Erfurt zu beseitigen.“ An die Verantwortlichen des npde gerichtet hieß es: „Stunden damit zu verbringen, der Thüringer NPD ihre Fehler aufzuzeigen“, bringe keinem etwas. „Wir jedenfalls werden Kritik, da wo sie angebracht ist, üben und den betreffenden Personen die Fehlentwicklungen aufzeigen, die nach unserer Meinung bestehen.“ Daneben fanden sich auf der Internetseite Nachrichten, Buchvorstellungen sowie Aktionsberichte über Aktivitäten der Gruppierung. Seit Mitte des Jahres ist die Seite inaktiv. Konkrete Aktionen abseits der Pflege dieser Internetpräsenz wurden nicht bekannt.

„Hausgemeinschaft ‚Zu den Löwen‘“

Bei der „Hausgemeinschaft ‚Zu den Löwen‘“, auch „Braunes Haus“ genannt, handelt es sich um ein von Thüringer Rechtsextremisten genutztes Gebäude in Jena-Lobeda. Der Liedermacher Maximilian LEMKE hatte im September 2002 mit den Eigentümern einen über zehn Jahre laufenden Pachtvertrag geschlossen, der den Erwerb des Objekts nach Fristablauf ermöglicht. Die Räumlichkeiten sind bis zum Sommer 2009 für Vortragsabende, Kameradschaftstreffen, Schulungen oder Liederabende genutzt worden. Zudem blieben die Geschäftsstellen des örtlichen NPD-Kreisverbands und des Landesverbands der „Jungen Nationaldemokraten“ weiterhin dort beheimatet. Außerdem dient es dem rechtsextremistischen Videoprojekt „Media pro Patria“ als Kontaktadresse. Das „Braune Haus“ verfügt über eine eigene Internetpräsenz, für die im Wesentlichen der NPD-Kreisvorsitzende Ralf WOHLLEBEN in Zusammenarbeit mit Maximilian LEMKE verantwortlich ist.

Einzelne Auftritte von Szenegrößen wie Horst MAHLER und dem zwischenzeitlich verstorbenen Jürgen RIEGER sowie Liederabende steigerten den überregionalen Bekanntheitsgrad des „Braunen Hauses“. Die zentrale Lage und gute Erreichbarkeit des Objekts verbunden mit der möglichen Nutzung zu Wohn- und Veranstaltungszwecken begründen darüber hinaus die aus Szenesicht besondere Attraktivität der Liegenschaft. Insbesondere auch deswegen hält sie trotz der im Juli aufgrund schwerwiegender brandschutztechnischer und baulicher Mängel behördlich verfügten Nutzungsuntersagung und der schließlich im August erfolgten Zwangsräumung weiter an der Liegenschaft fest.

Maximilian LEMKE ließ über Internet verlauten: „Die Idee des ‚Braunen Hauses‘ ist mit dessen politisch motivierter Räumung nicht untergegangen!!!“ Zwischenzeitlich seien ein Architekt beauftragt und der fehlende Bauantrag für Umbaumaßnahmen eingereicht worden. Gleichwohl bestünde die finanziell sehr angespannte Situation fort. Ohne Hilfe sowohl in finanzieller Hinsicht als auch durch Unterstützung bei Handwerksarbeiten am und im Haus gestalte sich die Instandsetzung des „Braunen Hauses“ sehr schwierig.

Nach der behördlichen Räumung fanden einzelne Szeneveranstaltungen in dem Gartenbereich des Objekts statt. Im September wurde ein „Solidarischer Videoabend“ durchgeführt, um Spenden für die beabsichtigte Anschaffung eines Armeezelts zu sammeln. Über Internet wurde im Oktober verkündet, ein „großes und stabiles Mannschaftszelt“ erworben zu haben. Dieses sei beheizbar und somit vorübergehend als Veranstaltungsort und Anlaufstelle geeignet.

⁴² Von „Freies Erfurt“ verwandte Bezeichnung für das „Aktionsbündnis Erfurt“, das sich selbst als Plattform „Nationaler Sozialisten“ beschreibt.

⁴³ Der frühere Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Erfurt, Kai-Uwe TRINKAUS, hatte unmittelbar vor seinem Parteiausschluss die Website des Kreisverbands in „Nationale Plattform Deutscher Erfurter“ (npde) umbenannt.

Rechtsextremistische Jugendcliquen/Mischszene

Neonazistische Aktivitäten gehen in Thüringen ebenfalls von Personenzusammenschlüssen und regional agierenden Aktivisten aus, die für Veranstaltungen jeweils ein bestimmtes Personenpotenzial aus ihrem Umfeld mobilisieren können. Diese Zusammenschlüsse, die allerdings keine Kameradschaft im engeren Sinne darstellen, erscheinen im Internet, auf Transparenten und Flugblättern sowie als Unterstützergruppen für rechtsextremistische Aktivitäten. Meist mangelt es ihnen an einem abgegrenzten Aktivistenstamm, einer erkennbaren Struktur oder an der Bereitschaft, gemeinsam politische Arbeit zu leisten – mithin an Merkmalen, die eine Kameradschaft kennzeichnen. Einige Gruppierungen sind mitunter – begünstigt durch das Internet – rein fiktiver Natur, andere lediglich von kurzer Dauer. Sie stehen und fallen mit dem Engagement und der Überzeugungskraft ihres jeweiligen Wortführers.

4.4.4 Zusammenarbeit mit der Thüringer NPD

Das Verhältnis zwischen NPD-Landesverband und Neonazis ist in Thüringen seit Jahren vor allem durch Integration und Kooperation gekennzeichnet. Nahezu alle führenden Thüringer Neonazis sind zwischenzeitlich der NPD beigetreten, ein Großteil derer nimmt innerhalb der NPD Funktionen wahr. Fast alle Mitglieder des Landesvorstands und die meisten Kreisverbandsvorsitzenden entstammen ebenfalls dem neonazistischen Spektrum. Einige NPD-Funktionäre fungieren zugleich als Führungspersonen lokaler neonazistischer Gruppierungen. Thüringen zählt zu den Bundesländern, in denen die Einbeziehung von Neonazis in die NPD am weitesten fortgeschritten ist. Die Kooperation beider Spektren äußert sich insbesondere in der gemeinsamen Organisation von Veranstaltungen und Kampagnen. Teilnehmer, Redner und Ordner treten oftmals auch auf Veranstaltungen des jeweils anderen Spektrums auf.

Insgesamt ist es dem Thüringer Landesverband der NPD im Laufe eines längeren Prozesses gelungen, das neonazistische Spektrum weitgehend zu integrieren, wodurch dieses seine frühere Eigenständigkeit innerhalb des rechtsextremistischen Lagers eingebüßt hat. Wenngleich sich einzelne Neonazis dennoch neben der NPD zu behaupten suchen, unterstützen sie die Partei in der Regel auf Kreis- und Landesverbandsebene.

Trotzdem stößt die NPD bzw. ihr Versuch eines taktisch motivierten Auftretens in der Öffentlichkeit bei Teilen der Neonaziszene auch auf deutliche Ablehnung. So wurde eine im Dezember im Namen des NPD-Landesverbands Thüringen für den 1. Mai 2010 in Erfurt angemeldete „Demonstration der NPD und Freier Widerstand Thüringen“ heftig kritisiert. Die NPD habe die Anmeldung ohne jede vorherige Abstimmung formuliert, hieß es u. a. in einem Kommentar auf der Website „Aktionsbüro Thüringen“.

4.4.5 Vereinsaktivitäten von Neonazis

Bundesweit bestehen zahlreiche rechtsextremistische Vereine, die unterschiedliche Ziele verfolgen und historische, politische oder gesellschaftliche Themen aufgreifen. Viele von ihnen werden in Vereinregistern geführt. Auch Thüringer Neonazis gehören derartigen Vereinen, beispielsweise der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) oder der mittlerweile verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend e.V.“ (HDJ) an.

„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)

Die HNG stellt die mitgliederstärkste neonazistische Organisation in Deutschland dar. Sie zählt etwa 600 Mitglieder, von denen etwa 20 in Thüringen ansässig sind. Ihre Hauptaufgabe sieht die HNG darin, „nationale Gefangene“ während ihrer Inhaftierung zu betreuen, um ihre Szeneanbindung nicht abreißen zu lassen. Ein Großteil der HNG-Mitglieder gehört darüber hinaus weiteren rechtsextremistischen Organisationen an. Die HNG gibt die monatlich in einer Auflage von 700 Exemplaren erscheinende Publikation „Nachrichten der HNG“ heraus. Darin soll anhand von Berichten über „Repressionen“ gegenüber „nationalen Gefangenen“ im Justizvollzug die angebliche politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert werden.

„Heimattreue Deutsche Jugend e.V.“ (HDJ)

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat die neonazistische HDJ am 31. März verboten. Zugleich waren in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen gegen führende Mitglieder der HDJ durchgeführt worden. Bereits am 9. Oktober 2008 fanden im Zuge des vom BMI geführten Ermittlungsverfahrens bundesweite Durchsuchungen und Beschlagnahmen in Wohn- und Geschäftsräumen mutmaßlicher Angehöriger der HDJ statt. In Thüringen waren seinerzeit Objekte in Arnstadt, Eisenach, Rippershausen (Landkreis Schmalkalden-Meiningen) und Gera-berg (Ilmkreis) betroffen.

Ende April reichte die HDJ beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) Klage gegen die Verbotsverfügung ein und beantragte die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage sowie die Aufhebung der sofortigen Vollziehung der Verbotsverfügung. Der Eilantrag war mit Beschluss des BVerwG vom 11. August abgelehnt und das Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes damit abgeschlossen worden. Das Verfahren über die Klage des Vereins ist noch anhängig.

Die HDJ, eine „aktive, volks- und heimattreue Jugendbewegung für alle deutschen Mädels und Jungen im Alter von 7 bis 29 Jahren“ wurde 1990 im Zuge einer Abspaltung aus dem „Bund Heimattreuer Jugend e.V.“ gegründet. Untergliedert in „Bundesführung“, „Leitstellen“ und „Einheiten“ verfügte sie über einen hierarchischen Aufbau. Der im Großraum Berlin ansässigen „Bundesführung“ waren die vier Leitstellen „Nord“, „West“, „Mitte“ und „Süd“ untergeordnet. Die HDJ besaß mit den als „Einheiten“ bezeichneten Ortsgruppen regional sehr unterschiedlich ausgeprägte Strukturen. Mit der Veranstaltung von Freizeitlegern und gemeinsamen Ausflügen – an denen manchmal auch ganze Familien teilnahmen – verfolgte die HDJ die Zielsetzung, über zunächst unpolitisch erscheinende Aktivitäten Jugendliche und Kinder an nationalsozialistisches Gedankengut heranzuführen. Unter Vorspiegelung einer jugendpflegerischen Tätigkeit betrieb die HDJ somit eine gezielte Ideologisierung ihrer Mitglieder.

Nach dem Verbot kam es auch in Thüringen zu verschiedenen Protestaktionen. So versammelten sich einem Internetbericht zufolge am 1. April in Arnstadt ca. 40 Rechtsextremisten zu einer „Spontandemonstration“ und skandierten bei ihrem Zug durch ein Wohngebiet Parolen wie „Schäuble hat versagt“, „Trotz Verbot nicht tot“ und „Widerstand lässt sich nicht verbieten“. Noch vor Eintreffen der Polizei habe sich die Gruppe, die Fackeln und ein Transparent mit der Aufschrift „Ein freies Volk braucht freie Denker“ und dem Abbild Friedrich Nietzsches mit sich führte, aufgelöst. In dem mit „Gewissensbisse erziehen zum Beißen – Sponti

nach HDJ-Verbot“ überschriebenen Beitrag hieß es weiter, der Veranstaltung hätten sich viele Jugendliche aus allen Teilen Thüringens, teils auch ohne konkreten HDJ-Bezug, angeschlossen.

Am 3. April störten 36 Rechtsextremisten eine in Arnstadt ausgerichtete Informationsveranstaltung unter dem Motto „Ferien im Führerbunker – die neonazistische Kindererziehung der HDJ“. Nachdem sie der Aufforderung des Veranstalters, die Örtlichkeit zu verlassen, nicht Folge leisteten, sind polizeiliche Platzverweise ausgesprochen worden. Die Beamten führten Identitätsfeststellungen durch und leiteten Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruchs ein. Bei einer Person wurde ein Schlagring sichergestellt, was die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz nach sich zog.

Im Jahresverlauf wurden Bestrebungen einzelner Rechtsextremisten in Thüringen festgestellt, die Aktivitäten der verbotenen HDJ ggf. in anderen Strukturen fortzuführen.

4.4.6 Gewaltpotenzial der Neonaziszene

Öffentliche Veranstaltungen der Neonazis verlaufen zumindest in Thüringen überwiegend störungsfrei, was sowohl auf die Auflagen der Ordnungsbehörden als auch die massive Polizeipräsenz zurückzuführen ist. Werden Straftaten begangen, handelt es sich vorwiegend um sog. Propagandadelikte⁴⁴. Mitunter kommt es situationsbedingt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner aus dem linksextremistischen Spektrum.

So beispielsweise am 10. April in Jena, als eine verbale Konfrontation zwischen ca. 40 Rechtsextremisten und ca. 20 offenbar dem linksextremistischen Spektrum zuzuordnenden Personen in Gewalttätigkeiten (Flaschenwürfe und Prügeleien) ausartete. Im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang kam es zu weiteren Gewalttaten unter Angehörigen beider Lager.⁴⁵

Neonazis aus Thüringen beteiligten sich zudem an der auch von Übergriffen auf Polizeibeamte begleiteten Demonstration am 17. Oktober in Leipzig⁴⁶. In der Öffentlichkeit, in Zeitungen oder Flugblättern vermeiden es Neonazis allerdings in der Regel, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu propagieren. Die öffentlichen Äußerungen können jedoch nicht über das Teilen der Szene immanente Gewaltpotenzial hinwegtäuschen. Zahlreiche Neonazis, nicht selten deren Führungspersonen, sind wegen der Begehung von Körperverletzungen vorbestraft.

4.4.7 Aktivitäten und Themenschwerpunkte der Neonaziszene

Das neonazistische Spektrum ist aktionistisch ausgerichtet. Die Anhängerschaft wirkt bereitwillig an Demonstrationen mit. Sie nimmt mitunter eine weite Anreise auf sich, um an Demonstrationen Gleichgesinnter im gesamten Bundesgebiet teilzunehmen (sog. Demo-Tourismus). Das Motto der Veranstaltungen ist dabei eher von nachrangiger Bedeutung. Demonstrationen vermitteln den Anhängern ein Gemeinschaftsgefühl, das ein wichtiges Bindeglied in der ansonsten recht schwach strukturierten Neonaziszene darstellt.

⁴⁴ Zum Beispiel Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen oder Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen nach § 86 bzw. § 86a Strafgesetzbuch (StGB).

⁴⁵ Siehe die Ausführungen unter „Gewalttätige Auseinandersetzungen in Jena“, Kapitel 3.3, Abschnitt „Linksextremismus“.

⁴⁶ Siehe „„Autonome Nationalisten“ (AN)“, Kapitel 4.2.

Das neonazistische Spektrum Thüringens führte im Berichtszeitraum zehn eigene Demonstrationen und Kundgebungen durch, an denen sich zum Teil weniger als 50 aber auch bis zu 300 Personen beteiligten. Lokale Aktionsschwerpunkte bildeten im Berichtszeitraum die Städte Arnstadt, Altenburg und Pößneck.

Die mit 300 Teilnehmern größte Veranstaltung bildete der am 13. Juni in Arnstadt unter dem Motto „Jugend voran – gemeinsam überwinden wir jede Krise“ ausgerichtete „8. Thüringentag der nationalen Jugend“. Die Organisation oblag den Rechtsextremisten Patrick WIEDORN und Ralf WOHLLEBEN. Beide betonten im Rahmen eines Kooperationsgesprächs mit den zuständigen Behörden ausdrücklich, die Veranstaltung als Privatpersonen durchzuführen. Eine Einbindung der NPD erfolgte – im Gegensatz zu früher – nicht. Auf Websites der rechtsextremistischen Szene Thüringens sowie auf der bereits im Jahr 2004 eigens für den Thüringentag eingerichteten Sonderseite war für die Veranstaltung geworben worden. Die vornehmlich auf Jugendliche sowie junge Erwachsene ausgerichtete Veranstaltungsreihe hat seit 2002 im Kalender der Thüringer Rechtsextremisten einen festen Platz. Die Teilnehmerzahl früherer Veranstaltungen bewegte sich zwischen 130 und 370 Personen. Bis dato oblag die Ausrichtung jeweils einem NPD-Kreisverband.

In Altenburg fand am 17. August eine Demonstration unter dem Motto „Meinungsfreiheit ist keine Zielscheibe“ statt. Organisiert und angemeldet hatte sie der Altenburger Neonazi Thomas GERLACH⁴⁷ im Namen der „Bürgerinitiative Meinungsfreiheit schützen“. Zu der Auftaktkundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz hatten sich ca. 150 Anhänger des rechtsextremistischen Spektrums, augenscheinlich überwiegend „Autonome Nationalisten“, versammelt. Mitgeführte Transparente und Spruchbänder trugen Aufschriften wie „Meinungsfreiheit ist keine Zielscheibe“, „Kampf dem System“ und „Damals wie heute – Arbeiter kämpft gegen das System“. Mit der seit 2004 in Altenburg stattfindenden Veranstaltung erinnerte die rechtsextremistische Szene ursprünglich an einen Neonazi, der damals in Altenburg Plakate angebracht hatte, die sich auf den Todestag des HITLER-Stellvertreters Rudolf HEß bezogen. Während der in diesem Zusammenhang erfolgten vorläufigen Festnahme wurde er durch einen Schuss, der sich aus der Dienstpistole eines Polizeibeamten löste, verletzt. GERLACH meldete daraufhin bis zum Jahr 2010 jeweils für den 17. August weitere Demonstrationen an. In den zurückliegenden Jahren nahmen jeweils zwischen 170 und 230 Rechtsextremisten an diesen Kundgebungen teil.

Neben den öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen des neonazistischen Spektrums führte die Szene zudem zahlreiche interne Veranstaltungen wie Vorträge, „Gesprächskreise“ und Liederabende durch. Vornehmlich fanden diese in den von Rechtsextremisten genutzten Objekten, dem „Braunen Haus“ in Jena, der „Erlebnisscheune“ in Kirchheim (Ilm-Kreis) und dem „Schützenhaus“ in Pößneck, statt.⁴⁸

Am 10. Januar veranstaltete der „Nationale Widerstand Jena“ (NWJ) einen Vortragsabend im „Braunen Haus“. Der bekannte Rechtsextremist und Holocaustleugner Horst MAHLER referierte zu dem Thema „Die Kernschmelze der judaisierten Welt ist der Welt Auferstehung zum Nationalsozialismus“. Etwa 60 Rechtsextremisten beteiligten sich an der Veranstaltung. Auf der Website des NWJ hieß es im Nachgang: „Wie vermutet, wurde der Vortrag Horst Mahlers von vielen politischen Richtungen mit Begeisterung aufgenommen. [...] genauso schonungslos wie das Thema, gestaltete Mahler auch seinen Vortrag. Konnten die Mächte hinter den Bühnen vor siebzig Jahren das kapitalistische Geschwür noch mit einem Weltkrieg gegen den funktionierenden Nationalsozialismus retten, so wird ihnen das diesmal, so Mahlers Gedanke,

⁴⁷ Siehe „Kameradenkreis um Thomas Gerlach“, Kapitel 4.4.1.

⁴⁸ Siehe Kapitel 4.4.9.

nicht gelingen können. Die zögerliche Einflussnahme des Staates auf die Banken sieht er als ersten Schritt hin zu den Grundsätzen des NS.“ MAHLER will mit seinen revisionistischen Darstellung nicht nur das rechtsextremistische Publikum erreichen, sondern möglichst öffentlichkeitswirksam Verfahren wegen Volksverhetzung provozieren.⁴⁹ Hintergrund dabei ist, die Ablehnung der Bundesrepublik als „illegitimes Besatzungsinstrument“ der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg auszudrücken und den Fortbestand des „Deutschen Reiches“ zu suggerieren.

Am 15. August nahmen zwischen 60 und 70 Rechtsextremisten aus Thüringen und anderen Bundesländern an einer Veranstaltung „Freier Kräfte“ in der „Erlebnisscheune“ in Kirchheim teil. Anlass der Zusammenkunft seien eigenen Angaben im Internet zufolge der „Antikriegstag-Rechtskampf und die bisherigen Geschehnisse im Zusammenhang mit dem 5. September“ gewesen. Seit 2005 organisieren „Freie Kräfte“ eine „Antikriegstag“-Demonstration in Dortmund, für die in diesem Jahr vorerst ein Verbot ausgesprochen worden war.⁵⁰ Zum damaligen Stand der Angelegenheit wollten die Organisatoren in Kirchheim Auskunft geben. Abgerundet wurde die Saalveranstaltung durch Darbietungen eines rechtsextremistischen Balladensänger.

Am 24. Oktober fand im „Schützenhaus“ in Pößneck eine Vortragsveranstaltung unter dem Motto „Nutze die Möglichkeit – Lausche der Erlebnisgeneration“ statt. Es handelte sich um die Fortsetzung der gleichnamigen, im Juli 2008 in Jena stattgefundenen Veranstaltung. Gegenstand der Treffen sind jeweils Zeitzeugenvorträge zum Zweiten Weltkrieg, die den Aktivisten die vermeintlich wahren Geschehnisse der damaligen Zeit aufzeigen sollen, verbunden mit musikalischen Beiträgen. Verantwortlich für die Veranstaltung zeichnete laut Eigenangaben das „Freie Netz Jena“ (FN Jena). Da das „Braune Haus“ zu dem Zeitpunkt aufgrund behördlicher Maßnahmen nicht genutzt werden konnte, war die Veranstaltung von Jena nach Pößneck in das dortige Szeneobjekt „Schützenhaus“ verlegt worden. Wenngleich – anders als im Vorjahr – auf eine öffentliche Thematisierung des Termins verzichtet worden war, zählte die Veranstaltung ca. 110 Teilnehmer (2008: ca. 50⁵¹).

4.4.8 Von Rechtsextremisten herausgegebene Regionalzeitungen in Thüringen

Obwohl Thüringer Rechtsextremisten vor allem das Internet nutzen, um auf ihre Belange aufmerksam zu machen und Informationen zu streuen, werden zunehmend auch Regionalzeitungen verbreitet. Im Berichtszeitraum erschienen in Thüringen mindestens vier Publikationen, welche von Angehörigen des neonazistischen Spektrums, die zum Teil auch der NPD angehören, herausgegeben wurden. Die nach Eigenangaben teilweise in einer Auflage von ca. 10.000 bzw. 20.000 Exemplaren erschienenen Publikationen wurden von Szeneangehörigen als Postwurfsendung oder auf Veranstaltungen verteilt. „Der Wartburgkreis Bote“ konnte zudem aus dem Internet heruntergeladen werden.

In den Beiträgen wird vorrangig Kritik an den etablierten Parteien geübt und der Eindruck geschürt, Rechtsextremisten machten sich für die Interessen und Probleme der „kleinen Leu-

⁴⁹ Das Landgericht München II verurteilte MAHLER am 25. Februar 2009 wegen Volksverhetzung in drei Fällen zu sechs Jahren Haft ohne Bewährung. Gegenstand des Verfahrens war u. a. eine Selbstanzeige MAHLERs, die er im November 2007 bei der Staatsanwaltschaft München stellte, nachdem er CDs mit antisemitischen und holocaustleugnenden Inhalten verschickt hatte.

⁵⁰ Die Veranstaltung war letztlich als Standkundgebung im Dortmunder Hafen genehmigt worden. In Anlehnung an den 1957 vom Deutschen Gewerkschaftsbund zum Zwecke des mahnenden Gedenkens an den Beginn des Zweiten Weltkriegs initiierten „deutschen Antikriegstag“ am 1. September nutzt die Szene seit 2005 einen jeweils zeitlich nahe gelegenen Termin zur Eigendarstellung.

⁵¹ Szeneschätzung.

te“ stark. Die Verfasser greifen schwerpunktmäßig Themen von lokaler und regionalpolitischer Bedeutung und zugleich hohem Reiz- und Identifikationswert auf, um abstrakt gegen „die Politik“ zu polemisieren und im Sinne ihres vom Lagerdenken geprägten Weltbilds („Wir, das Volk – Ihr, die Politiker“) gegen politische Mandatsträger und Entscheidungsprozesse zu agitieren. Hinter der Themenwahl verbirgt sich das Anliegen der Rechtsextremisten, gezielt ein politisches Angebot an Unzufriedene zu lancieren. Plumpe Agitation und aggressive Propaganda werden weitestgehend unterlassen, um potenzielle Interessenten nicht abzuschrecken. Deshalb ist der rechtsextremistische Hintergrund der Regionalzeitungen in vielen Fällen nicht sofort erkennbar. Dominierende Themen waren im Berichtszeitraum die Kommunal- und Landtagswahlen. Die NPD hatte bereits im vorigen Jahr angeregt, zum Erreichen ihrer politischen Zielsetzungen künftig noch stärker auf dieses Medium zu setzen.

„Der Rennsteig Bote“

Von der im Jahr 2005 erstmals festgestellten Zeitung „Der Rennsteig Bote“, wurde im Berichtszeitraum lediglich eine Sonderausgabe zur Landtagswahl bekannt. War die Publikation bis etwa Mitte 2008 noch im Internet abrufbar, ist dies seither nicht mehr möglich.

„Der Wartburgkreis Bote“

Der Landesgeschäftsführer der Thüringer NPD und stellvertretende Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Wartburgkreis, Patrick WIESCHKE, zeichnet für das „Unabhängige Mitteilungsblatt für Eisenach & Umgebung – Der Wartburgkreis Bote“ verantwortlich, das zeitgleich mit der im Januar 2006 eröffneten Website erstmals herausgegeben wurde. Auch hier werden regionalpolitische Themen aufgegriffen. Die „Arbeitsgemeinschaft“ strebe an, mit einer Politik, die ausschließlich auf „deutsche Interessen und Menschen“ ausgerichtet ist, einen Gegenpol zur etablierten Kommunalpolitik zu bilden.

Im Berichtszeitraum wurden vier Ausgaben der Zeitung bekannt, wobei die Ausgabe 15 für die Monate April/Mai/Juni als Sonderausgabe zur Kommunalwahl in zwei Versionen, zum einen für die Stadt Eisenach, zum anderen für den Wartburgkreis, erschien. Für Letztere zeichnete der Kreisverbandsvorsitzende Hendrik HELLER presserechtlich verantwortlich.

„Bürgerstimme!“

Im Berichtszeitraum erschienen zwei Ausgaben der Regionalzeitung „Bürgerstimme! Mitteilungsblatt für die Landeshauptstadt Erfurt“. Neben lokalen kommunalpolitischen und sozialkritischen Themen, wie der Räumung des „besetzten“ Hauses auf dem ehemaligen Firmengelände der Firma „Topf & Söhne“ und der Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände, widmeten sich die Redakteure auch den „etablierten Parteien“ und landespolitischen Themen. Format und Aufmachung der in Erfurt verteilten Zeitung lassen darauf schließen, dass es sich hierbei um die Neuauflage der Publikation „Bürgerstimme! Mitteilungsblatt freier Kräfte der Region Erfurt-Arnstadt“ handelt, die zuletzt im August/September 2007 herausgegeben worden war. Hinter dem Blatt steht nunmehr der NPD-Kreisverband Erfurt-Sömmerda, Frank SCHWERDT als dessen Vorsitzender trägt die presserechtliche Verantwortung.

„Eichsfeldstimme“

Seit Juni 2009 erscheint die Publikation „Eichsfeldstimme“. Sie ist im Internet auf der Homepage des NPD-Kreisverbands Eichsfeld abrufbar.

Die Erstausgabe mit dem Untertitel „Wahlausgabe 2009 – Aus der Mitte des Volkes – Nationale Bürger für das Eichsfeld“ richtete sich anlässlich der Kommunalwahl an die Wähler der Region. Neben unmissverständlicher Werbung für die NPD („Mitglied werden“, „NPD wählen“) wurde ein Interview mit dem Spitzenkandidaten des NPD-Kreisverbands Eichsfeld, Thorsten HEISE, veröffentlicht. Trotz der Ankündigung, die Bürger auch über den Wahlkampf hinaus über das Blatt mit Informationen aus dem Kreis und dem Kreistag versorgen zu wollen, erschien die zweite und bislang letzte Ausgabe der „Eichsfeldstimme“ im Vorfeld der im August durchgeführten Landtagswahl.

Neben der Einstellung auf der Internetseite des NPD-Kreisverbands Eichsfeld ist eine Verteilung während der Wahlkämpfe an die Haushalte erfolgt. Da nach eigenen Angaben die finanziellen Mittel für eine flächendeckende Verteilung nicht ausreichen, wurde „ein kleiner Abo-Versand“ eröffnet, über den sich die „Eichsfeldstimme“ ebenfalls beziehen lasse.

Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten

Die rechtsextremistische Szene Thüringens ist im Internet umfassend mit eigenen Auftritten vertreten. Vor allem die NPD und das neonazistische Spektrum nutzen diese Plattform zur Selbstdarstellung, als Agitations- und Propagandamedium, als Mobilisierungsinstrument sowie als Kommunikationsmittel. Darüber hinaus bedienen sich auch rechtsextremistische Vertriebe des Internets, um über Online-Shops Tonträger, Literatur, Kleidung und andere Szenedevotionalien zu vertreiben.

Die Zahl der von Thüringer Rechtsextremisten betriebenen Websites liegt mit ca. 70 auf dem Vorjahresniveau, wobei ebenso häufig neue Websites auftauchen wie andere wieder verschwinden. Nur knapp die Hälfte der einschlägigen Internetpräsentationen wird mehr oder weniger regelmäßig aktualisiert. Der Personenkreis, der sich aktiv an der Gestaltung der Websites beteiligt bzw. in Diskussionsforen eigene Beiträge einstellt, ist relativ überschaubar.

Zahlreiche Websites bieten ein umfangreiches Repertoire an Informationen, die oft einen klaren regionalen Bezug aufweisen. Andere wiederum werden lediglich anlassbezogen betrieben, beispielsweise um für Veranstaltungen zu mobilisieren und später Veranstaltungsberichte einzustellen. Der seit dem 2. Halbjahr 2007 feststellbare Trend zur Nutzung von Videosequenzen, die für Veranstaltungen werben oder diese anschließend dokumentieren, meist aber der Selbstinszenierung dienen, setzte sich im Berichtszeitraum fort. Die Videosequenzen sind zumeist auf den großen Videoplattformen des Internets eingestellt und über Links mit rechtsextremistischen Seiten verbunden. Darüber hinaus haben zahlreiche Rechtsextremisten des Freistaats ihre „Visitenkarten“ in Online-Communities hinterlassen.

Im Zuge des „Mitmachinternets“ gibt es auch zunehmend mehr Präsentationen von Thüringer Rechtsextremisten, vornehmlich im Neonazibereich, welche die Möglichkeiten der Mitgestaltung und eine Teilnahme an Diskussionsprozessen anbieten. So sind zahlreiche Homepages mit Diskussionsforen verknüpft oder ermöglichen es, Beiträge online zu kommentieren.

Von den rechtsextremistischen Parteien in Thüringen nutzt insbesondere die NPD die Möglichkeiten des Internet. Nicht nur der NPD-Landesverband, sondern auch der überwiegende Teil der Kreisverbände betreibt eigene, allerdings durchaus unterschiedlich aktualisierte Websites. Neben der Benennung des Vorstands, Terminhinweisen zu Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene und einer Rubrik „Aktuelles“ verweisen externe Links auf weitere rechtsextremistische Websites oder zu „Lokal- bzw. Kampagnenseiten“ auch außerhalb der rechtsextremistischen Szene. Außer Beiträgen mit lokalem Bezug und zu eigenen Aktivitäten

werden oft Artikel anderer Verbände übernommen. Der Meinungsaustausch im Diskussionsforum der NPD war zuletzt stark rückläufig.

Auch der Thüringer Landesverband der DVU war im Berichtszeitraum erstmals mit mehreren Websites sowohl des Landeverbands als auch der Kreisverbände und Ortsgruppen vertreten. Dieses Novum verdeutlicht zugleich, mit welchem vergleichsweise geringem Aufwand versucht wird, den Anschein umfangreicher Aktivität zu vermitteln. Anders als das Internetengagement nahmen sich die Betätigungen der DVU im Übrigen eher bescheiden aus.

Annähernd ein Drittel der rechtsextremistischen Websites entfällt in Thüringen auf den Musikbereich und hier wiederum überwiegend auf Mailorder. Zu den bedeutendsten Vertrieben für rechtsextremistische Devotionalien zählen der „W & B Versand“ in Fretterode, der auch für das monatlich aktualisierte Online-Magazin „WB Magazin“ verantwortlich zeichnet, und der „Germania Versand“ in Sondershausen. Neben weiteren Firmen präsentieren sich noch einzelne Personen und rechtsextremistische Musikgruppen im Netz.

Ein großer Teil der Websites ist dem neonazistischen Spektrum zuzurechnen. Hier präsentieren sich verschiedene Gruppierungen des selbst ernannten „Nationalen Widerstands“, „Freie“ oder „Autonome Nationalisten“ mit teils recht umfangreichen Websites. Hierbei sind neben dem bereits erwähnten „Nationalen Widerstand Jena“⁵² auch die „Autonomen Nationalisten Mitte-/Südthüringen“ besonders aktiv. Sonder- bzw. Aktionsseiten werden eigens zu aktuellen Anlässen – wie dem „Thüringentag der nationalen Jugend“ oder dem „Fest der Völker“ – angelegt, im Vorfeld der betreffenden Veranstaltung stetig aktualisiert und später mit einem Verlaufsbericht abgeschlossen. In den redaktionellen Bereichen der Websites werden Strafgesetze nur selten verletzt.

Über das Internet findet rechtsextremistisches Gedankengut mehr oder weniger ungehindert Verbreitung. Insbesondere auf Jugendliche wirken ansprechende Websites mit multimedialen Elementen (z. B. Spiele, Bilder, Musik und Videosequenzen), aber auch der Reiz des Verbotenen, anziehend. Zum Schutz vor rechtsextremistischer Propaganda bedarf es einer Medienkompetenz, deren Entwicklung gesamtgesellschaftlich gefördert werden muss. Exekutivmaßnahmen gegen Betreiber von Websites mit strafbarem Inhalt, Sperrung, Löschung oder Filtersoftware können nur einen Beitrag zum Schutz der Jugend vor Meinungsmanipulation leisten, der zwingend von umfassenden Aufklärungsmaßnahmen flankiert werden muss.

4.4.9 Von Rechtsextremisten genutzte Immobilien in Thüringen

„Erlebnisscheune“ in Kirchheim

Etwa seit Februar 2009 nutzen Rechtsextremisten zunehmend das Objekt „Romantischer Fachwerkhof“ mit der angeschlossenen „Erlebnisscheune“ für ihre Veranstaltungen. Dabei dienen die Räumlichkeiten des „Fachwerkhofs“ vornehmlich zu Vortragsveranstaltungen und Schulungen. Die dazugehörige „Erlebnisscheune“ bietet Platz für bis zu 200 Personen und wird überwiegend für Rechtsrockkonzerte aber auch Großveranstaltungen der NPD angemietet. So fanden im Berichtszeitraum u. a. sieben der insgesamt zehn rechtsextremistischen Konzerte, die Parteitage des NPD-Landesverbands Thüringens sowie weitere Veranstaltungen mit rechtsextremistischem Bezug in dem Objekt statt.

⁵² Siehe 4.4.1.

„Schützenhaus“ in Pößneck

Seit 2004 befindet sich das „Schützenhaus“ im Eigentum der „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Limited“, die das Objekt im Dezember 2003 bei einer Grundstücksversteigerung in Berlin erworben hatte. Geschäftsführer dieser nach britischem Recht im Londoner Handelsregister eingetragenen Gesellschaft war bis zu seinem Tod am 29. Oktober der in Hamburg ansässige Rechtsextremist Jürgen RIEGER. Nach einer langjährigen Zugehörigkeit zur neonazistischen Szene stand RIEGER seit 2007 dem Hamburger NPD-Landesverband vor. Im Mai 2008 war er in den Bundesvorstand der NPD gewählt worden. Sowohl die Nachfolge RIEGERs in der Gesellschaft als auch die Regelung einzelner damit verbundener Vermögensfragen blieben im Berichtszeitraum offen.

In der Vergangenheit wurde die Liegenschaft hauptsächlich von der Thüringer NPD genutzt. So führte sie in den Räumlichkeiten des „Schützenhauses“ bereits zwei ihrer Landesparteitage durch. Darüber hinaus veranstaltete der NPD-Kreisverband Saale-Orla-Kreis seine Mitgliederversammlungen dort. Im April 2005 fand im „Schützenhaus“ erstmals ein Konzert der rechtsextremistischen Band „Die Lunikoff-Verschörung“ statt, zu dem sich weit mehr als 1.000 Rechtsextremisten einfanden.

Im Berichtsjahr wurde das „Schützenhaus“ während der Wahlkampfperiode als Depot für NPD-Werbematerial sowie zur Unterbringung des als „Flagschiff“ bezeichneten Bundeswahlkampfmobils genutzt. Darüber hinaus fand am 12. September das vom NPD-Kreisverband Jena organisierte „4. Fest der Völker“ auf dem Außengelände des „Schützenhauses“ mit ca. 450 Rechtsextremisten aus dem In- und benachbarten Ausland statt. Ein für den 28. März in dem Objekt geplantes Konzert, bei dem rechtsextremistische Bands aus Brandenburg, Sachsen, und Bayern hätten auftreten sollten, kam mangels behördlicher Genehmigung nicht zustande.

5. Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten

Die Anzahl der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten ist im Berichtszeitraum bundesweit auf 9.000 (2008: 9.500) Personen gesunken. Zu dem Spektrum zählen sowohl Skinheads als auch Angehörige anderer rechtsextremistischer Subkulturen⁵³. Von ihnen gehen zahlreiche rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten aus. Überproportional hoch ist das Personenpotenzial jener Szene in den neuen Bundesländern. Etwa 40 % aller gewaltbereiten deutschen Rechtsextremisten sind dort ansässig.

In Thüringen ist das Anhängerpotenzial mit ca. 470 Personen im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben. Diese Entwicklung korrespondiert im Wesentlichen mit dem im Jahresverlauf zu beobachtenden Trend hin zu kleineren, niedrigere Teilnehmerzahlen aufweisenden Veranstaltungen und einem zugleich zu verzeichnenden leichten Anstieg der Konzertzahlen.

Der wesentliche identitätsstiftende Faktor jugendlicher Subkulturen ist die Musik. Sie ist allgegenwärtig und besitzt als zentrales Kommunikationsmittel hohen Stellenwert. Dieser Umstand wird von Rechtsextremisten gezielt zur Verbreitung ihrer Ideologie genutzt. So gibt die

⁵³ Unter Subkultur ist im soziologischen Sinne eine Gruppenkultur innerhalb einer umfassenden Kultur oder Gesellschaft zu verstehen, die eigene Verhaltensnormen entwickelt. Die Normen bilden sich aus Überzeugungen, Werthaltungen oder Ideologien heraus, die von der Gesamtkultur abweichen. Die Skinheadszene stellt eine eigenständige jugendliche Subkultur dar.

rechtsextremistische Hatecore-Band „Moshpit“ aus Altenburg an: „Unsere immer noch stärkste Propagandawaffe ‚Musik‘ wollen wir mit Texten, welche sich nicht durch die üblichen Aussagen (Parolen) auszeichnen, einsetzen, um neue Leute zu erreichen oder wenigstens ein paar zum Nachdenken zu bringen.“ Und weiter: „Der erste Schritt ist Musik zu fabrizieren, welche Leute, welche nicht aus unseren Reihen sind, anspricht, wenn sie sich dann mit den Texten befassen und den Weg auch im Herzen zu uns finden, hat die Musik das geschafft, weswegen sie von uns gemacht wird.“⁵⁴

Die Palette der verarbeiteten Musikstile (u. a. Rock, Heavy Metal, Gothic, Dark Wave, Black Metal, Hardcore, Schlager, Rockabilly, Volkslieder) ist breit. In rechtsextremistischen Liedtexten werden mit höchst unterschiedlicher Deutlichkeit rassistische, antisemitische, menschenverachtende oder gewaltverherrlichende Ansichten propagiert, staatliche Institutionen verunglimpft oder die nationalsozialistische Gewaltherrschaft glorifiziert. Dadurch werden Feindbilder aufgebaut und so die häufig noch ungefestigten ideologischen Einstellungen der meist jugendlichen Konsumenten geprägt. Von besonderer Bedeutung sind Konzertveranstaltungen einschlägiger Bands. Derartige Szenetreffs erzeugen bei den Besuchern ein Gefühl der Gemeinschaft und Stärke. Auch auf Jugendliche, die der Szene noch nicht fest angehören, sondern sich nur in deren Umfeld bewegen, üben die konspirativen, oft illegalen und damit nicht alltäglichen, Veranstaltungen eine besondere Anziehungskraft aus.

5.1 Botschaften rechtsextremistischer Musik

Im subkulturell geprägten rechtsextremistischen Spektrum herrschen teilweise auf das Gedankengut der Nationalsozialisten ausgerichtete Ansichten vor, unter denen nationalistische, rassistische und antisemitische Vorurteile am stärksten vertreten sind. Eine fest gefügte Weltanschauung besteht zumeist nicht. Einschlägige Einstellungen kommen in der Verachtung von Ausländern, Juden, Andersdenkenden oder sog. Undeutschen, zu denen beispielsweise Obdachlose und Homosexuelle gezählt werden, zum Ausdruck. Analog dazu sind die Liedtexte gehalten, die zudem das eigene Selbstverständnis und Lebensgefühl verdeutlichen.

Viele Texte handeln vordergründig von der Rückbesinnung auf althergebrachte Werte und Normen oder dem germanischen Brauchtum. Es werden aber auch gesellschaftspolitische Themen der Gegenwart aufgegriffen. Neben der Ablehnung der bestehenden Verhältnisse übt man sich in Kapitalismus- und Globalisierungskritik. In einigen aktuellen Veröffentlichungen kommt zudem die in der Szene verbreitete antiamerikanistische Haltung zum Ausdruck. So seien sämtliche derzeit herrschenden Krisen, Terror und Krieg einzig dem ausgeprägten Machtstreben der USA geschuldet.

Teils in offener Hetze, oft aber auch verbrämt, geht es in den Texten beispielsweise um:

- Verherrlichung des Skinheaddaseins (z. B. Männlichkeitsritus, Alkoholgenuss),
- Kampfansage an die bürgerliche Gesellschaft, den politischen Gegner, staatliche Institutionen,
- Verharmlosung der Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg, Sympathie zu HITLER,
- Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus,
- Propagierung eines Führerstaats,
- Aufbau und Pflege szenetypischer Feindbilder,
- fremden- und ausländerfeindliche Hetze,
- Aufrufe zum Widerstand, vor allem gegen staatliche Institutionen, und
- Überwindung des demokratischen Systems.

⁵⁴ Abdruck eines Mitte 2008 geführten Interviews in „New Hate Zine“.

Zur Verdeutlichung nachfolgend einzelne Textpassagen aus jüngeren Veröffentlichungen Thüringer Bands:

*„[...] Kinderschänder, Kinder quälen,
das eigene Geld, das ist wichtig.
Eure Sorgen, die sind nichtig.
Refrain:
Wir sind ein Teil von ihrer kranken Welt,
wir sind die Marionetten, denn es geht ums Geld,
sie haben uns so, wie es ihnen gefällt,
wenn sie nicht fragen, sie nichts wissen
von ihrer kranken Welt. [...]“*
(aus „Kranke Welt“ von „System Infarkt“)

*„Ich habe gedient in der besten Armee,
kämpfte für Deutschland von der Wolga bis an die Spree.
Viele Kameraden habe ich sterben gesehen,
wir waren bereit fürs Vaterland unterzugehen.“*
*Refrain:
„Der Krieg war verloren, der Untergang offiziell,
Besatzer regieren Berlin, Deutschland wurde kriminell.“*
(aus „Erinnerung“ von „PAK 88“)

*„[...] Hängt sie auf, die Volksverräter,
an Laternen oder Baum.
Es erwacht das Reich der Väter,
bald aus einem bösen Traum.
Jagt das Pack das einst sie holten raus aus jedem deutschen Gau.
aus ihren Banken, Synagogen – raus, raus, raus! [...]“*
(aus „Hängt Sie auf“ von „SKD“).

5.2 Wirkung rechtsextremistischer Musik

Alle Auszweigungen der subkulturellen rechtsextremistischen Szene versprechen Jugendlichen gruppenspezifische Erlebnisse und Gefühle von Anerkennung, Gemeinschaft, Kameradschaft und Stärke. Rechtsextremistische Musik und Konzerte bilden deshalb wichtige Elemente, um die Szene zusammenzuhalten oder für sie zu werben. Das Gemeinschaftsgefühl, das Konzerte stiften, und die aggressiven Rhythmen der Musik regen rechtsextremistisch „anpolitisierte“ Jugendliche oftmals an, sich in die rechtsextremistische Szene zu integrieren oder in ihr zu verbleiben. Die Musik drückt ihre Aggressionen, Ängste und Wünsche aus. Mit den Texten werden die ideologischen Botschaften transportiert, für welche die Szene empfänglich ist. Ian Stuart DONALDSON, der die in Deutschland seit 2001 verbotene „Blood & Honour“-Bewegung in England gründete, äußerte in diesem Zusammenhang: „Eine Gruppe zu hören, die man gut findet, macht viel mehr Spaß als eine politische Versammlung.“

Häufig sind Titel, die auf den Konzerten vorgetragen werden, extremer als jene der CD-Version. Mit aggressiven, menschenfeindlichen Formulierungen versuchen die Bands, sich gegenseitig zu übertrumpfen. Die dadurch angestachelten „Hitler-Grüße“ oder Wechselgesänge zwischen Band und Publikum steigern das aufputschende Erlebnis solcher Konzerte. Die Vorliebe für rechtsextremistische Musik trägt nicht selten dazu bei, Jugendliche rechtsextremistisch zu sozialisieren. Die Hass- und Gewaltparolen, die Gruppendynamik und die Alko-

holexzesse erzeugen „rechtsextremistische Erlebniswelten“. Sie können Jugendliche nachhaltig anregen, rechtsextremistische Feindbilder zu übernehmen oder diese zu verfestigen. Somit kann rechtsextremistische Musik verhaltensprägend wirken und für das rechtsextremistische Spektrum einnehmen.

5.3 Outfits in der rechtsextremistischen Musikszene

Der Anteil rechtsextremistischer Skinheads ist im Verhältnis zu anderen rechtsextremistischen jugendlichen Subkulturen seit Jahren rückläufig, da sich die rechtsextremistische Musikszene differenziert. Sie geht inzwischen weit über die Subkultur der Skinheads hinaus und reicht zunehmend auch in die von Rechtsextremisten besetzten Randbereiche der „Hardcore“- und „Black Metal“-Szene hinein. Die einzelnen Subkulturen weisen durchaus Ähnlichkeiten auf, sei es im Hinblick auf die Wirkung ihrer Musik, die Verbreitung ihrer CDs oder die Organisation von Konzerten, auch wenn weite Teile hinsichtlich ihres Erscheinungsbilds und Selbstverständnisses miteinander nur noch wenig gemein haben.

Das früher häufig anzutreffende Skinheadoutfit, das von kahlrasierten Köpfen („Glatzen“), Springerstiefeln (oft auch schweren, manchmal mit Stahlkappen versehenen Arbeitsschuhen) und Bomberjacken gekennzeichnet war, ist heute eher selten auszumachen. Mittlerweile lassen Äußerlichkeiten wie Kleidung oder Haarschnitt keine eindeutigen Schlüsse mehr auf das subkulturelle rechtsextremistische Spektrum zu. Zum einen haben auch unpolitische Jugendliche ein für Skinheads vermeintlich typisches Äußeres angenommen. Zum anderen tragen viele subkulturell geprägte Rechtsextremisten oft längere Haare sowie nordisch-germanischen Schmuck. In weiten Teilen haben Rechtsextremisten in ihrem äußeren Erscheinungsbild Stilelemente des jugendlichen Mainstreams übernommen.

5.4 Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppierungen

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten sind überwiegend abgeneigt, sich in feste und auf Dauer angelegte Organisationsstrukturen einzugliedern. Deshalb bestehen auch kaum institutionalisierte Kontakte zu rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen. Es gibt jedoch Kontakte auf regionaler und lokaler Ebene, die sich insbesondere auf die NPD erstrecken und vor allem von persönlichen Verbindungen abhängen. Anderen rechtsextremistischen Parteien stehen subkulturell geprägte Rechtsextremisten mit starken Vorbehalten gegenüber.

Im Laufe der letzten Jahre bewegten sich das subkulturell geprägte und das neonazistische Spektrum immer stärker aufeinander zu. Es bildeten sich in größerem Umfang sog. Mischszenen heraus oder Skinheadcliquen und neonazistische Kameradschaften verschmolzen miteinander. Die Gründe hierfür liegen in den offeneren Strukturen der Neonazis, die oftmals in „unabhängigen Kameradschaften“ agieren und somit der Organisationsunwilligkeit vieler subkulturell geprägter Rechtsextremisten entgegenkommen.

In den letzten Jahren ist es sowohl der NPD als auch den Neonazis regelmäßig gelungen, subkulturell geprägte Rechtsextremisten für Versammlungen zu mobilisieren, die neben der üblichen Szenepropaganda auch rechtsextremistische Musikdarbietungen umfassten. Mehrere von der NPD Thüringen im Berichtsjahr organisierte Großveranstaltungen fanden nicht zuletzt wegen dieser Programmaufteilung einen starken Zulauf.⁵⁵ Darüber hinaus wurden einzelne rechtsextremistische Musikveranstaltungen als Parteiveranstaltungen deklariert, um so behördlichen Maßnahmen entgegenzuwirken. Bei diesen Veranstaltungen traten oft mehrere

⁵⁵ Siehe Kapitel 3.1.2.8.

rechtsextremistische Bands auf. Das Publikum entstammte zu einem großen Teil dem subkulturellen rechtsextremistischen Spektrum.

Innerhalb der rechtsextremistischen Musikszene findet eine internationale Kooperation statt, die auf der gemeinsam empfundenen Zugehörigkeit zur „White-Power“-Bewegung⁵⁶ und weitgehend übereinstimmenden Feindbildern basiert. Einschlägige Bands aus dem Ausland – insbesondere aus Großbritannien und den USA – und deren CDs sind auch bei deutschen Rechtsextremisten beliebt. Entsprechende Gruppen treten regelmäßig bei Konzerten in Deutschland – auch in Thüringen – auf. Im Gegenzug beteiligen sich deutsche Bands an Veranstaltungen im Ausland. So traten 2009 auch Thüringer Bands bei Konzerten auf, die von ausländischen Sektionen der „Blood & Honour“-Bewegung organisiert worden waren.⁵⁷ Zum Teil werden auch Tonträger speziell für den englischsprachigen Markt produziert. Volksverhetzende fremdsprachige Tonträger finden in Deutschland weiterhin eine starke Verbreitung. Dementsprechend ist der Einfluss rechtsextremistischer Musik aus dem Ausland – trotz möglicher Sprachbarrieren – hoch.

5.5 Die rechtsextremistische Musikszene in Thüringen

Folgende 15 Bands (2008: 14), die im Berichtsjahr entweder bei einschlägigen Veranstaltungen auftraten oder auch neue Tonträger veröffentlichten, werden als rechtsextremistische Musikgruppen klassifiziert:

- „12 Golden Years“ – Apolda,
- „Bloodline“⁵⁸,
- „Diary of a dying Nation“ – Altenburg/Zwickau,
- „Brainwash“ – Altenburg/Dresden,
- „Ehre & Stolz“ – Suhl,
- „Eternal Bleeding“ – Altenburg,
- „Eugenik“ – Gera,
- „Isolfur“ – Gera,
- „Kinderzimmerterroristen“ – Raum Suhl,
- „Moshpit“ – Altenburg/Dresden,
- „PAK 88“ – Erfurt,
- „Radikahl“ (nur noch Sänger) – Weimar,
- „System Infarkt“ – Raum Ilmenau,
- „Totenburg“ – Gera,
- „Unbeliebte Jungs“ – Sonneberg.

Darüber hinaus liegen bei den Bands „Sköll Dagaz“ und „Die JungZ“ (Verdachtsfälle) Anhaltspunkte für eine etwaige rechtsextremistische Ausrichtung vor.

Trotz einer starken Fluktuation innerhalb der Szene hat es rein quantitativ kaum Veränderungen gegeben. Wenngleich Bands mitunter nur kurze Zeit bestehen, sich nach einer Veröffent-

⁵⁶ Das Schlagwort „White Power“ symbolisiert die rassistische Einstellung der rechtsextremistischen Skinheads. Sie sehen sich als Krieger der „weißen Rasse“ an.

⁵⁷ Obwohl die Skinheadszene tendenziell organisationsfeindlich eingestellt ist, bestehen einige Bewegungen, die sich meist als Eliteorganisationen verstehen. Hierzu zählen beispielsweise die „Hammerskins“ sowie die in Deutschland verbotene Bewegung „Blood & Honour“ („B & H“). Beide Organisationen haben einen politisch-weltanschaulichen Anspruch und agieren international.

⁵⁸ Die Bandmitglieder stammen aus Artern (Thüringen), Querfurt (Sachsen-Anhalt) und Oberfeld (Niedersachsen).

lichung und einigen Auftritten wieder trennen, anders formieren oder in neuen Projekten aufgehen, halten sich Auflösungen und Neugründungen in etwa die Waage. Einzig die Bands „Radikahl“ und „Eugenik“ weisen eine mehr als zehnjährige Bandgeschichte auf.

Ihre Botschaften unterlegen die Bands mit unterschiedlichen musikalischen Stilrichtungen, angefangen vom typischen „R.A.C.“⁵⁹ oder eingängigen Melodien bereits bekannter Stimmungslieder und Schlager, für die neue bzw. umgeschriebene Texte verwandt werden, bis hin zu diversen Heavy Metal-Richtungen, die dann als „National Socialist Hardcore“ (NSHC) oder „National Socialist Black Metal“ (NSBM) bezeichnet werden.

Mit diversen Auftritten außerhalb Thüringens erlangten die rechtsextremistischen Bands „Eugenik“, „System Infarkt“, „Eternal Bleeding“, „Bloodline“, „12 Golden Years“, „Kinderzimmerterroristen“ und „Radikahl“ überregionale Bedeutung. Andere traten ausschließlich in den angrenzenden Bundesländern auf, einige absolvierten auch Auftritte im Ausland. Einzelne Musiker wirken in mehreren Bands mit oder stammen, wie im Falle von „Moshpit“ und „Brainwash“, aus verschiedenen Bundesländern. Mitunter schließen sich Mitglieder verschiedener Bands vorübergehend zu Projekten zusammen und absolvieren Live-Auftritte oder spielen eigene Tonträger ein. Bei Konzerten oder Studioaufnahmen werden fehlende Positionen der Stammbesetzung oft durch Musiker anderer Bands kompensiert.

Im Jahr 2009 traten die rechtsextremistischen Bands „Bloodline“, „12 Golden Years“, „Brainwash“, „Kinderzimmerterroristen“, „System Infarkt“ und „Eternal Bleeding“ am häufigsten in Erscheinung. Die Band „Bloodline“ ist zudem am 3. Oktober beim „Ian Stuart DONALDSON-Gedächtniskonzert“ in Belgien aufgetreten.

Im Berichtszeitraum hat sich erstmals ein Liedermachertrio namens „Novus Ordo Mundi“ (Verdachtsfall) bei diversen szenerelevanten Demonstrationen und Kundgebung präsentiert, bei dem Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Ausrichtung vorliegen. Die Darbietungen rechtsextremistischer Liedermacher wenden sich an einen über die subkulturelle Szene hinausgehenden Personenkreis. Meist bestreiten sie das musikalische Rahmenprogramm von Kameradschaftsabenden, NPD-Parteiveranstaltungen oder auch Demonstrationen. Insgesamt agieren sie weniger öffentlichkeitswirksam als einschlägige Bands.

5.6 Organisation und Ablauf rechtsextremistischer Konzerte im Allgemeinen

Die oft als überregionale Treffen organisierten Konzerte dienen neben der Wahrnehmung geschäftlicher Interessen als Freizeiterlebnis, um Kontakte zu pflegen, Informationen auszutauschen und die Vernetzung der strukturschwachen Szene zu fördern. Sie vermitteln den Teilnehmern ein Gemeinschaftsgefühl.

Auf das restriktive Vorgehen der Behörden gegen diese Musikveranstaltungen reagiert die Szene mit teils konspirativen Methoden bei deren Planung und Durchführung. Die Konzertdaten werden meist nicht öffentlich bekannt gegeben. Werbung erfolgt vorwiegend per SMS, über Telefonketten, Mailinglisten, per Post sowie durch Mundpropaganda. Von einem Vortreffpunkt aus werden die Teilnehmer zum eigentlichen Veranstaltungsort weitergeleitet. Mitunter wird der Polizeifunk mit Scannern abgehört, um gegebenenfalls kurzfristig auf Einsätze der Polizei reagieren zu können. Vor Beginn der Konzerte führen die Initiatoren gelegentlich Leibesvisitationen durch und fordern die Teilnehmer auf, ihre Handys abzugeben.

⁵⁹ „R.A.C.“: „Rock against Communism“ (Rock gegen Kommunismus), Rockmusik mit rechtsextremistischen Texten.

Die Organisatoren bemühen sich, ihre wahren Absichten zu verbergen, wenn sie Räumlichkeiten mieten und die Veranstaltungen gegenüber den Ordnungsbehörden anzeigen. So täuschen sie beispielsweise vor, Familienfeiern, Klassentreffen oder Geburtstagsfeiern mit Live-Musik vorzubereiten. Nicht selten werden Personen mit der Anmietung betraut, die weder öffentlich als Rechtsextremisten in Erscheinung getreten, noch bei Polizei- und Ordnungsbehörden einschlägig bekannt sind. Bevorzugt werden Gaststätten, alte Industriegelände oder Räumlichkeiten genutzt, über die Sympathisanten der Szene selbst verfügen können. Für den Fall, dass ein an einem anderen Ort geplantes Konzert verhindert oder aufgelöst wurde, stehen sie zudem kurzfristig als Ausweichobjekt zur Verfügung. In den Sommermonaten finden Konzerte auch auf Waldlichtungen, Wiesen oder an anderen Orten im Freien statt. Oft erklären die Organisatoren auch, eine „geschlossene Veranstaltung“ mit „geladenen Gästen“, nicht jedoch ein Konzert zu planen. Hinzu kommen von der NPD angemeldete Veranstaltungen, die durch Auftritte rechtsextremistischer Musikgruppen Konzertcharakter erlangen.

Für die Konzerte wird von den Veranstaltern in der Regel ein Eintrittsgeld zwischen 5 und 20 Euro erhoben. Die Höhe hängt u. a. davon ab, welche Bands auftreten oder aus welchem Anlass die Veranstaltung stattfindet (z. B. „Benefiz-Konzerte für inhaftierte Kameraden“). Oftmals sind im Eintritt Freigetränke enthalten. Von einem Teil der eingenommenen Gelder werden die Gagen der auftretenden Bands gezahlt. Handelt es sich um bekanntere Bands, können diese durchaus im hohen dreistelligen Bereich liegen. Der dem Veranstalter verbleibende Anteil ist nur schwer zu beziffern. In vielen Fällen dürfte er zumindest seinen Lebensunterhalt aufbessern. Nicht unerhebliche Einnahmen werden darüber hinaus durch den Verkauf von CDs und Devotionalien erzielt.

Mitunter begehen Besucher und/oder Mitglieder der auftretenden Bands während oder im Umfeld der Konzerte Straftaten, bei denen es sich vorrangig um Propagandadelikte handelt. Vereinzelt werden im Verlauf der Konzerte Lieder mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Texten gesungen, die den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 StGB erfüllen. Insbesondere bei Konzerten, die von der Polizei aufgelöst oder verhindert werden, kommt es infolge des erhöhten „Frustrpotenzials“ von Teilnehmern und Organisatoren gelegentlich zu Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte.

5.7 Rechtsextremistische Konzerte in Thüringen

Die Zahl der rechtsextremistischen Konzerte in Thüringen lag im Jahr 2009 über dem Niveau des Vorjahrs. Von insgesamt zehn stattgefundenen Konzerten wurden drei durch die Polizei aufgelöst; vier weitere konnten im Vorfeld verhindert werden. Darüber hinaus mag es einzelne Veranstaltungen gegeben haben, die weder inner- noch außerhalb der Szene größere Bekanntheit erlangten.

Statistik rechtsextremistischer Konzerte in Thüringen:

Jahr	Freistaat Thüringen			Bund
	2007	2008	2009	2009
stattgefunden	8	8	10	125
davon aufgelöst	6	2	3	25
verhindert	2	0	4	34

Während die Zahl rechtsextremistischer Konzertveranstaltungen in der zweiten Jahreshälfte 2008 mangels geeigneter Veranstaltungsstätten deutlich zurückging, war im Berichtszeitraum erneut eine Zunahme festzustellen, nachdem mit der „Erlebnisscheune“ in Kirchheim wieder ein aus Szenesicht geeignetes Objekt zur Verfügung stand. Allein sieben der zehn rechtsextremistischen Konzerte sind nach behördlicher Anmeldung dort ausgerichtet worden.

Rund zwei Drittel aller rechtsextremistischen Konzertveranstaltungen in Deutschland fand in den neuen Bundesländern statt. Hinsichtlich der Anzahl durchgeführter Konzerte rangiert Thüringen im Vergleich der neuen Bundesländer auf Platz vier, im Bundesvergleich im oberen Mittelfeld. Rechtsextremistische Musik und damit verbundene Veranstaltungen sind insbesondere in den neuen Bundesländern populär. Speziell Thüringen weist aufgrund seiner zentralen geografischen Lage sowie des großen Angebots an preisgünstigen oder leerstehenden Gebäuden eine Infrastruktur auf, die sowohl für die Veranstalter der Konzerte als auch die anreisenden Teilnehmer von Vorteil ist.

An den Veranstaltungen beteiligten sich jeweils zwischen 60 und 150 Personen, die oft auch aus den angrenzenden Bundesländern angereist waren. Wurden die Konzerte im Vorjahr im Durchschnitt von etwa 95 Personen besucht, stieg dieser Wert im Berichtszeitraum wieder leicht auf etwa 100 Besucher an, liegt aber dennoch deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt von 120 Personen. Der sich bereits seit 2007 abzeichnende Trend hin zu kleineren Konzerten hat sich inzwischen sowohl in Thüringen als auch im übrigen Bundesgebiet verstetigt. Mehr als die Hälfte aller Veranstaltungen zog bis zu 100 Personen an, weit seltener wurden bis zu 200 Besucher gezählt. Konzerte mit mehr als 200 Teilnehmern bildeten zuletzt die Ausnahme. In Anbetracht eines bei einer Großveranstaltung drohenden Verbots und der damit verbundenen finanziellen Einbußen gingen die Veranstalter dazu über, mehrere kleine Konzerte auszurichten. Die Anzahl männlicher Besucher überwog, der Frauenanteil lag bei durchschnittlich 25 %.

Wegen der starken Anziehungskraft, die rechtsextremistische Musik auf einen Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausübt, wird die Szene auch künftig bestrebt sein, dieses Personenpotenzial über rechtsextremistische Konzerte an sich zu binden. Abseits der insbesondere bei Musikveranstaltungen in Kirchheim angewandten Praxis, diese im Vorfeld anzumelden, dürfte sich das Bestreben fortsetzen, kleinere, konspirativ organisierte Konzerte durchzuführen. Eine zunehmende Diversifikation rechtsextremistischer Musikstile ist ebenso wahrscheinlich.

Übersicht zu rechtsextremistischen Konzertaktivitäten:⁶⁰

Nr.	Datum	Ort	Teilnehmerzahl	(angekündigte) Bands
1	17.01.09	Roßleben (aufgelöst)	100	„White Society“ (Sachsen-Anhalt), „ Bloodline “, „Preussenstolz“ (Brandenburg) und „Die Barbaren“ (Brandenburg)
2	28.02.09	Weimar (aufgelöst)	60	„Todfeind“ (Sachsen) und „ Isolfur “
3	28.03.09	Pößneck (verhindert)	60	„Frontalkraft“ (Brandenburg), „White Resistance“ (Sachsen), „White Rebell Boys“ (Bayern) und „Racial Purity“ (Sachsen)
4	02.05.09	Kirchheim (aufgelöst)	100	„ PAK 88 “, „ System Infarkt “
5	06.06.09	Niedertrebra, OT Darnstedt (verhindert)	60	„ 12 Golden Years “
6	13.06.09	Kirchheim	110	„Fight Tonight“ (Sachsen-Anhalt) und „Frontalkraft“ (Brandenburg)
7	18.07.09	Haselbach (verhindert)	100-150	„ Sköll Dagaz “ (Verdachtsfall), „ Kinderzimmerterroristen “ und ein namentlich nicht benannter Liedermacher
8	05.09.09	Schmiedefeld	125	„ Die JungZ “ (Verdachtsfall), „Endstufe“ (Bremen), „The Rampage“ (Sachsen-Anhalt), „Ohne Worte“ (Sachsen), „Völund Smed“ (Schweden) und „Battle Scarred“ (Schweden)
9	26.09.09	Erfurt (verhindert)	100-150	„Kahlschlag“ (Berlin) u.a.
10	10.10.09	Kirchheim	130	„Fight Tonight“ (Sachsen-Anhalt), „If We Die Tomorrow“ (Sachsen), „Painful Life“, „2 Minutes Warning“ (Sachsen-Anhalt) und „Mortuary“ (Sachsen-Anhalt)
11	17.10.09	Kirchheim	120	„Cynic“ (Brandenburg), „ System Infarkt “ (TH), „ Bloodline “ (Thüringen/Sachsen-Anhalt/Niedersachsen) u.a.
12	07.11.09	Kirchheim	70	„Armatus“ (Nordrhein-Westfalen), „Goatmoon“ (Finnland) und „Sturmkaiser“ (Italien)
13	21.11.09	Kirchheim	60	„2 Minutes Warning“ (Sachsen-Anhalt), „Painful Life“ (Sachsen-Anhalt), „Painful Awakening“ (Mecklenburg-Vorpommern) u.a.
14	12.12.09	Kirchheim	120	„Daily Broken Dream“ (Sachsen-Anhalt), „Painful Life“ (Sachsen-Anhalt), „2 Minutes Warning“ (Sachsen-Anhalt), „Burning Hate“ (Bayern) und „ Diary of a dying nation “

⁶⁰ Thüringer Bands wurden fett gedruckt.

Rechtsextremistische Bands traten in Thüringen zudem auch bei den folgenden Veranstaltungen der NPD und der Neonazis auf:⁶¹

Nr.	Datum	Art und Ort	Teilnehmerzahl	Bands
1	13.06.09	Demonstration „8. Thüringentag der nationalen Jugend“ in Arnstadt	300	„Fight Tonight“ (Sachsen-Anhalt), „Painful Awakening“ (Mecklenburg-Vorpommern), „Libertin“ (Nordrhein-Westfalen), „Frontalkraft“ (Brandenburg), „ Novus Ordo Mundi “ (Verdachtsfall) und Maximilian LEMKE
2	11.07.09	NPD-Veranstaltung „7. Rock für Deutschland“ in Gera	3.900	„Sleipnir“ (Nordrhein-Westfalen), „ Brainwash “, „Blitzkrieg“ (Sachsen) und „Die Lunikoff-Verschwörung“ (Berlin)
3	12.09.09	NPD-Veranstaltung „4. Fest der Völker – Für ein Europa der Vaterländer“ in Pößneck	450	„Verszerzödes“ (Ungarn), „Brigada 1238“ (Spanien), „Rotte Charlotte“ (Nordrhein-Westfalen) und „Preserve White Aryans“ (Estland)

5.8 Produktions- und Vertriebsstrukturen

Rechtsextremistische Musik wird größtenteils in von Szeneanhängern gewerbsmäßig betriebenen Labels produziert. Für gewöhnlich sind diesen Labels Vertriebe angeschlossen. Im Freistaat bestehen derartige Strukturen über „W & B Records“⁶² (Fretterode) und „Germania Records“ (Sondershausen). Beide Labels brachten in der Vergangenheit verschiedene „Eigenproduktionen“ oder auch Sampler von rechtsextremistischen Bands bzw. Liedermachern heraus. Über die zugehörigen Vertriebe werden diese und andere einschlägige Tonträger angeboten. Sie dienen zudem als Informationsbörse, halten z. B. Veranstaltungshinweise vor oder veröffentlichen Interviews von Szenemusikern.

Im Zuge der Kommerzialisierung dieser Einrichtungen wurde das anfangs auf Tonträger konzentrierte Angebot inzwischen um Videos, Bekleidung, Schuhe/Stiefel, Fahnen, Schmuck, Bücher etc. ergänzt. Das Sortiment ist auch in sog. Szene-Läden sowie bei Klein- und Kleinsthändlern erhältlich.

Versandhandel

Die Zahl der rechtsextremistischen Vertriebe, die in größerem Umfang Tonträger und sonstige Szeneartikel anbieten, ist im Berichtszeitraum leicht auf bundesweit 68 (2008: 75) gesunken, in Thüringen bewegt sie sich weiterhin im einstelligen Bereich. Die Versandhandel offerieren ihr Sortiment vorwiegend über das Internet. MP3-Dateien können von Internetaustauschbörsen heruntergeladen werden. Strafrechtlich relevante Tonträger werden vor allem im Ausland produziert und von dort aus auch vertrieben.

⁶¹ Thüringer Bands wurden fett gedruckt. Darüber hinaus gab es weitere sonstige musikalische Veranstaltungen mit Auftritten ausschließlich von Liedermachern.

⁶² Betrieben von dem NPD-Funktionär und Neonazi Thorsten HEISE.

Szene-Läden

Szene-Läden stellen einen Anlaufpunkt für Rechtsextremisten, insbesondere für Skinheads, dar. Die Produktpalette ist in der Regel nicht über das Internet abrufbar, ebenso wenig bestehen Möglichkeiten, selbst Tonträger herzustellen.

Klein- und Kleinsthändler

Klein- und Kleinsthändler wickeln als „fliegende Händler“, beispielsweise bei rechtsextremistischen Konzerten, spontan Geschäfte mit kleinen Stückzahlen ab. Sie bedienen lediglich die jeweilige regionale rechtsextremistische Szene – auch mit strafrechtlich relevanter Ware.

Von den beschriebenen Vertriebswegen abgesehen werden Szeneartikel auch privat, bei Kameradschaftstreffen oder sonstigen rechtsextremistischen Veranstaltungen veräußert. Mit dieser Dezentralisierung reagiert die Szene offenbar auf die Exekutivmaßnahmen der vergangenen Jahre, als strafrechtlich relevante oder indizierte Produkte sichergestellt werden konnten.

6. Sonstige Gruppierungen

In Thüringen traten im Berichtszeitraum wiederholt überregional aktive rechtsextremistische Gruppierungen in Erscheinung, die den Freistaat wegen seiner zentralen Lage für ihre Tagungen bevorzugen. Die Veranstaltungsteilnehmer reisten überwiegend aus anderen Bundesländern an. Das Spektrum der im Folgenden dargestellten Gruppierungen reicht vom germanisch-heidnischen über den neonazistischen bis hin zum „intellektuellen“ Rechtsextremismus.

„Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ (AG – GGG)

Die 1951 gegründete germanisch-heidnische AG – GGG hat ihren Sitz in Berlin, entfaltet ihre Aktivitäten bislang jedoch von Hamburg aus. Vorsitzender war bis zu seinem Tod im Oktober der Rechtsextremist Jürgen RIEGER⁶³. Der Verein versteht sich als Glaubensbund, der „die Kultur der nordeuropäischen Menschenart bewahren, erneuern und weiterentwickeln“ will und verbindet dabei germanisch-heidnische Glaubensansätze mit rassistischen Vorstellungen und Zielen. Von den bundesweit ca. 150 Mitgliedern sind etwa 10 in Thüringen ansässig. Die AG – GGG gibt die „Nordische Zeitung“ sowie eine Schriftenreihe heraus und verfügt über eine eigene Website.

Ihre regelmäßigen überregionalen „Gemeinschaftstagungen“ zu den Tag- und Nachtgleichen sowie den Sommer- bzw. Wintersonnenwenden fanden auch im Jahr 2009 erneut in Nordthüringen statt. Die in geschlossenen Veranstaltungen abgehaltenen Zusammenkünfte kommen Volksfesten oder geselligen Familienveranstaltungen gleich. Unter Vorgabe germanischer Brauchtumpflege wird eine „Lagerfeuerromantik“ inszeniert, die das Interesse insbesondere junger Teilnehmer an dem eindeutig rechtsextremistischen Regelwerk der Glaubensgemeinschaft wecken soll. Ihre „Sittengesetze“ geben vor, sich u. a. für die „Wahrung, Einigung und Mehrung der germanischen Art“ einzusetzen, „dem besseren Führer“ Gefolgschaft zu leisten und eine „gleichgeartete Gattenwahl (als) Gewähr für gleichgeartete Kinder“ anzustreben.

⁶³ Siehe auch „Schützenhaus‘ in Pöbneck“, Kapitel 4.4.9.

„Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. – Der Bismarck Deutsche“ (DDF)

Die neonazistische DDF verbreitet nationalistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Ihre Aktivitäten beschränken sich nahezu ausschließlich darauf, die von rechtsextremistischen Autoren bestückte Zweimonatsschrift „Recht und Wahrheit“ herauszugeben und die als „Tage Deutscher Gemeinschaft“ bezeichneten Treffen für deren Leser zu organisieren. War bislang der ehemalige Vorsitzende der NPD, Günter DECKERT, für die seit 1997 in Nordthüringen durchgeführten Zusammenkünfte verantwortlich, fand im Oktober des Berichtsjahrs erstmals ein auf Meinolf SCHÖNBORN zurückgehendes Treffen in Kirchheim statt. Der in Nordrhein-Westfalen ansässige SCHÖNBORN, laut Impressum der „Recht und Wahrheit“-Ausgabe Juli/August nunmehr Herausgeber der rechtsextremistischen Publikation, war Vorsitzender der inzwischen verbotenen Neonazigruppierung „Nationalistische Front“ (NF). Er tritt als „Reichsbürger“ in Erscheinung und veranstaltet in diesem Zusammenhang auch Seminare für einen revisionistisch geprägten Personenkreis. Auf die Anhänger der rechtsextremistischen Szene Thüringens üben o. g. „Lesertreffen“ kaum Anziehungskraft aus.

„Gesellschaft für freie Publizistik e.V.“ (GfP)

Bei der 1960 von ehemaligen Offizieren der SS und Funktionären der NSDAP gegründeten GfP handelt es sich um eine überparteiliche Sammelorganisation von publizistisch aktiven Rechtsextremisten. Mit der Verbreitung ausländerfeindlicher und nationalistischer Ansichten will die GfP „Aufklärungsarbeit“ leisten, um die angeblich verzerrte Darstellung der Zeitgeschichte zu korrigieren. Neben Vortragsveranstaltungen organisiert sie jährlich ein als „Deutscher Kongress“ bezeichnetes Treffen, bei dem bekannte Wortführer des rechtsextremistischen Spektrums als Referenten auftreten. Der unter dem Vorsitz des NPD-Funktionärs Andreas MOLAU stehende Verein gibt die Schrift „Das Freie Forum“ heraus.

„Exilregierung Deutsches Reich“

Die „Exilregierung Deutsches Reich“ wurde im Jahr 2004 als Ableger der „Kommissarischen Reichsregierung des Deutschen Reiches“ (KRR)⁶⁴ gegründet. Diese seit Anfang 2000 bundesweit aktive Gruppierung ist der Auffassung, das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 bestehe fort. Bis zur Wiedereinsetzung einer regulären Reichsregierung nehme sie vorübergehend deren Amtsgeschäfte wahr. Interne Unstimmigkeiten führten nach und nach zu Abspaltungen kleinerer Personengruppen, die ihrerseits die o. g. Ansichten vertreten.

Anhänger der „Exilregierung“ wandten sich auch im Berichtszeitraum gegen Entscheidungen und Maßnahmen von Behörden und Gerichten mit der Begründung, diese Stellen seien – ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland – „nicht existent“. Die „Exilregierung“ führte interne Treffen – darunter auch sog. Kabinettsitzungen mit Bürgerinformation – in der Nähe von Eisenach durch, an denen weit weniger als 50 Personen, darunter kaum Thüringer, teilnahmen.

Die realitätsfernen Verlautbarungen der „Exilregierung“ dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier mit pseudojuristischer Akribie versucht wird, einen gesellschaftlichen Resonanzboden für rechtsextremistisches Gedankengut zu schaffen und teilweise personelle Überschneidungen zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen bestehen.

⁶⁴ Die KRR ist kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden.

7. Politisch motivierte Kriminalität – Rechts – im Überblick

Zur politisch motivierten Kriminalität – Rechts – weist die Statistik des Thüringer Landeskriminalamts (TLKA)⁶⁵ folgende Zahlen aus:

Straftaten	2007	2008	2009
Insgesamt	753	1.163	1.213
davon u. a.:			
Propagandadelikte	397	859	841
Gewaltkriminalität ⁶⁶	61	65	42
Volksverhetzungen	178	108	93
Sachbeschädigungen	44	74	117

Mehr als die Hälfte aller politisch motivierten Straftaten (59,4 %), die im Berichtszeitraum im Freistaat Thüringen begangen wurden, sind dem Phänomenbereich „Rechts“ zuzuordnen. Konkret wurden dort 1.213 Straftaten und damit 50 mehr als im Jahr 2008 erfasst. Dies entspricht einem Anstieg von 4,3 %. Innerhalb dieses Phänomenbereichs stellen die Propagandadelikte mit über zwei Dritteln die mit Abstand größte Teilmenge. Dem deutlichen Rückgang der Gewaltstraftaten um 35,4 % auf 42 (2008: 65) steht eine enorme Zunahme der Sachbeschädigungen um 58,1 % auf 117 gegenüber (2008: 74).

⁶⁵ Veröffentlicht am 23.03.2010.

⁶⁶ Die politisch motivierte Gewaltkriminalität umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedenbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte.

III. Linksextremismus

1. Überblick

Bundesweit umfasst das Potenzial der revolutionären Marxisten etwa 31.600 Anhänger. Hinzu kommen ca. 6.600 Personen, die die Verfassungsschutzbehörden der gewaltbereiten linksextremistischen Szene zurechnen. Ihr gehören auch etwa 6.100 Autonome an.

Geschätzte Mitglieder- bzw. Anhängerpotenziale

	Freistaat Thüringen			Bund
	2007	2008	2009	2009
Gewaltbereite Linksextremisten, davon Autonome	130	130	130	6.600 6.100
Anarchisten: FAU-IAA	10	10	10	300
KPF der Partei DIE LINKE.	90	100	100	1.100
DKP	40	40	40	4.000
KPD	wenige Mitgl.	wenige Mitgl.	wenige Mitgl.	ohne Angabe
MLPD	50	40	40	2.000
Rote Hilfe e.V.	wenige Mitgl.	40	100	5.300

Die in Thüringen agierenden marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen vermochten es – trotz verstärkter Bemühungen im Vorfeld der Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen – im Berichtszeitraum wiederum kaum, durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wahrgenommen zu werden. Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) kandidierte erfolglos zur Bundestagswahl. Ebenso verhielt es sich bei der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP), die an der Wahl zum Europäischen Parlament teilnahm. Das Bestreben, eine „Aktionseinheit“ marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen zu bilden, hielt dennoch an.

Die maßgeblichen Gruppen des autonomen Spektrums und ihre regionalen Schwerpunkte blieben weitgehend bestehen. Bedingt durch die Räumung des „Besetzten Hauses“ in Erfurt konzentrierten sich die Aktionen Autonomer in Thüringen insbesondere im ersten Halbjahr 2009 schwerpunktmäßig auf den „Häuserkampf“. Gewohnt breiten Raum nahm das traditionell vorherrschende Betätigungsfeld „Antifaschismus“ vor allem durch die Beteiligung Autonomer an von demokratischen Bündnissen organisierten Veranstaltungen gegen Strukturen bzw. Kundgebungen der rechtsextremistischen Szene ein. Dabei suchten Autonome nicht selten die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und der Polizei. Trotz der Unterstützung von Bündnisveranstaltungen blieb die Abneigung gegen die Zivilgesellschaft, die ihrer Ansicht nach von einem „rechten“ Konsens gekennzeichnet und daher ebenso zu bekämpfen sei wie der Rechtsextremismus, unvermindert bestehen.

2. Ideologischer Hintergrund

Das in sich breit gefächerte linksextremistische Spektrum vertritt im Einzelnen ideologisch voneinander abweichende Positionen. Es schließt Anhänger der „wissenschaftlichen Sozialismus- und Kommunismustheorien“ ebenso ein wie Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Autonome. Die Werke von MARX, ENGELS, LENIN, von STALIN, TROTZKI und MAO TSE-TUNG stellen die Grundlage der unterschiedlichen Anschauungen und theoretischen

Gebäude dar. Das Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen, ist allen Linksextremisten gemein. Ihre – wie unterschiedlich auch immer gearteten – Bestrebungen richten sich letzten Endes gegen grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Linksextremisten wollen entweder einen marxistisch-leninistischen Staat oder eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ errichten. Sie verbindet das Bekenntnis zur revolutionären Gewalt, zum Klassenkampf und zur Klassenherrschaft. Ihr Grundsatz, dass sich die von ihnen angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen einzig durch den Einsatz revolutionärer Gewalt vollziehen lassen, wird aus taktischen Gründen oft verschwiegen. Bei tagespolitischen Auseinandersetzungen greifen sie häufig zu legalen, gewaltfreien Formen des politischen Engagements. Die eigene extremistische Ausrichtung wird dabei bewusst verschleiert. Mit dieser Taktik gelingt es Linksextremisten durchaus, auf bestimmten Politikfeldern Bündnispartner zu finden, die extremistischen Ansichten im Grunde genommen abgeneigt sind.

Im politischen Alltag haben sich inzwischen unterschiedlichste politische und gesellschaftliche Kräfte dem Antifaschismus verschrieben, so i. d. R. auch Linksextremisten. Ihr Antifaschismusverständnis ist von einer ideologisch-strategischen Ausrichtung geprägt. Es dient nicht nur als Mittel politischer Einflussnahme und zur Diffamierung politischer Gegner, sondern ist zugleich Grundlage kommunistischer Bündnispolitik. Linksextremisten interpretieren das ihrerseits überwiegend als Faschismus bezeichnete Phänomen des Rechtsextremismus als Ausdruck eines „besonders aggressiven staatsmonopolistischen Kapitalismus“. Eine endgültige Beseitigung des Faschismus könne daher nur durch die Abschaffung des Kapitalismus, d. h. des Privateigentums an Produktionsmitteln, erreicht werden. Diese Anschauungen werden insbesondere von Linksextremisten verbreitet, die ein geschlossenes marxistisch-leninistisches Weltbild vertreten. Jedoch fußen auch die insgesamt eher diffusen, aus verschiedenen ideologischen Versatzstücken bestehenden Ansichten undogmatischer Linksextremisten bzw. Autonomer auf diesem Grundkonstrukt.

3. Autonome

3.1 Allgemeines

Autonome sind in der Bundesrepublik seit Ende der 70er Jahre aktiv. Heute agieren sie vor allem in mittleren und größeren Städten. Schwerpunkte bilden Ballungsräume wie Berlin, Hamburg oder das Rhein-Main-Gebiet. Der Szene waren Ende 2009 bundesweit etwa 6.100 gewaltbereite Anhänger zuzurechnen.

Autonome erheben den Anspruch, nach eigenen Gesetzen leben zu wollen. Fremde Vorgaben, staatliche und gesellschaftliche Zwänge lehnen sie ab. „Keine Macht für niemand!“ lautet ihre paradoxe Devise. Kennzeichnend für Autonome ist eine generelle Anti-Haltung. Ihre ideologischen Vorstellungen bleiben oft diffus, anarchistische Elemente mischen sich darin mit nihilistischen, sozialrevolutionären, mitunter auch marxistischen Versatzstücken. Autonome sind entschlossen, die ihnen hemmend oder einengend erscheinenden staatlichen Strukturen zu zerschlagen. Von einem ausgeprägten Individualismus getrieben verlangen sie dabei nicht nach in sich geschlossenen, theorielastigen Konzeptionen zur Veränderung der Gesellschaft.

Die szeninterne Kommunikation erfolgt vorrangig unter Nutzung elektronischer Medien. Per Internet, über E-Mail-Verbindungen sowie Infotelefone werden überregionale Vernetzungen geschlossen, Agitation und Mobilisierung betrieben. Größere Veranstaltungen werden überregional beworben, oft finden hierbei Informationsveranstaltungen in anderen

Bundesländern statt. Darüber hinaus dient eine Reihe von Szeneblättern, die z. T. konspirativ verbreitet werden, als Informationsquelle. Die dazu zählende Zeitschrift „INTERIM“, welche vierzehntägig in Berlin erscheint, gilt aufgrund ihrer überregionalen Ausstrahlung als die bedeutungsvollste Publikation. Auf regionalem Niveau werden Szeneblätter inzwischen nicht nur in gedruckter Fassung veröffentlicht, sondern meist im Internet als Download angeboten.

„Infoläden“ sind bevorzugte Anlaufpunkte der gesamten Szene und ihrer Sympathisanten. Sie dienen als Kontakt- und Treffmöglichkeit und zugleich als Vertriebsstätte linksextremistischer Schriften und Flugblätter. In den mit gängigem Bürogerät ausgestatteten Räumlichkeiten werden Veranstaltungen vorbereitet und Szeneinformationen durch Plakate und Aushänge vermittelt. Ein adäquates Literaturangebot wird vorgehalten und steht allen Interessierten offen.

Kampagnenfähige Themen, Gewaltpotenzial

Verschiedene Schwerpunktthemen bilden die Grundlagen der Diskussionen und Aktionen der autonomen Szene:

- Antifaschismus,
- „Häuserkampf“/Kampf gegen Gentrifizierung⁶⁷,
- Kampf gegen angenommenen „Geschichtsrevisionismus“ und „Opfermythen“ im Zusammenhang mit der öffentlichen Wahrnehmung der Zeit des Nationalsozialismus,
- Repression und innere Sicherheit,
- Antirassismus,
- Kampf gegen angenommene „Großmachtrollen“ der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union,
- Anti-Atomkraft-Bewegung, insbesondere Castor-Transporte,
- Neoliberalismus und Globalisierung,
- Internationalismus.

Intensität und Bedeutung der genannten Themen schwanken und werden oft vom Tagesgeschehen bestimmt. Im Berichtsjahr blieb das Themengebiet „Antifaschismus“ wiederum Aktionsschwerpunkt der autonomen Szene. Daneben nahm jedoch auch der „Häuserkampf“/Kampf gegen Gentrifizierung an Bedeutung zu, insbesondere in Berlin wurden in diesem Zusammenhang 2009 vermehrt Brandanschläge auf Pkw mit diesem Begründungszusammenhang bekannt.

Die Artikulationsformen Autonomer sind vielfältig. Sie reichen von Diskussionen, Vortragsveranstaltungen und Demonstrationen über Straßenkrawalle, teils erhebliche Sachbeschädigungen bis hin zu Brandanschlägen. Gewalt ist ein selbstverständliches Aktionsmittel der Autonomen. Bereitwillig setzen sie diese auch gegen Personen ein, vor allem im Rahmen von Protesten gegen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene. Hier suchen Autonome die direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner und den Einsatzkräften der Polizei.

⁶⁷ Umstrukturierung von Stadtteilen nach Verkauf und/oder Modernisierung von Gebäuden. Durch den Zuzug neuer (vermögenderer) Bewohner kommt es zu Veränderungen der Bevölkerungsstruktur. Autonome versuchen in Stadtteilen, die sie als ihren „Kiez“ beanspruchen, diese Entwicklung auch mit gewalttätigen Mitteln zu bekämpfen.

Dezentralisierung und ideologische Spaltung innerhalb der autonomen Szene

Fest strukturierte, auf Dauer angelegte und übergreifende Organisationsformen widersprechen dem Grundverständnis der Autonomen. Die Szene ist heterogen zusammengesetzt, sie kennt weder Hierarchien noch Führungsstrukturen. Autonome agieren meist in kleinen, unverbindlichen, lokal begrenzten, dezentralen Personenzusammenschlüssen.

Um die allein schon wegen des niedrigen Organisationsniveaus begrenzten Wirkungsmöglichkeiten zu erweitern, gibt es dennoch immer wieder Versuche, übergreifende Organisationsformen zu schaffen. Diese basieren jeweils auf dem linksextremistischen Antifaschismusverständnis, das über die Traditionslinien Nationalsozialismus und Faschismus hinaus die Auseinandersetzung mit dem – autonomer Redart nach – in der Bundesrepublik vorherrschenden „imperialistischen System“ einschließt, welches die Autonomen als Fortsetzung und Modifikation des Dritten Reiches deuten. Alle diesbezüglich seit 2001 unternommenen Versuche blieben erfolglos. Der Szene ist es weder gelungen, ihre Isolierung und die regionale Begrenztheit ihres Aktionsradius noch die zahlenmäßige Schwäche zu überwinden. Auch massive Protestaktionen, wie jene gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm oder den NATO-Gipfel 2009 in Straßburg/Baden-Baden, sorgten nicht für den erhofften nachhaltigen Aufschwung.

Übergreifende Vernetzungsversuche wurden in der Vergangenheit zudem durch gravierende ideologische Konfliktlinien innerhalb der autonomen Szene erschwert. Typisch dafür war das Aufkommen sog. antideutscher Positionen. Kernpunkt jener Anschauungen bildet der Massenmord an den europäischen Juden während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Hieraus resultieren sowohl die Ablehnung des deutschen Nationalstaats, der als modifizierte Fortsetzung der Nazidiktatur wahrgenommen wird, als auch eine bedingungslose Solidarität gegenüber dem Staat Israel. „Antideutsche“ Gruppierungen sagen dem deutschen Staat ohnehin eine auf Ausgrenzung anderer Ethnien gerichtete Wesensart nach. Den europäischen Einigungsprozess interpretieren sie als ein deutsches Projekt, das auf friedlichem Wege zu Großmachtstatus verhelfen solle. Der Staat Israel wird von diesen Gruppen als Zufluchtsort des jüdischen Volkes, als Schutzraum für Juden vor antisemitischer Verfolgung verstanden, der gegen alle Angriffe verteidigt werden müsse. Jedwede Kritik an Israel setzen „Antideutsche“ mit Antisemitismus gleich. Ähnlich werten sie die Kritik an den USA, da diese als Schutzmacht Israels angesehen wird. Diese Einstellung steht im krassen Gegensatz zu den traditionell im autonomen Spektrum vorhandenen „antiimperialistischen“ Einstellungen, nach denen Israel als „imperialistischer Brückenkopf“ der USA im arabischen Raum gilt.

Bei Veranstaltungen treten die Gegensätze zwischen diesen Strömungen häufig offen zu Tage. Während „antideutsche“ Gruppen Nationalflaggen Israels und der USA mit sich führen, tragen Anhänger „antiimperialistischer“ Gruppierungen sog. Palästinentertücher. In Thüringen haben diese Gegensätze an Bedeutung verloren. Israel-Flaggen tauchen regelmäßig bei Veranstaltungen auf, an denen Autonome beteiligt sind.

3.2 Die autonome Szene in Thüringen

Das Anhängerpotenzial der gewaltbereiten autonomen Szene Thüringens umfasste im Berichtszeitraum wie in den vergangenen Jahren ca. 130 Personen. Zu einzelnen Aktionen, denen die Szene besondere Bedeutung beimaß, gelang es ihr dennoch, einen weit umfangreicheren überregionalen Teilnehmerkreis zu mobilisieren. Regionale Schwerpunkte bildeten die Städte Erfurt und Jena sowie die Regionen um Arnstadt, Zella-Mehlis, Suhl und

Meiningen. Außerdem sind im Umkreis von Gera, Weimar und Saalfeld Autonome aktiv gewesen.

Szenetypische Anlaufstellen waren u. a. sog. Infoläden in Arnstadt und Jena und bis zum April das inzwischen abgerissene „Besetzte Haus“⁶⁸ in Erfurt.

Autonome Gruppen aus Thüringen nutzen überwiegend das Internet und E-Mail-Verbindungen, um untereinander Kontakt zu halten, zu agitieren und für Veranstaltungen zu mobilisieren. Über ihre Internetseiten veröffentlichen sie zum Teil umfangreiche Rechercheberichte über den politischen Gegner. Auch Szenezeitschriften, oft unter dem Titel „Alerta“, oder Audiostreams mit Informationen zum „rechten“ Spektrum werden auf diesem Wege verbreitet.

Die Schwerpunkte öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten der Autonomen lagen im Berichtszeitraum in der Landeshauptstadt Erfurt und in Jena – in Regionen, in denen die personell stärksten und aktivsten Gruppen angesiedelt sind. Den inhaltlichen Schwerpunkt machte wiederum das Themengebiet Antifaschismus aus. Bedingt durch die Räumung des „Besetzten Hauses“ kam auch der „Schaffung von Freiräumen“, also dem „Häuserkampf“, wieder starke Bedeutung zu.

Die Aktionen der autonomen Szene reichten von der Mobilisierung für die von breiten, nichtextremistischen Bündnissen organisierten Proteste gegen rechtsextremistische Veranstaltungen und die gewaltfreie Beteiligung daran bis hin zu gezielten Blockadeaktionen sowie Gewalttaten gegen Personen des rechtsextremistischen Spektrums, aber auch gegen Einsatzkräfte der Polizei.

Gegenaktionen, die die Umleitung eines rechtsextremistischen Aufzugs, die Verzögerung oder die vorzeitige Beendigung einer Veranstaltung erforderlich machten, wertete die autonome Szene als äußerst positiv. Weit kritischer wurden hingegen die teils geringe Resonanz in der Szene und die mangelnde Beteiligung ihrer Angehörigen angemerkt. Wenngleich es die autonome Szene vermochte, für einzelne Aktionen von bundesweiter Bedeutung erfolgreich zu mobilisieren, gelang es ihren Anhängern bislang nicht, innerhalb des breitgefächerten Spektrums von Gegendemonstranten größeren Einfluss zu gewinnen.

Bei Demonstrationen gegen Rechtsextremisten konnten Ausschreitungen zwischen den beiden verfeindeten Lagern in der Regel durch Einsatzkräfte der Polizei verhindert werden. Autonome hatten meist im Vorfeld zu Blockade- und Störaktionen aufgerufen. Oft suchten sie den unmittelbaren Kontakt zum politischen Gegner, um einen „Naziaufmarsch“ mit allen Mitteln zu verhindern. Mitunter missachteten sie dabei bewusst Vorgaben und Auflagen der Behörden. Im Rahmen ihrer Aktionen kam es auch im Jahr 2009 zu Straftaten wie Körperverletzungen, Sachbeschädigungen und Landfriedensbruch.

Thüringer Autonome beteiligten sich im Berichtszeitraum an verschiedenen Aktionen in anderen Bundesländern oder wiesen im Internet auf entsprechende Termine hin. Es wurden jedoch keine Mobilisierungskampagnen oder Anreisen in größerem Umfang bekannt. Einzig die Beteiligung an Aktionen anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens am 13. Februar bildete hierbei eine Ausnahme. Die in diesem Zusammenhang von Rechtsextremisten organisierten Kundgebungen und die entsprechenden Gegenaktivitäten behielten auch in 2009

⁶⁸ Siehe Kapitel 3.4.

ihre Bedeutung. Insgesamt war der Blick der autonomen Szene in Thüringen jedoch eher regional ausgerichtet.

3.3 Thüringer Autonome und ihr „Antifaschismus“-Verständnis

Sachbeschädigungen und Recherche

Ein Grundkonsens der autonomen Szene besteht darin, über Ideen, Aktivitäten sowie die Anhängerschaft ihres politischen Gegners aufzuklären. Methodische Mittel reichen dabei von Recherche- bis zu sog. Outing-Aktionen⁶⁹. Regelmäßig kommt es auch zu Sachbeschädigungen an vermeintlichen oder tatsächlichen Treffobjekten der rechtsextremistischen Szene oder an Läden, die mit ihr in Verbindung gebracht werden.

Anschlag auf Ladengeschäft in Erfurt

Unbekannte Täter verübten am 16. Februar einen Anschlag auf das Ladengeschäft „Trondheim“. Dabei wurden Scheiben beschädigt und der Schriftzug „NAZI“ am Schaufenster angebracht. Das im Januar 2009 eröffnete Geschäft gilt in der autonomen Szene als „Naziladen“, da dort u. a. die im rechtsextremistischen Spektrum beliebte Marke „Thor Steinar“ geführt werde.

Für Recherchezwecke nutzen Autonome auch öffentliche Aktivitäten des rechtsextremistischen Spektrums. Dabei werden gezielt Daten über den politischen Gegner gesammelt, zusammengestellt und im Internet auf den eigenen oder speziell dazu gefertigten Websites veröffentlicht. Um an derlei Informationen zu gelangen, werden auch Daten genutzt, die illegal, z. B. durch Hacken, beschafft wurden.

Outing-Aktion in Jena

Unter der Überschrift „Happy Birthday Unique und danke Nico“ veröffentlichte die „Antifa Task Force Jena“ (ATF) einen Text im Internet, in dem über eine „Initiative-Tapferes-Schneiderlein“ berichtet wurde. Unter dieser Bezeichnung existiert eine Homepage, auf der Informationen zu „rechten“ Verflechtungen in Jena und zu Beziehungen des Chefredakteurs einer Studentenzeitung zu einer Person aus dem rechtsextremistischen Spektrum abrufbar sind. Auf der Seite werden E-Mails, Bilder und Dokumente präsentiert, die offensichtlich durch Hacken eines E-Mail Postfachs illegal beschafft wurden. In ihrem Text bedankt sich die ATF „für die Arbeit, die sich die Initiative gemacht hat“. Die Beziehungen zwischen der Initiative und der ATF scheinen allerdings durchaus eng zu sein. Die Daten, die man auf der Seite der Initiative einsehen kann, werden von der Homepage der ATF geladen.

Stellung zum Staat und zur Zivilgesellschaft

Autonome sehen in der Politik der Regierung und in vermeintlichen gesellschaftlichen Missständen Auslöser für „faschistische“ Tendenzen. Ihrer Meinung nach förderten „staatlicher Rassismus“ und „Kriminalisierung des antifaschistischen Kampfes“ auch in der Bevölkerung die Entwicklung „rechter“ Tendenzen. Die Kritik und die Aktionen des autonomen Spektrums richteten sich deshalb auch gegen die Zivilgesellschaft, die von einem „rechten“ Konsens gekennzeichnet sei. In diesem Zusammenhang distanzierten sich Autonome zum Teil von Aktivitäten demokratischer Bündnisse, die sie in der Vergangenheit

⁶⁹ Öffentlichmachen des politischen Gegners, z. B. durch Berichte im Internet, Flugblattaktionen im Wohn- oder Arbeitsumfeld.

beispielsweise als „Bier trinken und Bratwurst essen gegen Rechts“ diskreditiert hatten. Über jene Diskrepanzen kann auch die inzwischen übliche Beteiligung von Autonomen an Bündnisveranstaltungen, insbesondere gegen Rechtsextremismus, nicht hinwegtäuschen. So wird den vorgeblichen „Bündnispartnern“ in Szeneverlautbarungen u. a. vorgeworfen, mit ihrem Engagement lediglich ein positives Bild des Standorts Deutschland zeichnen zu wollen, auch das Beharren auf gewaltfreien Aktionsformen wird kritisiert. Dass sich Autonome dennoch den Veranstaltungen breiter Bündnisse anschließen, dürfte in ihrem Bestreben, über szenetypische Slogans und Darstellungen autonome Anschauungen transportieren und die Veranstaltungen gegebenenfalls dominieren zu können, gründen. Aber auch die Annahme, sich den ansonsten zu befürchtenden „Repressionsmaßnahmen“ so eher entziehen zu können, ist damit verbunden. Dennoch werden innerhalb der Bündnisveranstaltungen Abgrenzungsversuche Autonome durch Aufrufe zur Bildung sog. antifaschistischer oder antikapitalistischer Blöcke deutlich.

Autonome Proteste gegen den „8. Thüringentag der nationalen Jugend“ in Arnstadt

An den Protesten gegen den „8. Thüringentag der nationalen Jugend“ am 13. Juni in Arnstadt beteiligten sich ca. 300 Personen, darunter auch Angehörige des autonomen Spektrums. Zu Mobilisierungszwecken war eine über die Homepage der „Antifaschistischen Gruppe Südthüringen“ (AGST) zu erreichende Seite mit dem Titel „nazis wegrocken 13. Juni 2009 – Arnstadt“ eingerichtet worden. Zu den dort aufgeführten Unterstützern zählten die AGST, weitere Thüringer Antifa-Gruppen sowie die „Antifa-Gruppe Schweinfurt“ (AGSW).

Im Vorfeld der Veranstaltung wurde auf dem Erfurter Bahnhofsvorplatz eine Kundgebung unter dem Motto: „Nazis wegrocken“ durchgeführt. Ziel soll es Internetangaben der Antifa Gruppe 17 (AG17) zufolge gewesen sein, auf anreisende Rechtsextremisten aufmerksam zu machen und zugleich einen Anlaufpunkt für Gegendemonstranten zur gemeinsamen Weiterfahrt anzubieten.

Der „Thüringentag der nationalen Jugend“ wurde offensichtlich vor dem Hintergrund der NPD-Landtagskandidatur innerhalb des autonomen Spektrums stärker thematisiert als in der Vergangenheit. Dass die Partei erstmals nicht für die Organisation der Kundgebung verantwortlich zeichnete,⁷⁰ schien dabei nicht von Belang.

„Antifaschistische Aktion Gera“ (AAG) an Protesten gegen „Rock für Deutschland“ beteiligt

Unter dem Motto „Können wir doch nichts für, wenn was zu Bruch geht“ rief die der autonomen Szene zugehörige „Antifaschistische Aktion Gera“ (AAG) auf einer eigens eingerichteten Mobilisierungswebsite zu Aktionen gegen die NPD-Veranstaltung „Rock für Deutschland“ am 11. Juli in Gera auf. Ziel sollte es sein, das „Nazifest“ zu verhindern. Zu diesem Zweck wollte man sich mit einem „antifaschistischen Block“ an der von demokratischen Kräften angemeldeten Gegendemonstration „Gera bunt, weltoffen und tolerant“ beteiligen.

Der Aufzug zählte insgesamt ca. 700 Teilnehmer, darunter etwa 200 schwarz gekleidete, augenscheinlich dem linksextremistischen Spektrums zuzuordnende Personen. Die u. a. von einem „Aktionsbündnis Kabelbruch“ veranlasste symbolische Sitzblockade war nach nur wenigen Minuten von den demokratischen Gegendemonstranten aufgelöst worden.

⁷⁰ Siehe Kapitel 4.4.7 im Abschnitt „Rechtsextremismus“.

Aus dem Aufzug heraus kam es zu vereinzelt Flaschenwürfen auf Angehörige der rechtsextremistischen Szene und in zwei Fällen zu versuchten gefährlichen Körperverletzungen gegen Polizeibeamte.

Angehörige der autonomen Szene bezeichneten den 11. Juli im Nachgang als einen „Tag, der alle Befürchtungen sprengte“. Zum einen war man bestürzt wegen der sehr hohen Beteiligung von Rechtsextremisten, zum anderen wegen des „unverhältnismäßigen und martialischen“ Polizeieinsatzes gegen den „Antifa-Block“. Darüber hinaus wurde die „Entsolidarisierung“ des Bürgerbündnisses anlässlich der Sitzblockade beklagt und von „Aktion Kabelbruch“ die Abschlusskundgebung des Bürgerbündnisses kritisiert: „Wer von bunt, tolerant und weltoffen spricht, [...] verkennt entweder vollkommen die Realität oder versucht sich die Situation schönzureden.“ Im Fazit der AAG heißt es: „Nach dem gestrigen Tag endsolidarisieren wir uns mit dem Bürgerbündnis und werden dieses in den nächsten Jahren boykottieren!“

Aktionen im Zusammenhang mit dem NPD-Landtagswahlkampf

Unter der Überschrift „MISSION ACCOMPLISHED“ veröffentlichte die „Antifaschistische Gruppe Apolda“ (AGAP) einen Bericht über die Entfernung von NPD-Wahlplakaten im Raum Apolda. Beigefügte Bilder zeigten sowohl brennende Plakate als auch solche mit dem Abbild des NPD-Spitzenkandidaten Frank SCHWERDT, die von einem Messer bzw. mehreren Pfeilen durchbohrt waren. Einem weiteren Bericht zufolge seien im Stadtgebiet Apolda mindestens 150 Plakate „dem Recycling“ zugeführt worden.

In der Nacht zum 25. August hatte eine ca. 15-köpfige Gruppe Vermummter sechs Personen, die in Jena Wahlplakate der NPD anbrachten, mit Flaschen, Steinen und Pyrotechnik angegriffen. Ziel und Ausführung der Tat sprachen für eine Aktion autonomer Gewalttäter.

Einem von der „Antifaschistische Gruppe Südthüringen“ (AGST) veröffentlichten Text über das Wahlergebnis der NPD waren ebenfalls Abbildungen brennender Wahlplakate beigefügt.

Autonome an Protesten gegen das 4. „Fest der Völker“ beteiligt

Etwa 800 Gegendemonstranten, darunter auch linksextremistische Autonome, hatten sich anlässlich der von Rechtsextremisten am 12. September in Pößneck ausgerichteten Kundgebung zu Protesten versammelt. Bei dem Versuch von Autonomen, Anfahrtswege zu blockieren und Polizeisperren zu durchbrechen, kam es zu Auseinandersetzungen mit Rechtsextremisten bzw. Polizeibeamten.

Im Vorfeld hatten Linksextremisten unter dem Slogan „Schotterflechte für die Rechte“ über eine Sonderseite im Internet zu Gegenaktionen aufgerufen, deren Ziel die Behinderung der Veranstaltung sein sollte.

Von bislang unbekanntem Tätern wurden am Veranstaltungstag insgesamt 11 Brandsätze, die in Kabelschächten von Signalanlagen der Deutschen Bahn angebracht waren, vermutlich über Fernzündung aktiviert. In Höhe Saalfeld kam es dadurch zu erheblichen Verzögerungen im Zugverkehr. Darüber hinaus wurde im Lobdeburgtunnel auf der BAB 4 nahe Jena eine Bombenattrappe festgestellt. Die erforderlichen Untersuchungen dieses Gegenstandes führten auch hier zu Beeinträchtigungen des Verkehrsflusses.

Beteiligung von Linksextremisten an Aktionen um den Volkstrauertag

Im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Aktivitäten im zeitlichen Umfeld des Volkstrauertags beteiligten sich Linksextremisten an Protesten in Arnstadt und Friedrichroda. In Arnstadt diente eine Kundgebung am 14. November unter dem Motto „Deutschland denken heißt Auschwitz denken“ als Anlaufstelle auch für Angehörige des autonomen Spektrums. Teilnehmer der Veranstaltung versuchten, den rechtsextremistischen Aufzug zu blockieren und zu stören, woraufhin in ca. 60 Fällen Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden. Wahrscheinlich wegen des großen Polizeiaufgebots ist es jedoch zu keinen größeren Störungen gekommen. Auch in Friedrichroda beteiligten sich am 15. November Autonome an einer Demonstration. Wie die „Antifaschistische Gruppe Südthüringen“ (AGST) später im Internet berichtete, sei von der ursprünglich erwogenen Blockade letztlich abgesehen worden.

Im Vorfeld war für beide Veranstaltungen über eine Sonderseite im Internet geworben worden. Neben aktuellen Informationen war hier auch ein Flugblatt unter dem Tenor „Den Nazis die Fackeln ausblasen!!! Deutsche Täter sind keine Opfer!“ abrufbar, mit dem zur Teilnahme an der „antifaschistische(n) Kundgebung und (den) dezentrale(n) Aktionen gegen den Nazi-aufmarsch“ in Arnstadt aufgerufen wurde. Im Text distanzierte man sich von der Bundesrepublik Deutschland, da Gedenkarbeit hier bedeute, „sich selbst als Opfer des Nationalsozialismus zu inszenieren, um endlich wieder einen positiven Bezug zu Deutschland und seiner Geschichte herstellen zu können.“ Die Initiatoren lehnten deshalb „jede positive Bezugnahme auf Deutschland“ ab. Auf der Sonderseite wurden u. a. die AGST und die „Antifa Gotha Bad Langensalza“ (AG212) als Kontakt angegeben. Die starke Einflussnahme der AGST auf die Mobilisierung wurde auch dadurch deutlich, dass die auf der Sonderseite abrufbaren Daten von der Homepage der AGST geladen wurden.

Gewalt als Aktionsmittel Autonomer

Gewalt ist ein selbstverständliches Aktionsmittel der Autonomen. Aus ihrer kruden Wahrnehmung heraus empfinden sie Handlungen anderer, z. B. des Staats, von Unternehmen oder des politischen Gegners, als Gewalt gegen sich und versuchen damit ihre Aktionsformen als Selbstschutz zu legitimieren. Angriffe auf Personen werden regelmäßig damit gerechtfertigt, dass es sich um „Nazis“ gehandelt habe. Diese Bezeichnung wird dabei willkürlich verwendet, ohne dass es in jedem Einzelfall tatsächliche Anhaltspunkte für eine Zugehörigkeit zum rechtsextremistischen Spektrum gegeben haben muss. Letztlich dient sie nur als Staffage, um das eigene Handeln möglichst positiv darzustellen. Die Verfolgung der eigenen Straftaten wird wiederum als angebliche Kriminalisierung und Ausdruck eines repressiven Staats wahrgenommen. Nicht alle Aktivitäten von Autonomen sind von Gewalt begleitet, derartige Aktionsformen werden vielmehr taktisch, in Thüringen meist im Zusammenhang mit demonstrativen Aktivitäten, eingesetzt. Dabei spielen Überlegungen zur Haltung möglicher Bündnispartner ebenso eine Rolle wie Stärke und Taktik eingesetzter Polizeikräfte oder des politischen Gegners. Gelegentlich kommt es jedoch auch zu Gewaltausbrüchen zwischen Angehörigen des links- und rechtsextremistischen Spektrums, die jeweils „Vergeltungsaktionen“ nach sich ziehen. Nicht nur hinsichtlich der Anzahl, sondern auch bezüglich ihrer Erscheinungsformen erreichte linksextremistisch motivierte Gewalt 2009 in Thüringen bisher nicht gekannte Ausmaße. Insbesondere eine Reihe von Anschlägen, vornehmlich Brandanschläge, bei denen ein linksextremistischer Hintergrund bestand bzw. mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen war, kann als Indiz für eine neue Qualität linksextremistischer Gewaltausübung verstanden werden.

Autonome an Protesten gegen rechtsextremistische Veranstaltung in Jena beteiligt

Am 10. Januar protestierten etwa 300 Personen in Jena gegen eine im „Braunen Haus“ stattfindende Vortragsveranstaltung des bekannten Holocaustleugners Horst MAHLER. Im Anschluss an den friedlichen Protest formierten sich die daran beteiligten ca. 80 Autonomen zu einer eigenen Kundgebung in der Innenstadt. Es kam zu mehreren Festnahmen nachdem Container umgestoßen, Feuerwerkskörper gezündet und Polizisten angegriffen worden waren.

Die Gewalttätigkeiten wurden später in einem Internetbeitrag gerechtfertigt. Es sei ein Skandal, heißt es in dem Text mit der Überschrift „Wer A sagt, muss auch CAB sagen“⁷¹, dass die rechtsextremistische Veranstaltung von Polizisten geschützt werde. Stadtpolitiker sollten deshalb nicht „aus allen Wolken fallen, wenn die von ihnen bestellten Marionetten mit Schneebällen statt Tee begrüßt“ würden. Polizeieinsätze bei rechtsextremistischen Veranstaltungen verstanden die Autoren als „ständige Provokation und Kontrolle durch die Staatsgewalt“, so dass es nicht nur „mehr als verständlich“, sondern geradezu „notwendig“ sei, dass „Frust, Ohnmacht und Wut“ ausbrechen.

Autonome randalieren in Erfurt

Eine Gruppe von 20 bis 40 schwarz gekleideten und verummten Personen zog in den späten Abendstunden des 27. März randalierend durch die Erfurter Innenstadt. Die offensichtlich dem autonomen Spektrum zuzurechnenden Täter beschädigten Sicherungsvorrichtungen einzelner Baustellen bzw. blockierten mit aus den Verankerungen gerissenen Absperrungen Straßenbahnschienen. Zwei Passanten wurden angegriffen und mit Reizgas verletzt. Die Randalierer warfen Schaufenster zweier Geschäfte, darunter das als „Naziladen“ bezeichnete „Trondheim“, mit Pflastersteinen ein.

Das linksextremistische Spektrum stellte die Randalie im Nachhinein als „spontane Demonstration“ dar. Unter dem Synonym „Autonome Antifas Erfurt“ wurde im Internet ein Beitrag veröffentlicht, der von einer „Solispointi für die Grevenenerstraße“⁷² berichtete. Demzufolge habe man nicht nur Solidarität mit den von der Räumung des Objekts betroffenen Personen äußern, sondern auch an die Situation des „Besetzten Hauses“ in Erfurt erinnern wollen. Die „am Rand stehenden Nazis“ wären sichtlich betrunken gewesen, hätten sie „beschimpft und provoziert“. Später habe es das „Trondheim“ „erwischt“. Die Erfurter Ortsgruppe des Vereins „Rote Hilfe e. V.“ (RH) veröffentlichte den Text ebenfalls und bat „alle Menschen, die im Zusammenhang mit dieser Aktion staatlicher Repression unterzogen werden sollen“, sich bei ihr zu melden. Die Erfurter „Antifa Gruppe 17“ (AG17) befürchtete in Folge der Aktion eine „Kriminalisierung der Linken Szene in Erfurt“.

Bereits am 7. März griffen etwa 20 im „Besetzten Haus“ verkehrende Personen vier männliche Jugendliche an, die sich unweit des Objekts aufhielten. Die Geschädigten wurden als „Nazis“ beschimpft. Während sie flüchteten, beschädigten die u. a. mit Pflastersteinen und Feuerlöschern ausgestatteten Angreifer deren Pkw erheblich.

Gewalttätige Auseinandersetzungen in Jena

Am 13. April beteiligten sich in Jena nach unterschiedlichen Angaben zwischen 40 und 70 Personen an einer unangemeldeten Demonstration durch die Innenstadt. In deren Verlauf setzte sich eine Gruppe Vermummter ab und griff mehrere Personen an, die sie offensichtlich der

⁷¹ Die Abkürzung ACAB steht für „All Cops Are Bastards“.

⁷² Es handelt sich hierbei um ein vormalig besetztes Gebäude in Münster, das am 26. März 2009 geräumt wurde.

„rechten“ Szene zuordnete. Im Zuge der Auseinandersetzung sind auch Einrichtungsgegenstände eines Lokals beschädigt worden. Laut einem Internetbeitrag habe man die „Faschisten“ gezielt angegriffen, „unter anderem mit Pyrotechnik“. In einer Ergänzung hieß es, dass die Zerstörungen nahezu bedeutungslos seien, denn „schließlich sollten keine Höflichkeiten ausgetauscht werden, sondern (es) ging vielmehr um unerledigte Rechnungen“.

Schon am 10. April hatte es in Jena offenbar politisch motivierte Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen gegeben. Die Demonstration sei eine Reaktion darauf gewesen und soll unter dem Motto „Wenn ihr auf Menschen einprügelt, prügeln wir zurück“ gestanden haben.

Anschläge auf DHL-Filialen in Erfurt

Nachdem in der Nacht vom 16. auf den 17. Oktober die Scheiben von zwei DHL-Packstationen in Erfurt zerstört und die Einrichtungen zudem mit den Schriftzügen „Entmilitarisiert“ und „MG“ besprüht worden waren, wurden in der darauffolgenden Nacht zwei Firmentransporter in Brand gesetzt.

Im Zuge der ersten Aktion sind am Tatort Flugblätter zurückgelassen worden. Unter dem Titel „Anschlag auf DHL Packstationen“ heißt es darin, die Taten seien als Reaktion auf das am 16. Oktober verkündete Urteil im „mg-Prozess“ zu verstehen, mit dem das Berliner Kammergericht gegen die Angeklagten mehrjährige Haftstrafen wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung „militante gruppe“ (mg)⁷³ verhängte. „Aus Solidarität haben wir Packstationen der Firma DHL in Erfurt angegriffen und beschädigt. [...] Wir sind solidarisch mit all denen die Abrüstung praktisch betreiben, hier und überall! Wenn nicht abgerüstet wird, tun wir es eben selbst! [...] Kriminell ist das System und nicht der Widerstand Freiheit für Axel, Florian und Oliver!“⁷⁴, so der weitere Wortlaut. Da DHL logistische Aufgaben für die Bundeswehr übernehme „und damit zu einem funktionierenden Militärapparat“ beitrage, sei das Unternehmen „Ziel einer praktische(n) Abrüstung“. Am Ende wird auf eine Unterstützerseite zum „mg-Prozess“ verwiesen, auf der ein Berliner „Bündnis für die Einstellung des § 129a-Verfahrens“ als Kontakt angegeben ist.

Seit Ende 2008 ist die DHL Ziel einer „antimilitaristischen“ Kampagne, in deren Verlauf es im Bundesgebiet zu einer Vielzahl von Sachbeschädigungen an Briefkästen und Packstationen sowie zu Brandanschlägen auf Fahrzeuge der DHL und der Deutschen Post AG kam. Das von den Akteuren als „Deutsche Heeres Logistik“ bezeichnete Unternehmen profitiere ihrer Auffassung nach von den „Kriegseinsätzen“ der Bundeswehr und sei eng mit ihr vernetzt. In Thüringen spielten bislang weder das Thema Antimilitarismus noch der „mg-Prozess“ eine größere Rolle innerhalb des linksextremistischen Spektrums. Lediglich die Ortsgruppe Jena des Vereins "Rote Hilfe e. V." beschäftigte sich öffentlich mit dem Prozess. Am 16. Februar soll er u. a. Thema bei einer Veranstaltung in Jena gewesen sein.

Die Anschläge in Erfurt wurden im Internet auf linksextremistischen Seiten wenig thematisiert. Nach den Zerstörungen am 17. Oktober war lediglich ein Beitrag unter dem Titel „Erfurt: Anschlag auf DHL Packstationen“ eingestellt. Er stimmte in weiten Teilen mit der Taterklärung überein. In den zum Beitrag abgegebenen Ergänzungen sind die Anschläge allerdings eher abgelehnt worden.

⁷³ Aktivitäten der „militanten gruppe“ (mg) waren ab 2001 festgestellt worden. Seither verübte sie zahlreiche Anschläge, vorwiegend im Raum Berlin/Brandenburg. Daneben betrieb sie über die Szenezeitschrift „interim“ eine Militanzdebatte, an der sich auch einige andere militante Gruppen beteiligten. Im Sommer 2009 hatte sie über die Szenezeitschrift „Radikal“ ihre Auflösung erklärt.

⁷⁴ So im Original.

Diverse Anschläge im Aktionsfeld „Antirepression“

Am Abend des 6. Dezember verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf das Ordnungsamt Weimar. Sie zerschlugen Fensterscheiben und warfen Feuerwerkskörper in das vormals von der Polizeiinspektion Weimar als Stadtwache genutzte Gebäude. In den Morgenstunden des 7. Dezember wurden in Weimar zudem sechs Fahrzeuge in Brand gesetzt. Der entstandene Sachschaden belief sich auf ca. 47.000 Euro.

Auch in Berlin und Hamburg hatte es Anfang Dezember Brandanschläge auf Liegenschaften des Bundeskriminalamts bzw. der örtlichen Polizei gegeben. Die jeweils abgegebenen Taterklärungen wiesen einen Zusammenhang mit dem Tod eines griechischen Aktivisten⁷⁵ auf, der bei Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und der Polizei im Athener Stadtteil Exárchia im Dezember 2008 tödlich verletzt worden war. Zugleich enthielten sie allgemeine Hinweise auf anhaltende, gegen sog. Repressionsorgane gerichtete Aktivitäten.

Die Vorfälle in Weimar reihten sich in eine seit Oktober 2009 auch in Thüringen zu beobachtende Anschlagsserie ein, die eine linksextremistische Motivation annehmen lässt. Neben einem Angriff (Molotowcocktail) auf das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit am 29. Oktober ereigneten sich im Nachgang zur Räumung eines kurzzeitig besetzten ehemaligen Keglerheims am 22. November in Erfurt mehrere Brandstiftungen an Fahrzeugen. Nur wenig später, am 27. November, wurden Fensterscheiben des Erfurter Bürgeramts eingeworfen sowie ein Pkw der Stadtverwaltung beschädigt.

3.4 Autonomer „Häuserkampf“

Der sog. Häuserkampf, das Besetzen von leer stehenden Gebäuden und die teils äußerst gewalttätige Verteidigung, zählen seit den Anfangstagen der Autonomen zu deren Schwerpunkten. Seinen Höhepunkt erlebte der „Häuserkampf“ in den achtziger und neunziger Jahren. Die verbliebenen Objekte sind inzwischen meist legalisiert und werden in der Regel unter dem Dach eines Vereins geführt. Nur wenige haben überregionale bzw. bundesweite Bedeutung oder werden sogar im europäischen Zusammenhang wahrgenommen. Im Beobachtungszeitraum standen die Räumung des „Besetzten Hauses“ in Erfurt sowie Versuche zur Erlangung eines Ersatzobjekts im Fokus der Thüringer Autonomen.

Räumung und Abriss des „Besetzten Hauses“ in Erfurt

Seit dem Frühjahr 2001 galt ein Teil des Betriebsgeländes der ehemaligen Firma „Topf & Söhne“ in Erfurt als besetzt. Neben subkulturellen Strömungen hatten sich dort auch Autonome angesiedelt. Mit dem „Infoladen Sabotnik“ war hier eine Anlaufstelle der Szene eingerichtet, die „Antifa Gruppe 17“ (AG17) gab das Objekt als Kontaktadresse an. Insgesamt besaß das Gelände für die autonome Szene in Erfurt nicht nur wegen seiner praktischen Nutzung sehr große Bedeutung. Wichtig war ihr insbesondere der autonomen Lebensformen entsprechende Charakter des Orts, stellte er doch einen „selbstbestimmten sozialen Raum“ dar, in dem eine ansonsten herrschende „kapitalistische Verwertungslogik“ nicht zur Anwendung gekommen sei.

Vor dem Hintergrund eines drohenden Abrisses fanden bereits Ende 2008 mehrere Aktionen des „Besetzerkreises“ statt. Trotz der Parole „Wir bleiben alle“, die das Festhalten am bisheri-

⁷⁵ Alexandros GRIGORPOULOS.

gen Standort demonstrieren sollte, gab es auch Versuche, an ein Ersatzobjekt zu gelangen. Ein entsprechendes Angebot der Stadt Erfurt wurde allerdings abgelehnt.

Weitere Protestaktionen

Etwa 750 Personen hatten sich am 24. Januar einer Demonstration unter dem Motto „Hände weg vom Besetzten Haus in Erfurt“ angeschlossen. Unter den Teilnehmern befanden sich zahlreiche Autonome, die das Bild der Veranstaltung bestimmten.

Die Demonstration war Höhepunkt sog. Aktionstage, die am 21. Januar, jenem Termin, zu dem der Eigentümer die Räumung des Geländes verfügt hatte⁷⁶, kurzfristig gestartet wurden. In diesem Zusammenhang erschienen diverse Mobilisierungsvideos im Internet. In einem Video wurden in Anlehnung an die Fernsehserie „Das A-Team“ eine Ankettaktion sowie Angriffe auf ein Baufahrzeug und einen Polizeihubschrauber nachgestellt.⁷⁷ Der Beitrag schloss mit dem Slogan „Besetztes Haus kreativ verteidigen“. Der Film fand im Internet auf verschiedenen Seiten des autonomen Spektrums weite Verbreitung. Darüber hinaus wurde über Flyer und Plakate zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Durch das Anbringen von entsprechenden Graffitis kam es in der Erfurter Innenstadt zu zahlreichen Sachbeschädigungen. Aufgesprühte Slogans wie „Wir bleiben alle“ oder „Hände weg vom Besetzten Haus“ waren teils mit symbolisierten Molotowcocktails versehen.

Etwa 50 Personen, die dem Bewohner- bzw. Unterstützerkreis des Szeneobjekts auf dem Gelände der ehemaligen Firma „Topf & Söhne“ zuzuordnen waren, besetzten am 21. Februar vorübergehend ein Gebäude im Erfurter Norden. Nach Verhandlungen mit der Polizei und dem Eigentümer wurde das Objekt – ein ehemaliger Altstoffhandel – geräumt. Laut Internetmitteilungen wollten die Besetzer weitere Gespräche mit dem Eigentümer anstreben.

Polizeiliche Räumung

Am 16. April wurde das „Besetzte Haus“ in Erfurt durch Polizeikräfte geräumt. An einer Sitzblockade vor dem Gebäude beteiligten sich 35 Personen, weitere 24 hielten sich zum Zeitpunkt der Räumung im „Besetzten Haus“ auf, darunter zwei, die sich angekettet und einbetoniert hatten. Die Besetzer attackierten eintreffende Polizeibeamte, errichteten auf der Zufahrtsstraße eine Barrikade und setzten diese in Brand. Insgesamt wurden 59 Personen vorläufig festgenommen. Bei der polizeilichen Durchsuchung sind potentielle Kampfmittel, darunter Benzinkanister, mit Öl gefüllte Flaschen und mehrere „Nagelbomben“⁷⁸, festgestellt worden. Im Anschluss an die Räumung wurde das Gelände an den Eigentümer übergeben, der die darauf befindlichen Gebäude abreißen ließ.⁷⁹

Noch während der Räumung begannen die für den „Tag X“ angekündigten Proteste. Dazu zählten mehrere Kundgebungen und Demonstrationen in Erfurt, aber auch einzelne in Heiligenstadt und Gotha. Zudem wurden sog. Scheinbesetzungen⁸⁰, u. a. in Erfurt, Ilmenau und Saalfeld, bekannt.

⁷⁶ Die Frist wurde noch vor der Demonstration bis zum 15. Februar verlängert.

⁷⁷ Anleihen bei populären, nicht unbedingt normkonformen, TV-Figuren sind bei der Mobilisierung durch das autonome Spektrum durchaus üblich. Hier wird auf eine Serie aus den 80er Jahren zurückgegriffen, deren Helden in Robin-Hood-Manier für Gerechtigkeit kämpfen.

⁷⁸ Mit Nägeln befüllte Glasflaschen.

⁷⁹ Das ehemalige Verwaltungsgebäude wird erhalten bleiben, dort soll u. a. eine Dauerausstellung zur Geschichte der Firma „Topf & Söhne“ während der Zeit des Nationalsozialismus untergebracht werden.

⁸⁰ Dabei dringen die Täter in unbewohnte Häuser ein und bringen z. B. Transparente an der Hausfront an, auf denen sie verkünden, dass das Haus besetzt sei.

In zeitlicher Nähe zur Räumung sind erhebliche Sachbeschädigungen verübt worden. Allein in Weimar und Jena wurden zahlreiche Müllcontainer, in Erfurt darüber hinaus auch mehrere KfZ in Brand gesetzt. Nach einer Sachbeschädigung am Arbeitsamt in Erfurt und dem mit einem Molotow-Cocktail verübten Anschlag auf die Polizeidirektion Erfurt, dabei brannte ein Dienstfahrzeug aus, erschien im Internet ein Flugblatt unter dem Tenor „Volxsport goes Erfurt“. Darin waren vorwiegend Polizeidienststellen, aber auch das Thüringer Innenministerium und das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz als mögliche Anschlagziele aufgeführt. Darüber hinaus entzündeten unbekannte Täter eine Straßenbarrikade in Heiligenstadt. Auf der Fahrbahn war der Schriftzug „Solidarität mit dem B-Haus in Erfurt“ aufgetragen worden. In Vacha wurden elf Objekte, darunter das Rathaus, das Gymnasium und zwei Märkte, mit Parolen wie „besetztes Haus EF rächen“ besprüht. Unbekannte schmierten die Parole „Wir bleiben alle“ auf den Sockel des Rathauses in Arnstadt und warfen mehrere Scheiben ein. Insgesamt soll durch diese Aktivitäten ein Sachschaden von etwa 150.000 Euro verursacht worden sein.

Die Räumung führte auch bundesweit innerhalb des autonomen Spektrums und der Besetzerzene zu massiven Protesten. Es kam zu zahlreichen Solidaritätsveranstaltungen mit Teilnehmerzahlen zwischen 20 und 200 Personen. Demonstrationen fanden u. a. in Nürnberg, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, Freiburg, Bremen, Berlin und Köln statt. Bei Veranstaltungen in Leipzig, Frankfurt am Main und Göttingen kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei sowie zu Sachbeschädigungen. In Dresden wurden Scheiben eines Polizeireviers zerstört, die Fassade des Gebäudes mit Farbbeuteln beworfen und zwei Streifenwagen beschädigt.

Folgeaktionen

Am 22. November gaben Hausbesetzer die „stille“ Besetzung der ehemaligen „Clubgaststätte Keglerheim“ in Erfurt per Pressemitteilung bekannt. Daraufhin organisierten Sympathisanten vor Ort eine spontane Demonstration sowie eine Sitzblockade. Bei der am späten Nachmittag erfolgten polizeilichen Räumung des Gebäudes waren insgesamt 24 Personen vorläufig festgenommen worden. Am darauffolgenden Tag veranstalteten Sympathisanten unter dem Motto „Hände hoch – Haus her“ eine Demonstration durch die Erfurter Innenstadt.

Im Internet wurde u. a. auf der gleichnamigen Kampagnenseite über die Aktion berichtet. Zudem war dort ein Live-Ticker abrufbar. Den Schilderungen zufolge sei das Keglerheim vom 3. August an besetzt gewesen. Man verurteile die Räumung und wolle auch weiterhin „für selbstverwaltete Räume in Erfurt kämpfen“, hieß es.

4. Anarchisten

Anarchistische Anschauungen entstanden im 19. Jahrhundert in Abgrenzung zum Kommunismus. Die Russen Michail BAKUNIN und Peter KROPOTKIN zählen zu den maßgeblichen Theoretikern dieser linksextremistischen Strömung. Im Gegensatz zu verschiedenen kommunistischen Organisationen berufen sich Anarchisten nicht auf verbindliche Standardwerke, sondern greifen auf eine Vielzahl von Theorien und Utopien zurück, die auf die Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft ausgerichtet sind. Sie lehnen jedwede Form von Staat und Regierung ab. Ihr erklärtes Ziel ist, den Staat mittels einer Revolution aufzulösen und eine von der Basis her anarchistische Gesellschaft zu bilden. Im Gegensatz zu Marxisten-Leninisten setzen Anarchisten dabei auf die Spontanität der Massen, nicht auf eine Avantgardepartei. In der Bundesrepublik sind zwei anarchistische Strömungen erwähnenswert. Bei diesen handelt es sich um die „Graswurzelbewegung“ und den deutschen Zweig der internati-

onal organisierten „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU) mit Anbindung an die „Internationale Arbeiter Assoziation“ (IAA). In Thüringen ist die FAU aktiv. Darüber hinaus finden immer wieder Veranstaltungen von Anhängern der „Graswurzelbewegung“ statt, bei denen diese u. a. die „direkte Aktion“ als typisch anarchistische Aktionsform thematisieren.

4.1 Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU) mit Anbindung an die „Internationale Arbeiter Assoziation“ (IAA)⁸¹

Bei der FAU handelt es sich um eine anarcho-syndikalistische Gruppierung.⁸² Ihr Anliegen ist die Schaffung einer herrschaftsfreien, direkt-demokratischen Gesellschaft, die sie durch „direkte Aktionen“ wie Selbstorganisation, Besetzungen, Boykotts, Streiks, Sabotage zu erreichen glaubt. Die FAU sieht sich als Gewerkschaft und ist bestrebt, sich vorrangig in der Betriebsarbeit zu engagieren.

In Thüringen ist die FAU nach Eigenangaben inzwischen mit Ortsgruppen in Altenburg, Ilmenau, Suhl und Erfurt sowie mit der in Meiningen ansässigen „FAU Südthüringen“ (FAUST) vertreten. Während die Ortsgruppe Altenburg über die FAU Leipzig erreichbar ist, geben die Gruppen in Ilmenau, Suhl und Erfurt die FAUST als Kontakt an. Letztgenannte stellt ohnehin die aktivste der im Berichtszeitraum kaum öffentlichkeitswirksam agierenden Gruppen dar.

5. Marxistisch-leninistische Parteien und sonstige Organisationen

5.1 „Kommunistische Plattform“ (KPF) der Partei „DIE LINKE.“

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1989	1993
Sitz	Berlin	-
Mitglieder		
2007	ca. 1.000	ca. 90
2008	ca. 960	ca. 100
2009	ca. 1.050	ca. 100
Publikationen	„Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE“ (monatlich)	-
Internet	eigene Internetpräsenz im Rahmen des Internetauftritts der Partei „DIE LINKE.“	kein eigener Internetauftritt

Die KPF wurde am 30. Dezember 1989 in der damaligen SED-PDS gegründet und wirkt nunmehr in der Partei „DIE LINKE.“⁸³ als „ein offen tätiger Zusammenschluss von Kommu-

⁸¹ Die offizielle Abkürzung lautet FAU-IAA, da jedoch in Veröffentlichungen der Gruppierung das Kürzel FAU gebräuchlicher ist, wird dieses in der Folge verwandt.

⁸² Der Begriff setzt sich aus dem griechischen Wort *ánarcho* (führerlos) und dem französischen Wort *Syndikat* (Vereinigung, Gewerkschaft) zusammen. Er bezeichnet anarchistische Organisationen mit gewerkschaftlichem Anspruch.

⁸³ „DIE LINKE.“ ist kein Beobachtungsobjekt des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz.

nistinnen und Kommunisten“. Wesentliches Anliegen der KPF ist die Fortsetzung marxistisch-leninistischer Politik innerhalb der Partei „DIE LINKE.“, worunter sie u. a. das Festhalten an der sozialistischen Zielstellung und damit der antikapitalistischen Grundausrichtung, aber auch die uneingeschränkte Ablehnung des Einsatzes militärischer Mittel zur Lösung internationaler Konflikte versteht. Die KPF bekannte sich im Berichtszeitraum dazu, im politischen Alltag und in der bevorstehenden Programmdebatte der Partei „DIE LINKE.“ nach wie vor einem „Systemwechsel“⁸⁴ verpflichtet zu sein.

Die sich deutlich zum Kommunismus bekennende Organisation arbeitet eng mit der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und weiteren linksextremistischen Personenzusammenschlüssen zusammen. Ihrer Satzung zufolge ist sie „offen für alle, unabhängig von parteilicher und sonstiger politischer Bindung“, sofern „Mehrheitsbeschlüsse der KPF“ und das Parteistatut akzeptiert werden. Im Rahmen des von der Plattform angestrebten „breiten linken Bündnisses“ ist deren vorrangiges Anliegen, „die Zusammenarbeit aller [...], die mit dem Ziel einer sozialistischen Alternative zum bestehenden kapitalistischen System aktiv in politischen, sozialen und anderen Auseinandersetzungen der Gegenwart stehen“, herzustellen.

Die KPF wird auf Bundesebene von einem Bundeskoordinierungsrat (BKR) geleitet und durch den Bundessprecherrat vertreten. Auf Landesebene sind adäquate Organe tätig. Höchstes Gremium ist die laut Satzung mindestens einmal jährlich einzuberufende Bundeskonferenz. Diese beschließt die politischen Leitlinien der KPF und wählt den Bundeskoordinierungs- und Bundessprecherrat. In Thüringen konstituierte sich die KPF im März 1993.

Bündnispartner sieht die KPF in „marxistisch orientierten Kräften innerhalb und außerhalb der Partei“. Dazu zähle nicht zuletzt die DKP, aber auch „in der Friedensbewegung und im Rahmen sozialer und antirassistischer Aktivitäten und Aktionen“ sowie „in antifaschistischen Bündnissen“ wolle der Zusammenschluss mitwirken.

Einem Bericht der organisationseigenen Publikation⁸⁵ zufolge äußerte sich Sahra WAGENKNECHT im April auf der 3. Tagung der 14. KPF-Bundeskonferenz zu ihren wirtschaftspolitischen Ansichten. Demnach könne der Wirtschaftskrise nur durch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse begegnet werden. Schlüsselbereiche der Wirtschaft gehörten in die öffentliche Hand. Neben einer grundlegenden Reorganisation des Finanzsektors führe auch an einer radikalen Umverteilung von Einkommen und Vermögen kein Weg vorbei. „Den Kapitalismus in Frage zu stellen, ist ein Gebot des Realismus und der Glaubwürdigkeit“, „DIE LINKE.“ solle deshalb offen die Systemfrage⁸⁶ aufwerfen, so WAGENKNECHT.

Auf der am 22. November ausgerichteten 4. Tagung formulierte die KPF ihre Forderungen an das Anfang 2011 neu zu fassende Programm der Partei „DIE LINKE.“. So müssten sich darin

- „eine Analyse des aktuellen Stadiums kapitalistischer Entwicklung“,
- die „Darstellung der Strategien der Herrschenden und der Kräfteverhältnisse“,
- „das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung als eine Alternative zum bestehenden System der Profitmaximierung“ und
- Forderungen, für die man „hier und heute kämpft“,

⁸⁴ „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE“, Heft 8/2007, S. 2.

⁸⁵ „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE“, Hefte 04/2009 bis 06/2009.

⁸⁶ Gemeint ist hier ein klares Bekenntnis, anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft etablieren zu wollen.

wiederfinden. Den Sozialismus wolle man nicht bloß als „Vision, Weg und Wertesystem“ der Partei betrachten, sondern als „strategisches Ziel, an dem auch die Schritte der konkreten Politik zu messen sind.“

In Thüringen blieb die KPF im Berichtszeitraum weitgehend inaktiv.

5.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1968	1996
Sitz	Essen	-
Mitglieder		
2007	ca. 4.200	ca. 40
2008	ca. 4.200	ca. 40
2009	ca. 4.200	ca. 40
Jugendorganisation	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	existent; nur wenige Mitglieder
Publikationen	„Unsere Zeit“ (UZ) (wöchentlich)	„Thüringenreport“ (meist zweimonatlich)
Internet	eigener Internetauftritt	eigener Internetauftritt

Die 1968 in Frankfurt/Main gegründete DKP versteht sich als Nachfolgeorganisation der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). In ihrem aktuellen Parteiprogramm charakterisiert sie sich als antifaschistische, revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, als Partei des proletarischen Internationalismus und des Widerstands gegen die sozialreaktionäre, antidemokratische und friedensgefährdende Politik der Herrschenden, die sich von den Zukunfts- und Gesamtinteressen der Arbeiter und Angestellten als Klasse leiten lässt. Weltanschauung, Politik und Organisationsverständnis der DKP gründen dem Programm zufolge auf dem wissenschaftlichen Sozialismus, den Theorien von MARX, ENGELS und LENIN. Die Partei überträgt die Lehren des Marxismus auf die derzeitigen Bedingungen des Klassenkampfes, um so zu deren Weiterentwicklung beizutragen. Ihr Ziel sieht sie im Sozialismus/Kommunismus, wofür es die Arbeiterklasse und die Mehrheit der Werktätigen zu gewinnen gelte. Nur der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen beseitige letztendlich die Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung, Krieg, Verelendung und Zerstörung der natürlichen Umwelt.

Anlässlich des 60. Jahrestags der Gründung der DDR am 7. Oktober sowie des 20. Jahrestags des Mauerfalls am 9. November veröffentlichte die DKP in ihrer Wochenzeitschrift⁸⁷ entsprechende Beiträge. Darin werden das Scheitern des Sozialismus in Europa und das Ende der DDR als „bittere Niederlagen“ bezeichnet. Wirtschaftlicher Rückstand, mangelnde Produktivität der DDR-Volkswirtschaft und fehlende Reisefreiheit hätten zu dem Gesellschaftsumbruch beigetragen, heißt es. Alles Umstände, die es künftig zu berücksichtigen gelte. Öffentliche Verlautbarungen zum 60-jährigen Bestehen der Bundesrepublik und deren Darstellung als

⁸⁷ UZ, Nr. 40/2009 vom 02. Oktober 2009.

„das beste und demokratischste Deutschland, das es je gegeben habe“, werden kritisch und ablehnend reflektiert. So lautet das Fazit der Ausführungen: „[...] ohne eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird es keine Zukunftslösungen im Sinne der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land und international geben. Der Kapitalismus muss überwunden werden! Sozialismus ist notwendig!“

Am 17. Oktober führte die DKP in Leipzig eine Tagung unter dem Motto „... und der Zukunft zugewandt: 60 Jahre BRD – 60 Jahre DDR“ durch. Neben dem DKP-Parteivorstand hatten die DKP Sachsen und die DKP-Gruppe Leipzig zu der Veranstaltung eingeladen. Auch Mitglieder der DKP Thüringen sollen unter den Gästen gewesen sein.

Die formal selbstständige, jedoch mit der DKP eng verbundene Jugendorganisation SDAJ zählt bundesweit etwa 300 Mitglieder. Unter dem Motto „Rettet die Bildung – nicht die Banken und Konzerne“ fand am 3./4. Oktober in Frankfurt am Main ein sog. Bildungsratschlag statt.⁸⁸ Anlass seien bundesweit geplante Aktionen, u. a. der Bildungsstreik am 14. November, gewesen. Im Zentrum der Podiumsdiskussion habe die Frage gestanden, wie die Proteste von Schülern gegen den Bildungsabbau weitergeführt und ausgebaut werden könnten. Wesentlich dabei wäre „die Perspektive jenseits des kapitalistischen Schulsystems“. Für einen langfristigen Bestand der Schülerbewegung sei „der Sozialismus als Orientierungspunkt notwendig – Bildungskämpfe sind Klassenkämpfe“.

Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament

Im Rahmen der im Januar abgehaltenen 2. Tagung des 18. Parteitags der DKP war die Beteiligung an den Europawahlen beschlossen und eine 31 Kandidaten umfassende Liste gewählt worden. Der Parteivorsitzende Heinz STEHR äußerte auf der Konferenz: „Wir sind stolz, dass es auch im Jahr 2009 eine Deutsche Kommunistische Partei geben wird, die ohne Wenn und Aber den revolutionären Bruch als Voraussetzung zur Gestaltung einer sozialistisch-kommunistischen Zukunft sieht und sich auf die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt, das im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten die politischen Veränderungen durchsetzen will, stützt. Ja, die DKP heute, das ist die größte Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands!“

Die DKP trat nach 2004 zum zweiten Mal mit einer eigenen Liste zur Wahl des Europäischen Parlaments an. Zu ihrem Anliegen hieß es im „Thüringenreport“⁸⁹, die Europäische Union als imperialistisches Konstrukt könne Probleme wie Krieg, die Finanzkrise, die fortschreitende Öffnung der Schere zwischen arm und reich und die Deregulierung der Arbeits- und Finanzmärkte nicht lösen. Wahlkampf und Parlamente sollten daher von der DKP als Tribüne genutzt werden, um ihre Vorstellungen von einer „neuen Gesellschaft“ zu vertreten. Veränderungen könnten jedoch nur durch eine breite und starke außerparlamentarische Opposition erreicht werden.

Im Ergebnis erzielte die DKP lediglich 25.615 Stimmen (0,1 %), was einem Verlust von 11.545 Stimmen gegenüber dem Abschneiden in 2004 entsprach. In Thüringen verlor sie 232 Stimmen und erreichte mit 1.515 Stimmen einen Anteil 0,2 %. Einzelne Wahlkampfveranstaltungen hatte sie in Erfurt, Suhl und Saalfeld durchgeführt.

⁸⁸ UZ, Nr. 41/2009 vom 09. Oktober 2009, S. 3.

⁸⁹ Ausgabe 2/2009.

Die DKP in Thüringen

Die im Januar 1996 gegründete DKP Thüringen umfasst nach eigenen Angaben sieben Regional- und Ortsgruppen.⁹⁰ Führungsgremium ist ein von der Landesmitgliederversammlung gewählter Koordinierungsrat.

Pressemeldungen nach organisierte die DKP Thüringen vom 28. Februar bis zum 1. März in Gera ein „DDR-Seminar“.⁹¹ Gegenstand der Veranstaltung sei die „Geschichte der DDR von der Teilung bis zur Konterrevolution“ gewesen.

Unter dem Titel „DKP Thüringen. Wer wir sind. Was wir wollen. Wir brauchen Geld!“ hieß es im „Thüringenreport“⁹², die hiesigen Gliederungen suchen „das Bündnis mit allen progressiven Kräften, die ebenso „der Überzeugung sind, dass der Kapitalismus mit seinen Kriegen und Krisen nicht das Ende der Geschichte ist“. Einer Verlautbarung aus dem September zufolge wolle sich die DKP Thüringen auf den außerparlamentarischen Kampf und die Verstärkung der außerparlamentarischen Opposition konzentrieren. Eine Zusammenarbeit mit anderen „linksgerichteten“ Parteien, Organisationen und Gruppierungen soll unter deutlicher Wahrung der eigenen Identität erfolgen. Weiteres Ziel sei die Gewinnung junger Mitglieder. Dabei wird auf Unterstützung durch die SDAJ Thüringen gehofft.⁹³

Dem hier seit 1996 bestehenden SDAJ-Verband gehören lediglich einige wenige Mitglieder an. Einem Bericht des „Thüringenreport“ vom September zufolge soll sich allerdings Mitte Juli eine SDAJ-Gruppe in Saalfeld gegründet haben. Gefragt nach den Zielen der Gliederung gab der Vorsitzende in einem Interview an, es ginge vorrangig um die politische Aufklärung des Zusammenhangs von Faschismus und Kapitalismus.

5.3 „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1990	1993
Sitz	Berlin	-
Mitglieder		
2007	ca. 200	wenige Mitglieder
2008	ca. 150	wenige Mitglieder
2009	ca. 150	wenige Mitglieder
Publikationen	„Die Rote Fahne“ (monatlich)	-
Jugendorganisation	„Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“ (KJVD)	existent; nur wenige Mitglieder
Internet	eigener Internetauftritt	kein eigener Internetauftritt

⁹⁰ „Thüringenreport“, Nr. 2/2008.

⁹¹ „Der Jungkommunist“ (Zeitschrift des „Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands“), „Die Rote Fahne“, „Unsere Zeit“, jeweils Ausgabe April 2009.

⁹² Ausgabe Nr. 02/2009.

⁹³ „Thüringenreport“, Nr. 04/09.

Die am 31. Januar 1990 im damaligen Ost-Berlin von ehemaligen SED-Mitgliedern „wieder-gegründete“ KPD bekennt sich zu den Lehren von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN. In ihrem auf dem 25. Parteitag 2007 neu beschlossenen Statut definiert sie sich als „marxistisch-leninistische Partei“, als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes“, die „fest in den Traditionen des ‚Bundes der Kommunisten‘, des ‚Spartakusbundes‘, der KPD und SED sowie ihrer hervorragenden Persönlichkeiten“ steht. Zu denen zählt sie in erster Linie Ernst THÄLMANN, aber auch Karl LIEBKNECHT, Rosa LUXEMBURG, Wilhelm PIECK, Walter ULBRICHT und Erich HONECKER gelten als Vorbilder. Die Partei sieht sich als „Erbe und Bewahrer der Erfahrungen und Erkenntnisse des Klassenkampfes der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in Deutschland“ sowie „des Besten, was die deutsche Arbeiterklasse bisher erkämpfte, der sozialistischen Erfahrungen und Errungenschaften der DDR“. Als weitere Aufgabe wurde bestimmt, „insbesondere die Arbeiterklasse und alle objektiv antiimperialistischen Kräfte für die Überzeugung zu gewinnen, dass die einzige Alternative zur gegenwärtigen imperialistisch geprägten Gesellschaft noch immer die Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist.“ Politisch-ideologische Markenzeichen der KPD sind dogmatischer Stalinismus, DDR-Verherrlichung sowie permanente Huldigungen an die „Koreanische Demokratische Volksrepublik“ (KDVR) und deren Führung.

Ihren organisatorischen Schwerpunkt hat die Partei in den neuen Bundesländern. Seit April 1993 besteht die KPD-Landesorganisation Thüringen. Zudem ist der im April 2002 wieder gegründete „Kommunistische Jugendverband Deutschlands“ (KJVD) auch in Thüringen organisatorisch vertreten.

Auf dem 26. Parteitag der KPD am 12. Dezember in Berlin wurde Dieter ROLLE erneut zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Des Weiteren seien Änderungen und Ergänzungen des Parteistatuts beschlossen worden. An der „lebhaften Parteitagdiskussion“ sollen sich u. a. Mitglieder der Regionalorganisationen Erfurt und Bad Langensalza beteiligt haben.⁹⁴

Im Jahr 2009 verringerte sich die öffentliche Wahrnehmung der innerlich zerrütteten KPD weiter. Nennenswerte Impulse und Aktivitäten gingen im Berichtszeitraum von der Partei nicht aus. Die angestrebte Teilnahme an den Wahlen zum Thüringer Landtag scheiterte bereits an der zu erbringenden Anzahl von Unterstützerunterschriften.

5.4 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1982	-
Sitz	Gelsenkirchen	zwei Kontaktadressen
Mitglieder		
2007	ca. 2.300	ca. 50
2008	ca. 2.300	ca. 40
2009	ca. 2.300	ca. 40
Publikationen	„Rote Fahne“ (wöchentlich)	„Stimme von und für Elbe-Saale“ (unregelmäßig)

⁹⁴ „Die Rote Fahne“, Ausgabe Januar 2010.

Jugendorganisation	„REBELL“	–
Internet	eigener Internetauftritt	kein eigener Internetauftritt

Die MLPD wurde 1982 in Bochum gegründet und verfügt derzeit über sieben Landesverbände. In der Präambel ihrer „Organisationspolitischen Grundsätze“ bezeichnet sie sich „als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland“. Als „grundlegendes Ziel“ werden „der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“ angegeben. In ihrem 1999 auf dem „Gelsenkirchener Parteitag“ beschlossenen Parteiprogramm führt sie ergänzend aus: „Die Eroberung der politischen Macht ist das strategische Ziel des Klassenkampfes der Arbeiterklasse. Die MLPD hat die Aufgabe, die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen und ihre Kämpfe in einem umfassenden, gegen das Monopolkapital und seinen Staat als politisches Herrschaftsinstrument gerichteten Kampf höherzuentwickeln. [...] Der Kern der revolutionären Taktik der MLPD besteht darin, den wirtschaftlichen mit dem politischen Kampf zu verbinden bzw. den wirtschaftlichen in den politischen Kampf umzuwandeln und den Klassenkampf auf das sozialistische Ziel hin auszurichten.“ Im linksextremistischen Lager ist die MLPD auf Grund ihres sektiererischen Auftretens isoliert.

Beteiligung an der Bundestagswahl

Im Ergebnis der Bundestagswahl findet sich die MLPD weiterhin in der Bedeutungslosigkeit wieder. Bundesweit erhielt sie 17.512 (2005: 16.480) Erst- (0,0 %) und 29.261 (2005: 45.238) Zweitstimmen (0,1 %). In Thüringen ergibt der Blick auf die absoluten Stimmen einen noch deutlicheren Einbruch. Hier verzeichnete die MLPD ganze 582 (2005: 1.595) Erst- (0,0 %) bzw. 1.991 (2005: 5.668) Zweitstimmen (0,2 %).

In der parteieigenen Wochenzeitung „Rote Fahne“ (Nr. 40, 41. Jg.) äußerte sich der MLPD-Vorsitzende Stefan ENGEL im Rahmen eines Interviews zum Ausgang der Wahl. In dem mit „Achtungserfolg im Gegenwind“ überschriebenen Beitrag hieß es, die große Koalition habe eine „schallende Ohrfeige“ bekommen. Die neue Regierung aus CDU/CSU und FDP sei eine Wunschregierung der herrschenden Monopole. Sie werde nach einer gewissen Übergangsphase künftig einen verschärften Kurs gegen die Massen einleiten, der zweifellos die Entwicklung des Klassenkampfes nachhaltig beeinflusse.

Die Verluste gegenüber der Wahl 2005 erklärte ENGEL mit einer veränderten Ausgangssituation. Die damalige politische Krise, verbunden mit Massenkämpfen und Streiks, habe die MLPD seinerzeit in die Schlagzeilen und dadurch Stimmen Tausender spontaner Protestwähler gebracht.

Die MLPD in Thüringen

Thüringen gehört neben den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt dem im 1. Halbjahr 2008 gegründeten Landesverband „Elbe-Saale“ mit Sitz in Leipzig an. Die organisatorischen Schwerpunkte der Partei befinden sich im Freistaat in Eisenach und Sonneberg.

Während des Berichtsjahrs waren darüber hinaus verstärkte Aktivitäten der Partei in Erfurt festzustellen. Sie führte u. a. diverse Informationsstände durch und organisierte Treffen ihrer Wählerinitiative, um die zur Teilnahme an der Bundestagswahl notwendigen Unterstützerunterschriften zu sammeln.

Eigenen Verlautbarungen zufolge fand am 8. April in der Ferien- und Freizeitanlage Truckenthal (Landkreis Sonneberg) eine Vortragsveranstaltung aus der Reihe „Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise – und die sozialistische Alternative!“ statt. Der MLPD-Vorsitzende Stefan ENGEL habe vor 180 Teilnehmern gesprochen.⁹⁵

Sommercamp in Truckenthal

Im Zeitraum vom 18. Juli bis 15. August fand zum siebten Mal das traditionelle Sommercamp des MLPD-Jugendverbands „REBELL“ und der Kinderorganisation „Rotfüchse“ in der „Ferien- und Freizeitanlage Truckenthal“, diesmal unter dem Motto „Der echte Sozialismus als Ausweg aus dem kapitalistischen Krisenchaos“, statt. Zu dem in diesem Zusammenhang ausgerichteten „Waldfest“ am 8. August sollen sich Eigenangaben nach 700 Besucher eingefunden haben. Bereits am 3. August sei eine Delegation des „Kommunistischen Tschechischen Jugendverbands“ (KSCM) vor Ort gewesen.⁹⁶

Das Camp wird seit 2003 in Truckenthal ausgerichtet. Neben dem Angebot eines „erholsamen und rebellischen Urlaub(s)“ ständen die politische Schulung der Jugendlichen, die Gewinnung neuer Parteimitglieder und der weitere Auf- und Ausbau der Immobilie im Vordergrund.

5.5 „Rote Hilfe e.V.“ (RH)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1975	
Sitz	Göttingen	Jena, Erfurt, Arnstadt
Mitglieder		
2007	ca. 4.300	wenige Mitglieder
2008	ca. 5.000	ca. 40
2009	ca. 5.300	ca. 100
Publikationen	„Die Rote Hilfe“ (vierteljährlich)	„Rundbrief für Mitglieder und Interessierte“
Internet	eigener Internetauftritt	eigene Internetauftritte der Orts- und Regionalgruppen

Die von Linksextremisten unterschiedlicher Ausrichtung getragene RH versteht sich als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“, die vermeintlich politisch Verfolgte aus dem gesamten „linken“ und linksextremistischen Spektrum politisch und materiell unterstützt. Darüber hinaus gelte ihre Solidarität „den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde“.

Die Organisation gliedert sich bundesweit in ca. 40 Orts- bzw. Regionalgruppen. In Thüringen existieren Ortsgruppen in Jena und Erfurt. Am 21. November gründete sich zudem die

⁹⁵ „Rote Fahne“, Nr. 16 vom 17. April 2009.

⁹⁶ „Rote Fahne“, Nr. 33 vom 14. August 2009.

Regionalgruppe Südthüringen, die in den Landkreisen Ilmkreis, Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen und Sonneberg sowie der kreisfreien Stadt Suhl aktiv sein will.

Die RH fiel im Beobachtungsjahr wiederum vor allem durch Veröffentlichungen im Internet auf, wobei die Erstellung des „Rundbriefs für Mitglieder und Interessierte“ unverändert von der Ortsgruppe Jena ausging.

6. Politisch motivierte Kriminalität – Links – im Überblick

Zur politisch motivierten Kriminalität – Links – weist die Statistik des Thüringer Landeskriminalamts (TLKA)⁹⁷ folgende Zahlen aus:

Straftaten	2007	2008	2009
Insgesamt	266	312	467
davon u. a.:			
Gewaltkriminalität	58	56	79
Sachbeschädigungen	89	150	222
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	77	75	87

Fast ein Viertel der erfassten politisch motivierten Straftaten (2.042) entfiel im Berichtszeitraum auf den Phänomenbereich „Links“. Im Vergleich zum Vorjahr waren hier 155 Vorfälle mehr registriert worden, was einem Anstieg um fast 50 % entspricht. Die Anzahl der Gewaltdelikte erscheint in diesem Zusammenhang nicht minder signifikant und deutet auf eine insgesamt gestiegene Akzeptanz militanter Aktionsformen hin. Zugleich lässt die nicht unerhebliche Zunahme von Sachbeschädigungen vermuten, dass die Hemmschwelle zur Begehung derartiger Straftaten weiter gesunken ist.

7. Frühere, fortwirkende unbekanntete Strukturen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR

Konkrete Anhaltspunkte für die Existenz fortwirkender, aus der HVA⁹⁸ oder dem MfS⁹⁹ hervorgegangener Strukturen sind im Berichtszeitraum nicht angefallen.

⁹⁷ Siehe Fn. 65.

⁹⁸ Hauptverwaltung Aufklärung.

⁹⁹ Ministerium für Staatssicherheit, kurz vor der endgültigen Auflösung zum 31.03.1990 in „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) umbenannt.

IV. Ausländerextremismus

1. Überblick

Die Aktivitäten der in Deutschland agierenden ausländerextremistischen Organisationen zielen darauf ab, Veränderungen der politischen Verhältnisse in den jeweiligen Herkunftsländern herbeizuführen oder die Außenpolitik der Bundesregierung dahingehend zu beeinflussen. Die Verfassungsschutzbehörden beobachten Gruppierungen, die sich gegen die konstitutiven Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wenden oder Bestrebungen entfalten, welche die innere Sicherheit sowie auswärtige Belange der Bundesrepublik durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gefährden.

Die Strukturen jener Organisationen und Gruppierungen weichen ebenso erheblich voneinander ab wie die ideologischen Grundlagen, auf die sie sich berufen. Sie sind entweder islamistisch, linksextremistisch oder nationalistisch/separatistisch ausgerichtet. Zudem werden auch unterschiedliche Auffassungen vertreten, ob Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele anzusehen ist.

Islamistische Gruppierungen verfügen in Deutschland mit 36.270 (2008: 34.720) Anhängern/Mitgliedern weiterhin über das größte Personenpotenzial. Als Angehörige linksextremistischer Ausländergruppierungen gelten 17.135 (2008: 16.870) Personen. Das extrem-nationalistische Spektrum umfasst 8.468 (2008: 7.880) Anhänger.

In Thüringen haben sich islamistische Gruppierungen bislang nicht strukturell etabliert. Sympathisanten finden sich vornehmlich in Moscheevereinen. Die Teilnahme an bestimmten überregionalen Veranstaltungen oder auch an Informationsständen verbreitete Schriften deuten auf die jeweilige ideologische Zuordnung hin.

Nach wie vor bestehen darüber hinaus organisatorische Verzweigungen der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) in Thüringen. Der ihr hier zuzurechnende Personenkreis unterliegt seit Jahren lediglich marginalen Veränderungen. Anders die entfalteteten öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten, sie sind im Berichtsjahr weiter zurückgegangen.

2. Islamismus

Islamismus bezeichnet eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. So sehen Islamisten in den Schriften und Geboten des Islam nicht nur Regeln für die Ausübung der Religion, sondern auch Handlungsanweisungen für eine islamische Staats- und Gesellschaftsordnung. Ein Grundgedanke islamistischer Ideologie ist die Behauptung, alle Staatsgewalt könne ausschließlich von Gott ausgehen. Damit richten sich islamistische Bestrebungen gegen die Wertvorstellungen des Grundgesetzes, insbesondere die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die Errichtung einer islamischen Gesellschaftsordnung, der sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime unterworfen werden, halten Islamisten für unabdingbar.

Islamistische Organisationen und Gruppierungen lassen sich – mit Ausnahme islamistisch-terroristischer Organisationen – grob unterscheiden in solche, die

- in ihren Herkunftsländern die konsequente Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nach ihrem Verständnis der islamischen Rechtsordnung (Scharia) anstreben und dazu auch in Deutschland propagandistische Aktivitäten entfalten sowie

Spendensammlungen betreiben, um die im Ausland befindliche Mutterorganisation zu unterstützen,

und jene, die

- in Deutschland eine umfassendere, auch politisch motivierte Strategie verfolgen, um die oben genannte Änderung des Staatswesens in ihren Herkunftsländern zu erreichen, zugleich jedoch im Rahmen einer legalistischen Strategie bemüht sind, auch für ihre Anhänger in Deutschland größere Freiräume für ein schariakonformes Leben zu schaffen.

Wenngleich sich die oben kategorisierten Gruppen in Deutschland nicht terroristisch betätigen, stellen sie eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die innere Sicherheit dar. So befürworten beispielsweise die Erstgenannten mitunter Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und/oder verstoßen – wie die inzwischen verbotene „Hizb ut-Tahrir“ (HuT – „Partei der Befreiung“) mit ihrer Zielsetzung, die islamische Gemeinde (Umma) zu einem einzigen Staat zu vereinen und dadurch bisherige nationalstaatliche Grenzen aufzulösen – gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Die der „Muslimbruderschaft“ (MB)¹⁰⁰ zuzurechnende „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.“ (IGD) oder auch die „Tablighi Jama‘ at“ (TJ)¹⁰¹ sind der zweiten Rubrik zuzuordnen. Das Bemühen, ihren Anhängern Freiräume für ein an der Scharia ausgerichtetes Leben in der Bundesrepublik zu schaffen, kann zur Entstehung von Parallelgesellschaften beitragen und Radikalisierungsprozesse in Gang setzen.

2.1 Internationaler islamistischer Terrorismus

Der islamistische Terrorismus greift Ideologieelemente des Islamismus auf, weist darüber hinaus jedoch eine äußerst aggressive, kampfbetonte Komponente auf. Richtete sich der von islamistischen Terroristen geführte Jihad¹⁰² („heiliger“ Krieg) anfangs gegen den „nahen Feind“, also Regime in der Region wegen dort vorherrschender nationaler Konflikte, weitete sich dieser später auch gegen den „fernen Feind“, Staaten, die den angegriffenen Regierungen bei der Zurückdrängung der Aufständischen Unterstützung zukommen ließen, aus. Er mündete schließlich in den von „al-Qaida“ und ihr nahe stehenden Gruppierungen geführten globalen Jihad gegen die zu Feinden des Islam erklärten Staaten auf verschiedenen Kontinenten. Neben den USA sind insbesondere jene Staaten, die sie bei den Einsätzen in den Krisenregionen des Irak oder Afghanistans unterstützen, hiervon betroffen. Die Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus hat sich zu einer internationalen Herausforderung mit weitreichenden Auswirkungen auf außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen westlicher Regierungen entwickelt.

Deutschland muss spätestens seit den vereitelten Anschlägen auf zwei Regionalzüge in Nordrhein-Westfalen im Juli 2006 als ein mögliches Ziel terroristischer Attentate gesehen werden. Die Aufdeckung der „Sauerland-Gruppe“¹⁰³ im Jahr darauf führte zugleich vor Augen, dass das Phänomen des „Homegrown“-Terrorismus auch in Deutschland anzutreffen ist. Hierbei

¹⁰⁰ Siehe Kapitel 2.2.2.1.

¹⁰¹ Siehe Kapitel 2.2.2.2.

¹⁰² Wörtlich übersetzt „Anstrengung“ oder „Bemühung“, meint einerseits das geistig-spirituelle Bemühen des Gläubigen um das richtige religiöse Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen (sog. großer Jihad) aber auch den kämpferischen Einsatz zur Verteidigung oder Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets (sog. kleiner Jihad). Von militanten Gruppen wird der Jihad häufig als religiöse Legitimation für Terroranschläge verwendet.

¹⁰³ Siehe Kapitel 2.1.3.

handelt es sich um islamistische Strukturen oder Strukturansätze, die sich aus radikalisierten Personen ab der zweiten Einwanderergeneration sowie radikalisierten Konvertiten zusammensetzen. Die Handelnden sind meist in westlichen Gesellschaften geboren und/oder aufgewachsen, stehen jedoch aufgrund religiöser, gesellschaftlicher, kultureller oder psychologischer Faktoren dem dortigen Wertesystem ablehnend gegenüber. Gemeinsames Kennzeichen dieses Personenkreises ist, dass er von der pan-islamischen „al-Qaida“-Ideologie beeinflusst wird.

2.1.1 Jihad-Propaganda

Die seit längerem zu beobachtende Globalisierung des islamistischen Terrorismus setzte sich im Jahr 2009 weiter fort. Dabei spielten einmal mehr zwei sich wechselseitig beeinflussende Entwicklungen eine Rolle: Die mittels Internet verbreitete Propaganda der Terrororganisationen auf der einen und die daraus resultierende erhöhte Bereitschaft ihrer Anhänger, Ausbildungen in Terrorcamps der „al-Qaida“ zu absolvieren bzw. sie bei ihren Aktionen, z. B. in Afghanistan oder Pakistan, zu unterstützen, auf der anderen Seite. In Sachen Informationsaustausch, Rekrutierung oder zur Verbreitung von Spendenaufrufen bedienen sich die Terrorgruppen in stetig wachsendem Maße der Möglichkeiten des Internets.

Fokus Deutschland

Im Laufe des Berichtsjahrs sind zahlreiche an deutsche Muslime, aber auch an Deutschland gerichtete Videobotschaften islamistisch-terroristischer Organisationen im Internet veröffentlicht worden.

Unter anderem konnte ein der „Islamischen Bewegung Usbekistans“ (IBU) zuzurechnendes Video mit dem Titel „Frohe Botschaft aus Afghanistan“, das zu Jahresbeginn auf einer einschlägig bekannten jihadistischen Internetseite erschienen war, festgestellt werden. Bei den Protagonisten des Beitrags handelt es sich um in Deutschland aufgewachsene Personen, die den Sicherheitsbehörden bekannt sind. Die überwiegend in deutscher Sprache abgefasste Botschaft richtet sich an mehreren Stellen direkt an deutschsprachige Muslime und verfolgt offensichtlich das Ziel, diese für eine aktive Beteiligung am „Jihad in Khorasan“¹⁰⁴ zu gewinnen.

Mit „Das Rettungspaket für Deutschland“ war eine im Januar unter dem Logo von „al-Sahab“, dem Medieninstitut der „al-Qaida“, verbreitete Videobotschaft übertitelt. Darin erklärt ein Sprecher namens „ABU TALHA der Deutsche“¹⁰⁵, dass deutsche Soldaten nirgends sicher seien und die Sicherheit Deutschlands in den Händen seiner Bevölkerung läge. Blieben deutsche Soldaten weiter in Afghanistan stationiert, stehe die Bundesrepublik auch künftig im Fadenkreuz der Jihadisten. Weitere im September erschienene Videos enthielten gleichlautende, ebenfalls in deutscher Sprache abgefasste Drohungen des „ABU TALHA“.

Ausschließlich an Deutschland gerichtete Videobotschaften der „al-Qaida“ hatte es bis dato nicht gegeben. Offensichtlich sollte mit pauschal ausgesprochenen Drohungen im Vorfeld der Bundestagswahl auf die 2004 in Spanien verübten Terroranschläge angespielt werden. Im

¹⁰⁴ Historische Region, insbesondere zur Zeit des abbasidischen Kalifats war dies die Kernregion des islamischen Reiches. Khorasan erstreckte sich über die Länder Iran, Afghanistan, Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan.

¹⁰⁵ Gegen den inzwischen als Bekkay HARRACH identifizierten Deutschen marokkanischer Herkunft hat der Generalbundesanwalt am 20.01.2009 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gem. den §§ 129a und 129b Strafgesetzbuch (StGB) eingeleitet.

Ergebnis der späteren Parlamentswahlen war es dort zu einem Regierungswechsel und dem Abzug des spanischen Militärkontingents aus Afghanistan gekommen.

Vorfälle, wie die tragische Ermordung einer ägyptischen Staatsbürgerin während einer Berufungsverhandlung am 1. Juli am Landgericht Dresden¹⁰⁶, bergen eine hohes Emotionalisierungs- und Mobilisierungspotential, das Islamisten gezielt für ihre Propaganda zu instrumentalisieren suchen. So konnten nach der Tat direkte Aufrufe zu Gewalt gegen das als „islamfeindlich“ bezeichnete Deutschland bzw. seine Staatsbürger in einzelnen jihadistischen Internetforen festgestellt werden.

2.1.2 Ausbildung in Terrorcamps der „al-Qaida“

Den Sicherheitsbehörden lagen im Berichtszeitraum Informationen zu etwa 185 Personen aus dem islamistisch-terroristischen Spektrum mit Deutschland-Bezug¹⁰⁷ vor, die seit Beginn der neunziger Jahre eine paramilitärische Ausbildung in Trainingslagern der „al-Qaida“ durchlaufen haben sollen oder diese planten. Vermutlich ca. 90 dieser Personen hielten sich (wieder) in Deutschland auf, davon waren 15 inhaftiert. Insbesondere die afghanisch-pakistanische Grenzregion gilt als Rückzugsraum islamistisch-terroristischer Organisationen. Nach aktuellen Hinweisen halten sich dort auch Personen aus Deutschland auf.

Wie zuletzt Ermittlungen im Zusammenhang mit dem versuchten Anschlag auf eine Maschine der US-amerikanischen Fluggesellschaft Delta Airline am 25. Dezember bestätigten, unterhält das islamistische Netzwerk auch im Jemen Strukturen, die u. a. zu Anschlagsvorbereitungen dienen. So soll sich der Attentäter, ein 23-jähriger Nigerianer, der zuvor an einer renommierten Londoner Universität studiert hatte, zuletzt im Jemen aufgehalten und von dortigen Islamisten entsprechend instruiert worden sein. Zu dem Anschlag bekannte sich inzwischen die „al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“ (AQAH).

2.1.3 Mitglieder der „Sauerland-Gruppe“ vor Gericht

Am 22. April hatte am Oberlandesgericht Düsseldorf der Prozess gegen vier mutmaßliche Mitglieder der islamistischen Terrororganisation „Islamische Jihad Union“ (IJU)¹⁰⁸ begonnen. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, im Jahr 2007 Anschläge innerhalb Deutschlands, u. a. auf US-amerikanische Einrichtungen, geplant und vorbereitet zu haben. Noch während der Tatvorbereitungen konnten drei der vier Angeklagten in einem Ferienhaus im Sauerland festgenommen werden. Im Laufe des Verfahrens erklärten sich die Angeklagten bereit, Geständnisse abzulegen. Gegen die Beschuldigten sind am 4. März 2010 Haftstrafen zwischen fünf und zwölf Jahren verhängt worden.

¹⁰⁶ Der Täter, Angeklagter in dem damaligen Verfahren, ist mittlerweile zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden.

¹⁰⁷ Deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund bzw. Konvertiten sowie in Deutschland aufhältig gewesene Personen anderer Staatsangehörigkeit.

¹⁰⁸ Erstmals 2002 unter der Bezeichnung „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU) mit dem Ziel, dort einen islamischen Staat errichten zu wollen, in Erscheinung getreten. Inzwischen hat sie ihren Wirkungskreis im Sinne des globalen Jihads auch auf Europa ausgedehnt. Schon in den 1990er Jahren knüpften die Gründungsmitglieder Kontakte zu islamistischen Terroristen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet. Nach den vereitelten Anschlägen in Deutschland hatte sie die Festgenommenen auf einer ihr nahe stehenden Internetseite als „Brüder“ bezeichnet und weitere Angriffe auf die USA und ihre Verbündeten angekündigt.

2.2 Die Lage in Thüringen

Der Großteil der etwa 7.000 in Thüringen lebenden Muslime übt seinen Glauben friedlich und im Einklang mit dem Grundgesetz aus. Festgefügte islamistische Organisationsstrukturen sind in Thüringen nicht bekannt. Dennoch sind auch hier Personen ansässig, die zumindest mit den Anliegen einzelner islamistischer Gruppierungen sympathisieren. Das Potenzial dieser losen Anhängerschaft belief sich im Berichtsjahr auf ca. 90 Personen. Klare organisatorische Zuordnungen sind jeweils nur schwer möglich, da sich Ideologeelemente durchaus ähneln, Grenzen also bisweilen verschwimmen.

Dem bundesweiten Trend folgend gewannen salafistische Bestrebungen auch in Thüringen an Bedeutung. So organisierten sowohl hiesige muslimische Gemeinden als auch überregionale Initiatoren Informationsstände, bei denen salafistische, vom wahhabitischen¹⁰⁹ Islam geprägte Missionierungsschriften zur Verbreitung kamen, in denen u. a. für die Errichtung eines islamischen Gottesstaats plädiert und die uneingeschränkte Anwendung der Scharia befürwortet wird.

2.2.1 Einflüsse des Salafismus (Verdachtsfall)

Als Salafismus wird eine Strömung innerhalb des Islam bezeichnet, die sich – ähnlich wie eine Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts in Ägypten bestehende Bewegung¹¹⁰ – an der Gemeinschaft der ersten Muslime (As-Salaf As-Salih – „die frommen Altvorderen“) im 7. Jahrhundert und einem idealisierten „Urislam“ orientiert. Wollte man seinerzeit den Muslimen durch Rückbesinnung auf ursprüngliche Werte eine verlorengegangene zivilisatorische Vorreiterrolle wieder verschaffen, wenden sich die Protagonisten der Gegenwart nicht nur gegen die zeitgemäße Auslegung islamischer Glaubensregeln, sondern lehnen Demokratie, Meinungs- und Religionsfreiheit sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter als vermeintlich unislamisch ab.

Charakteristisch für die heutige Strömung sind die rigorose Ausrichtung des Lebens ausschließlich an den islamischen Quellen (Koran, Sunna), das unbedingte Bekenntnis zur Einheit Gottes (Tauhid), die Durchsetzung des religiösen Gesetzes (Scharia) sowie eine Vielzahl von Kleidungs- und Verhaltensvorschriften. Jegliches Abweichen lehnen Salafisten als Neuerung bzw. Verfälschung der aus ihrer Sicht wahren Lehre ab. Betont wird der Exklusivanspruch des eigenen Islamverständnisses gegenüber jeglichen anderen Islaminterpretationen. Für Salafisten gelten demokratische Gesellschaftsordnungen als inakzeptabel, da das Miteinander dort auf den von Menschen erlassenen weltlichen Gesetzen basiert. Einzig die auf der Scharia gründende Gesellschaftsordnung, in der es eine Trennung von Staat und Religion nicht gibt, hat ihrer Auffassung nach eine Daseinsberechtigung.

Wenngleich Salafisten in Europa ihre Ziele überwiegend durch Mission (Da'wa) unter Muslimen und Nicht-Muslimen erreichen wollen, besteht die begründete Befürchtung, dass die Verbreitung salafistischer Vorstellungen die Entstehung sog. Parallelgesellschaften befördert, Radikalisierungsprozesse in Gang setzt und einer wachsenden Gewaltneigung Vorschub leis-

¹⁰⁹ Der Rechtsgelehrte Mohammed Ibn Abd AL WAHHAB (1703-1792) gilt als Begründer des Wahhabismus, einer puritanischen Bewegung des Islam. Sein Ansinnen war, alle nachkoranischen Neuerungen auszumerzen. Der Wahhabismus, die einflussreichste Strömung innerhalb des Salafismus, ist heute strikte Staatsdoktrin in Saudi-Arabien.

¹¹⁰ Gemeint ist die seinerzeit durchaus reformistische Ansätze verfolgende „Salafiyya“.

tet. So verkehrten beispielsweise die im September 2007 verhafteten Akteure der „Sauerland-Gruppe“¹¹¹ in salafistisch geprägten Kreisen.

In Deutschland existiert ein loses Netzwerk salafistisch ausgerichteter Muslime. Sie halten vielfältige Kontakte zu Salafisten in, aber auch außerhalb Europas, insbesondere nach Saudi-Arabien.

Ein salafistisches Glaubensverständnis wird in Thüringen vorrangig von bundesweit aktiven Gastpredigern propagiert. Sie treten in aller Regel bei Vortragsveranstaltungen und Islamseminaren auf, für deren Organisation örtliche Moscheevereine verantwortlich zeichnen.

Es bleibt anzumerken, dass sich die von Salafisten öffentlich getätigten Aussagen meist im juristisch unanfechtbaren Rahmen bewegen. Dennoch liegen den Sicherheitsbehörden Hinweise vor, wonach insbesondere geschlossene Islamseminare innerhalb der Moscheevereine als eine Art Kontaktbörse dienen, aber auch zur Radikalisierung der Anhänger beitragen.

2.2.2 Islamistische Bestrebungen im Einzelnen

Im Folgenden werden islamistische Organisationen dargestellt, denen auch in Thüringen ansässige Personen zuneigen.

2.2.2.1 „Muslimbruderschaft“ (MB)

Gründung	1928 in Ägypten
Leitung	Muhammad Mahdi Uthman AKIF (Sitz: Ägypten)
Publikationen	„Risalat al-Ikhwān“ („Rundschreiben der Bruderschaft“); „al-Islam“ („Der Islam“, nur noch Onlineversion)
Mitglieder/Anhänger (Bund)	ca. 1.300 (2008: ca. 1.300)
Mitglieder/Anhänger (Thüringen)	einzelne

Die MB wurde 1928 von Hasan AL-BANNA (1909-1949) in Ägypten gegründet und entwickelte sich dort zu einem Sammelbecken nationalistischer und antikolonialistischer Islamisten. AL-BANNA gilt neben Sayyid QUTB (1906-1966) und Abu l-A’la Al-MAUDUDI (1903-1979) als wichtigster Wegbereiter des politischen Islam im 20. Jahrhundert. Er und seine Anhänger strebten eine Erneuerung, Einigung und damit Stärkung der ägyptischen Gesellschaft und der muslimischen Gemeinde (Umma) insgesamt auf der Grundlage einer politischen Interpretation des Islam an, deren Kernstück die Scharia sein sollte. Nach einem erstmals 1948 von der ägyptischen Regierung verhängten Organisationsverbot und dessen 1950 für kurze Zeit erfolgter Aufhebung muss sich die Bewegung seit 1954 offiziell jeglicher politischen Betätigung enthalten.

Heute gilt die MB als einflussreichste islamistische Bewegung weltweit. Unter verschiedenen Namen und in unterschiedlicher Ausprägung ist sie in nahezu allen muslimischen Ländern vertreten. So basieren u. a. die tunesische „al-Nahda“ und die palästinensische HAMAS auf der Ideologie der MB, die auf eine Wiederbelebung des Islam durch Schaffung eines islamischen Staats abzielt. Die Abgrenzung von Einflüssen des „Westens“ und die Rückbesinnung auf die Werte und Traditionen des Islam prägen die Programmatik der MB.

¹¹¹ Siehe Kapitel 2.1.3.

Die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.“ (IGD) ist Mitglied des der MB nahe stehenden Dachverbands „Federation of Islamic Organizations of Europe“ (FIOE) mit Sitz in Brüssel. Neben ihrem Stammsitz in München unterhält die IGD nach eigenen Angaben „Islamische Zentren“ in mehreren deutschen Städten. Die IGD setzt auf eine Strategie der Einflussnahme im politischen und gesellschaftlichen Bereich, um ihren Anhängern Freiräume für eine an der Scharia orientierte Lebensweise zu ermöglichen.

Die HAMAS („Islamische Widerstandsbewegung“), 1988 als palästinensischer Zweig der MB gegründet, unterhält einen paramilitärischen Kampfverband und befürwortet Gewalt zur Durchsetzung ihres Ziels, auf dem gesamten Gebiet „Palästinas“¹¹² einen islamischen Staat zu errichten. Mitglieder und Sympathisanten unterstützen diese von der Europäischen Union als Terrororganisation eingestufte Vereinigung durch die Sammlung und den Transfer von Spenden.

In Thüringen stehen einzelne Mitglieder muslimischer Vereine der MB bzw. ihren verschiedenen Ausprägungen nahe. Auch durch die Verteilung von islamistischem Schriftgut üben diese Organisationen Einfluss auf Muslime im Freistaat aus.

2.2.2.2 Tablighi Jama'at (TJ – „Gemeinschaft der Verkündigung und Mission“)

Gründung	um 1926 in Indien
Leitung	Welt-Schura-Rat
Vorsitzender	Maulana Ibrahim SAAD KANDHALAWI
Zentren	Neu-Delhi (Indien); Raiwind (Pakistan); Kakrail Dhaka (Bangladesch), Dewsbury (Großbritannien)
Mitglieder/Anhänger (Bund)	ca. 700 (2008: ca. 700)
Mitglieder/Anhänger (Thüringen)	einzelne

Die TJ ist eine sunnitische, streng konservative Glaubensgemeinschaft, die um 1926 in Indien – damals britische Kronkolonie – als islamistische Erweckungs- und Missionsbewegung durch Maulawi Muhammad ILYAS KANDHALAWI gegründet wurde. Mit etwa 15 Millionen Anhängern ist sie die größte islamistische Gruppierung weltweit. Ein Urenkel des TJ-Gründers steht der Gemeinschaft heute vor.

Vorrangiges Ziel der TJ ist es, Muslime durch Missionierung (Da'wa) wieder zu einem einzig an den islamischen Quellen (Koran und Sunna) orientierten Leben zurückzuführen. Dabei bezieht sich die TJ bewusst auf das idealisierte Leben der „frommen Altvorderen“ („As-Salaf As-Salih“) aus der Frühzeit des Islam und erhebt ein schariakonformes Leben zum alleinigen Maßstab für den privaten und öffentlichen Bereich. Wenngleich sich die TJ als unpolitisch begreift, ergeben sich durch ihr fundamentalistisches Islamverständnis zwangsläufig Konflikte mit dem Grundgesetz.

Die TJ selbst verfügt weder über offizielle Statuten noch veröffentlicht sie periodische Publikationen oder unterhält eine Homepage im Internet. Beziehungen untereinander beruhen auf persönlichen Kontakten. Neben dem Koran zählen u. a. Schriften des TJ-Gründers ILYAS KANDHALAWI¹¹³ zur „Standardliteratur“ und sind Richtschnur der TJ-Anhänger.

¹¹² Die HAMAS versteht darunter die Region zwischen Mittelmeer und Jordan, somit auch das gesamte Gebiet des Staats Israel.

¹¹³ So dessen Werke „Faza'il-e A'mal („Vom Frommen guter Taten“) und „Hayat as-Sahabah“ („Das Leben der Prophetengefährten“).

Durch Missionsreisen und damit verbundene Tätigkeiten ist die TJ bemüht, ihre Lehre zu verbreiten. Obwohl ein Großteil ihrer Anhängerschaft insbesondere in Pakistan und Indien vornehmlich der Mittel- und Oberschicht entstammt, laden Anhänger der TJ in Deutschland vor allem junge Muslime aus sozial benachteiligten Milieus zu ihren Veranstaltungen ein. Größere TJ-Treffen mit überregionaler und internationaler Beteiligung fanden im Mai in Berlin sowie im Oktober in Neuwied (Rheinland-Pfalz) statt. Ebenfalls im Oktober wurde in Frankreich das „Europatreffen“ der TJ veranstaltet.

Wenngleich die TJ selbst den islamistischen Terrorismus nicht aktiv unterstützt, scheint sie durchaus als Rekrutierungsbasis für gewaltbefürwortende islamistische Gruppen zu dienen. Zudem ist die Nutzung der weltweiten TJ-Infrastruktur durch radikalere Gruppen, beispielsweise die „al-Qaida“, in Einzelfällen belegt.

In Thüringen praktizieren lediglich einige wenige Muslime ihren Glauben gemäß den rigiden Vorstellungen der TJ und gehen der „Pflicht zur Missionierung“ aktiv nach.

2.2.2.3 „Tschetschenische Republik Itschkeria“ (CRI)/„Tschetschenische Separatistenbewegung“ (TSB)¹¹⁴

Gründung	Anfang der 1990er Jahre im Kaukasus
Leitung	Dokku UMAROV
Mitglieder/Anhänger (Bund)	ca. 500 (2008: ca. 500)
Mitglieder/Anhänger (Thüringen)	einzelne

Die CRI/TSB entstand Anfang der 1990er Jahre im Zuge des Zerfalls der ehemaligen UdSSR¹¹⁵. Seither streben ihre Anhänger einen von der hiernach gegründeten Russischen Föderation unabhängigen islamischen Staat auf Grundlage der Scharia an. Dieses Ziel versuchen sie in einem „Heiligen Krieg“ zu erreichen. Ihrem Kampf liegt eine gewaltbefürwortende und gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Strategie zugrunde. So zeichnet die CRI/TSB für die Terrorakte 2002 in einem Moskauer Theater und 2004 in einer Schule in Beslan verantwortlich.

Seit dem Regierungsantritt des tschetschenischen Präsidenten Ramzan KADYROW im April 2007 konnten Anzeichen einer Befriedung und Normalisierung sowie eine Verbesserung der Infrastruktur in Tschetschenien festgestellt werden. KADYROW ist bemüht, den Anschein eines stabilen Tschetscheniens zu erwecken. Mit besonderem Nachdruck, teils unter Anwendung von Drohungen, strebt er die Rückkehr von Exiltschetschenen, insbesondere die bedeutenderer Vertreter der Opposition, an.

Die Ernsthaftigkeit dieser Bestrebungen stößt bei der Mehrheit der Tschetschenen auf deutliche Skepsis. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die Ermordung des Umar ISRAILOV, vormals Leibwächter KADYROWS, am 13. Januar in Wien. ISRAILOV war bereits 2005 nach Österreich geflüchtet und hatte Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen KADYROW eingereicht, da er von ihm gefoltert worden sei. Zusätzlich sorgte eine Serie von noch ungeklärten Morden an Tschetschenen im Ausland bei vielen Anhängern der CRI/TSB für die Befürchtung, selbst Opfer eines derartigen Attentats zu werden.

¹¹⁴ Die Bezeichnung „Tschetschenische Separatistenbewegung“ (TSB) ist ein Arbeitsbegriff der Sicherheitsbehörden.

¹¹⁵ „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“ (UdSSR).

Seitdem die russische Regierung am 16. April die „Antiterror-Aktion“¹¹⁶ in Tschetschenien offiziell für beendet erklärt hat, ist eine Verschlechterung der Sicherheitslage im Kaukasus zu beobachten. Es kommt vermehrt zu Selbstmordanschlägen in Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan. Der „Tschetschenien-Konflikt“ entwickelt sich zunehmend zu einem „Nordkaukasus-Konflikt“. Inzwischen strahlen die Aktivitäten stärker in benachbarte Regionen – insbesondere Dagestan und Inguschetien – aus, wo sich ein Bürgerkrieg fundamentalistischer Islamisten gegen die lokalen Machteliten entwickelt hat. Am 27. November wurden bei einem Sprengstoffanschlag auf den Hochgeschwindigkeitszug „Newskijexpress“ auf der Strecke Moskau–St. Petersburg 26 Insassen getötet und ca. 100 Personen verletzt. Der „Stab der Streitkräfte des kaukasischen Emirats“ soll sich zu dem Anschlag bekannt haben. Demnach sei er Teil der Operation gegen strategische Ziele in Russland gewesen, deren Durchführung UMAROV befohlen habe. Terroristen aus dem Umfeld UMAROVs bekannten sich bereits zu Selbstmordanschlägen am 22. Juni, bei dem der inguschetische Präsident schwer verletzt wurde, und am 17. August auf ein Polizeirevier in Nasran/Inguschetien.

Ziel der militanten Islamisten um Dokku UMAROV ist die „Vertreibung der Ungläubigen“ aus dem Kaukasus sowie die Errichtung des bereits im Oktober 2007 ausgerufenen „Kaukasischen Emirats“, wie der Chefideologe der CRI/TSB, Scheich Said BURJATSKY, im August 2009 in einer Videobotschaft abermals betonte. BURJATSKY propagiert den bewaffneten Jihad „als Weg der spirituellen Läuterung und Erfüllung“.

Für die Mujahidin¹¹⁷ um Dokku UMAROV erscheint ein Kampf auf politischer Ebene weiterhin inakzeptabel und zur Erreichung ihrer Ziele aussichtslos. Ein Frieden im Nordkaukasus sei nur möglich, wenn die Russische Föderation ihre Streitkräfte vom „Territorium des Emirats“ abziehe und die Existenz des islamischen Staates anerkenne.

Die sich bereits seit 2007 abzeichnende Spaltung der CRI/TSB hat sich 2009 weiter verschärft. Der Kopf des „pro-demokratischen Flügels“, Ahmed ZAKAEV, ist auf eine Zusammenarbeit mit KADYROW orientiert, um einen Frieden in Tschetschenien mit politischen Mitteln zu erreichen. Im August 2009 wurde er daraufhin allerdings vom Exilparlament als „Ministerpräsident“ der CRI/TSB entlassen, weil er mit dieser Annäherung „seine Kompetenzen überschritten“ und indirekt KADYROW als legitimen tschetschenischen Präsidenten anerkannt habe.

In Deutschland leben ca. 6.000 Personen tschetschenischer Volkszugehörigkeit. Bundesweit wird die Anzahl der Unterstützer der CRI/TSB auf ca. 500 Personen geschätzt, die mehrheitlich dem „pro-demokratischen“ Flügel zuzuordnen sind. Für sie steht die Unabhängigkeit Tschetscheniens im Vordergrund. Daneben existiert jedoch eine nicht unerhebliche Zahl von Personen, die mit UMAROV und seiner Vorstellung eines „Kaukasischen Emirats“ sympathisieren. Auch in Thüringen sind Einzelpersonen mit Bezügen zur CRI/TSB ansässig.

Die Aktivitäten der in Deutschland ansässigen Anhänger reichen von Propagandaarbeit über Geldsammlungen für – eigenen Angaben nach – humanitäre Projekte bis hin zur finanziellen und materiellen Förderung der CRI/TSB. Sie dienen auch der verdeckten Sammlung und Weiterleitung von Spendengeldern nach Tschetschenien. Für Rekrutierungsbemühungen in Deutschland, die das Ziel einer Teilnahme am bewaffneten Kampf im Nordkaukasus verfolgen, ergaben sich im Berichtsjahr keine Anhaltspunkte.

¹¹⁶ Unter dieser Bezeichnung war 1999 von der russischen Seite der zweite Tschetschenienkrieg begonnen worden.

¹¹⁷ Wörtlich: Krieger (der den Jihad betreibt). Selbstbezeichnung islamistischer Terroristen.

Gewaltaktionen gegen russische Staatsangehörige oder Einrichtungen der Russischen Föderation sind in Deutschland bislang nicht festgestellt worden. Eine Eskalation der Auseinandersetzungen in der Krisenregion des Nordkaukasus könnte jedoch auch die Haltung der hiesigen CRI/TSB-Anhänger verändern und damit direkte Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland haben.

3. „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

Gründung	1978 in der Türkei
Betätigungsverbot	Verbotsverfügung vom 22.11.1993. Auch sämtliche Nachfolgeorganisationen sind davon erfasst. Aufgrund der strukturellen Gleichheit zur Ursprungsorganisation wird von den Sicherheitsbehörden weiterhin die Bezeichnung PKK verwandt.
Leitung	Abdullah ÖCALAN
Publikationen	u. a. „SERXWEBUN“ („Unabhängigkeit“), monatlich
Mitglieder/Anhänger (Bund)	ca. 11.500 (2008: 11.500)
Teilgebiet Erfurt	ca. 70

3.1 Überblick, allgemeine Lage

Die als marxistisch-leninistische Kaderorganisation konzipierte „Partiya Karkeren Kurdistan“ (PKK) ist 1978 von Abdullah ÖCALAN in der Türkei mit dem Ziel gegründet worden, einen autonomen Kurdenstaat zu erzwingen. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen begann sie 1984 einen Guerillakrieg gegen das türkische Militär zu führen, dem bislang über 40.000 Menschen zum Opfer fielen. Da auch von in Deutschland ansässigen PKK-Anhängern gewalttätige Aktionen gegen türkische Einrichtungen ausgingen, wurde 1993 ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot gegen die PKK ausgesprochen.

Nach der Festnahme Abdullah ÖCALANs im Februar 1999 in Nairobi/Kenia beschloss die PKK ihre grundsätzliche Neuausrichtung. Im Rahmen einer fortan propagierten Friedensstrategie sollte nicht mehr die politische Autonomie, sondern die Anerkennung der kurdischen Identität durch den Erhalt der sozialen und kulturellen Eigenständigkeit der Kurden innerhalb der staatlichen Ordnung der Türkei angestrebt werden.

Auf dem 7. Parteikongress im Januar 2000 wurde die neue, politisch friedliche Linie der PKK beschlossen und als übergeordnetes Ziel die zu erreichende Einheit aller Kurden unter Wahrung der bestehenden Staatsgrenzen benannt. Seither ist die PKK bemüht, als politische Partei internationale Anerkennung zu erlangen und als vollwertiger Gesprächspartner bei der Lösung der „Kurdenfrage“ in der Türkei akzeptiert zu werden.

Die Partei verfolgt hierbei eine Doppelstrategie: Während sie in Europa ihr gewaltfreies Agieren bekräftigt, tritt sie in der Türkei bis heute mit militanten Aktionen in Erscheinung. Sie beruft sich dabei insbesondere auf das von ihr proklamierte „Recht auf legitime Selbstverteidigung“. Ausdruck dessen ist die im Zuge der o. g. Neuausrichtung erfolgte Umbenennung ihres militärischen Arms von „Volksbefreiungsarmee Kurdistans“ (ARGK) in „Volksverteidigungsarmee“ (HPG), die sich sodann in das heutige Kampfgebiet im Nordirak zurückzog.

Auch 2009 führte die türkische Armee militärische Offensiven gegen Kräfte der PKK durch. Zugleich ließ die türkische Regierung den Eindruck eines zumindest punktuellen Einlenkens

aufkommen. So ist zum Jahresbeginn der staatlichen Fernsehsender „TRT-6“ ins Leben gerufen worden, der durchgehend in kurdischer Sprache über Satellit sendet. Im Februar begannen türkische Ermittler auf Betreiben der Regierung nach den Leichen ermordeter Kurden im Südosten des Landes zu suchen. Über weitere Reformen, von der Anwendung und Lehre der kurdischen Sprache bis hin zu einer Aufnahme der Kurden als Minderheit in die türkische Verfassung, werde nachgedacht. Eigenen Bekundungen nach unterstütze ÖCALAN diese Entwicklung mit seinem „Plan für die Lösung der Kurdenfrage“ („Roadmap“). Im Herbst seien bereits sog. Friedenstruppen, bestehend aus PKK-Aktivisten und kurdischen Flüchtlingen, in die Türkei zurückgezogen, um die Friedenswilligkeit der PKK zu dokumentieren.

Dieser augenscheinlichen Annäherung steht das vom türkischen Verfassungsgericht am 11. Dezember ergangene Verbot der bis dahin im Parlament vertretenen „Partei für eine Demokratische Gesellschaft“ (DTP) und deren damit angeordnete Auflösung gegenüber. In der Begründung des Gerichts wird hauptsächlich auf die Nähe der prokurdischen DTP zur PKK abgestellt. Führende DTP-Politiker sind mit einem fünf Jahre währenden Politikverbot belegt worden. In mehreren türkischen Städten kam es daraufhin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der PKK und Sicherheitskräften. Neben den von der PKK behaupteten Haftverschärfungen für Abdullah ÖCALAN wurde das Parteiverbot von PKK-Anhängern deutschlandweit zum Anlass für Demonstrationen genommen.

3.2 Organisatorische Situation

Im Frühjahr 2005 hatte die seit 2003 unter der Bezeichnung „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL) auftretende Organisation auf dem „Kongress zum Wiederaufbau“ die Gründung einer „neuen PKK“ beschlossen, die innerhalb des KONGRA GEL zu dessen ideologischer Unterstützung diene. Darüber hinaus wurde das System der „Koma Komalen Kurdistan“¹¹⁸ (KKK, ab 2007 „Koma Ciwaken Kurdistan“¹¹⁹ – KCK) präsentiert, welches nach den Vorstellungen ÖCALANs eine „Föderation eines demokratischen Nahen Ostens“ etablieren soll. Um die ihm nach wie vor zuerkannte Autorität zu manifestieren, wurde ÖCALAN trotz seiner Inhaftierung zum „kurdischen Volksführer“ ernannt. Maßgebliche Funktionen in allen Gremien sind mit langjährigen Funktionären der vormaligen PKK besetzt worden. Dem KONGRA GEL steht Remzi KARTAL vor. Im KCK wird ÖCALAN durch den Vorsitzenden des KCK-Exekutivrats, Murat KARAYILAN, vertreten.

Die „Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK), die im Juni 2004 aus der „Kurdischen Demokratischen Volksunion“ (YDK) hervorgegangen ist, bestimmt die politischen Aktivitäten der PKK in Europa. Vom 10. bis 15. Mai traf sie sich in Südfrankreich zu ihrer jährlichen Generalversammlung.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Teil der hierarchischen Struktur der PKK, bestehend aus drei „Regionen“ mit 28 „Gebieten“. Seit etwa 1997 stellt das „Teilgebiet Erfurt“ die einzige in Thüringen etablierte Struktur der PKK dar. Es ist dem „Gebiet Kassel“, welches der „Region Nord“ zugehört, organisatorisch angeschlossen und umfasst neben dem Großraum Erfurt auch Weimar und Teile West- sowie Südwestthüringens. Ein von der Partei bestimmter Teilgebietsleiter ist u. a. für die Mobilisierung zu Veranstaltungen, die Verteilung und den Verkauf von Propagandamaterial und für die Spendensammlungen verantwortlich. Die PKK-Anhängerschaft im „Teilgebiet Erfurt“ umfasst ca. 70 Personen.

¹¹⁸ Übersetzt „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“.

¹¹⁹ Übersetzt „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“.

Die umzusetzenden Vorgaben und Anordnungen der CDK-Leitung werden durch Gebiets- und Teilgebietsleiter zur Basis transportiert. Diese ist vornehmlich in kurdischen Kulturvereinen organisiert. In Deutschland existieren etwa 60 solcher Vereine, die dem Dachverband „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) angeschlossen sind. Dazu zählt auch der „Kurdisch-Deutsche Freundschaftsverein Erfurt e.V.“, dessen Aktivitäten nach der 2008 erfolgten Aufgabe des bisherigen Vereinsobjekts zurückgegangen sind.

Mit Hüseyin ACAR, der 2008 als Deutschlandverantwortlicher der PKK tätig war, ist im Berichtsjahr ein hochrangiger Funktionär wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung und Nötigung in einem besonders schweren Fall vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. ACAR hielt sich in der Vergangenheit auch in Thüringen auf.

3.3 Finanzierung

Die PKK nutzt verschiedene Finanzierungsquellen, u. a. Mitgliedsbeiträge, Veranstaltungseinnahmen und den Publikationsverkauf. Den weitaus größten Einnahmeanteil erzielt sie regelmäßig während der jährlich unter den Anhängern in Europa durchgeführten Spendenkampagne. Allein in Deutschland wurden anlässlich der Spendenkampagne 2008/2009 mehrere Millionen Euro gesammelt.

Die eingenommenen Gelder dienen vorrangig der Finanzierung der Guerillaeinheiten und für den Unterhalt der umfangreichen PKK-Strukturen. Zudem werden diverse Großveranstaltungen damit finanziert

Verurteilung eines Spendensammlers

Am 31. Mai wurde ein führender Funktionär der PKK in Erfurt vorläufig festgenommen. Er war bei der Sammlung von Spendengeldern und der Verteilung von Propagandamaterial gestellt worden. Unter Anrechnung der Untersuchungshaft wurde er im November zu einer achtmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt, die das Gericht zur Bewährung aussetzte .

3.4 Propaganda und Themenschwerpunkte

Die PKK versuchte auch in diesem Jahr, das öffentliche Meinungsbild durch diverse Veranstaltungen und Aktionen zu beeinflussen. Schwerpunkt hierbei bildete im zweiten Halbjahr ÖCALANs „Plan zur Lösung der Kurdenfrage“. Um die türkische Regierung zur umgehenden Publikmachung des Papiers zu drängen, wurde die Forderung nach Herausgabe der sog. Roadmap öffentlich artikuliert. Darüber hinaus wurden mehrere Tausend Menschen zur Teilnahme an den jährlich ausgerichteten Großveranstaltungen mobilisiert.

Kundgebung des „Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins Erfurt e.V.“ am 22. April in Erfurt

Der „Kurdisch Deutsche Freundschaftsverein Erfurt e.V.“ (KDF) hatte für den 22. April eine Veranstaltung auf dem Erfurter Anger unter dem Motto „Isolation der Kurden in der Türkei“ angemeldet. Nach Angabe des Veranstalters wurden 30 bis 50 Demonstranten mit Plakaten und Megaphonen erwartet. Tatsächlich verlief die Veranstaltung mit etwa 10 bis 15 Teilnehmern ohne besondere Vorkommnisse.

Hintergrund der bundesweiten Demonstrationen war die Verhaftung einer Vielzahl von Mitgliedern der prokurdischen, in der Türkei zwischenzeitlich verbotenen „Partei für eine Demokratische Gesellschaft“ (DTP)¹²⁰.

Satellitensender „Roj TV“ vorerst wieder auf Sendung

Mit Beschluss vom 14. Mai stellte das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) die aufschiebende Wirkung der Klage gegen das Verbot vom 19. Juni 2008¹²¹ wieder her. Zuvor hatte die mit „Roj TV“¹²² und der „VIKO Fernseh-Produktions GmbH“ (Wuppertal) kooperierende „Mesopotamia Broadcast A/S METV“ (Dänemark) Anfechtungsklage gegen die Verbotsverfügung eingereicht. Bis zu einer endgültigen Entscheidung des Gerichts kann der kurdische Sender in Deutschland wieder ausgestrahlt werden.

Zur Begründung führt das BVerwG an, in Abgrenzung des vereinsrechtlichen Betätigungsverbots von der in Art. 5 Grundgesetz garantieren Meinungs- und Rundfunkfreiheit und dem Recht auf freie Berichterstattung reiche es nicht aus, wenn lediglich ohne Bezug auf die vom Verbot betroffene Vereinigung inhaltlich die gleichen Ziele wie von dieser vertreten würden. Vielmehr müssten die Aussagen vom angesprochenen Zuschauerkreis eindeutig als unterstützende Meinungsäußerung oder Werbung der Redaktion für die PKK verstanden werden.

„17. Internationales Kurdisches Kulturfestival“ am 12. September in Gelsenkirchen

Die „Förderung Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) veranstaltete am 12. September das „17. Internationale Kurdische Kulturfestival“ in Gelsenkirchen. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Ein freier Führer, eine freie Identität und demokratische Autonomie“. Der Fernsehsender „Roj TV“ berichtete live von der Veranstaltung, zu der sich ähnlich viele Teilnehmer wie im Vorjahr (2008: ca. 35.000) einfanden. Auch einige in Thüringen ansässige Kurden waren angereist. Der YEK-KOM-Vorsitzende Ahmet CELIK verwies in seiner Eröffnungsrede auf die von Abdullah ÖCALAN erstellte „Roadmap“ zur Lösung der Kurdenfrage und forderte deren Beachtung. „Wenn man mit den Kurden in Frieden leben will, muss man die Repressionen und Verbote gegen die Kurden aufheben“, so CELIK. Danach wechselten musikalische und kulturelle Darbietungen mit verschiedenen Ansprachen politischen Inhalts. Im Verlauf des Festivals wurden Bilder ÖCALANS und vereinzelt verbotene Fahnen gezeigt. Im Umfeld des Veranstaltungsorts kam es zu Provokationen zwischen kurdischen und türkischen Jugendlichen.

Großdemonstration am 10. Oktober in Straßburg

Aus Anlass des elften Jahrestags der Ausweisung ÖCALANS aus Syrien organisierte die YEK-KOM eine Demonstration unter dem Motto „Freiheit für den Führer, Freiheit für die kurdische Identität, für die demokratische Autonomie“. Nach Berichten der PKK-nahen Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ hätten an der Veranstaltung Tausende Personen teilgenom-

¹²⁰ Siehe Kapitel 3.1.

¹²¹ Der „Mesopotamia Broadcast A/S“ war seinerzeit die Tätigkeit in Deutschland in Bezug auf den Fernsehsender „Roj TV“ untersagt sowie ein Verbot des Senders als auch der „VIKO Fernseh Produktion GmbH“ mit der Begründung erlassen worden, dass der Fernsehsender als Sprachrohr der PKK und zur Verbreitung von Propaganda in ihrem Sinne diene, was sich gegen deutsche Strafgesetze und gegen den Gedanken der Völkerverständigung richte. Am 24. Februar 2010 hat das BVerwG den nach deutschem Recht bestehenden Verbotsgrund bestätigt, sieht ihn aber in Hinblick auf die europäischen Fernseh-Richtlinien als fraglich an. Die Angelegenheit wurde dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorgelegt und das Verfahren ausgesetzt.

¹²² Mit dänischer Lizenz sendender und in Belgien produzierender Satellitensender, der sowohl in Europa als auch in den kurdischen Siedlungsgebieten im Nahen Osten empfangen wird.

men. Wie üblich reisten Anhänger aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter auch einige in Thüringen wohnhafte Kurden, an. Der Vorsitzende des KCK-Exekutivrats, Murat KARAYILAN, und Vertreter der CDK traten mit Redebeiträgen auf.

V. Scientology-Organisation (SO)

Gründung	1954 in den USA 1970 erste Niederlassung in Deutschland
Hauptsitz	Los Angeles
Leitung	David MISCAVIGE, Vorstandsvorsitzender der „Religious Technology Center“ (RTC)
Publikationen	u. a. „Dianetik-Post“, „Impact“, „Free Mind“, „Freiheit“
Mitglieder/Anhänger (Bund)	4.500 bis 5.500 (2008: 5.000 bis 6.000)
Mitglieder Thüringen	einzelne

1. Gesetzliche Grundlagen für die Beobachtung

Seit dem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) vom 5./6. Juni 1997 wird die SO durch die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Mehrheit der Länder beobachtet. Die IMK stellte fest, dass bei der SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bestehen. So besäßen in einer scientologisch geprägten Gesellschaft die durch das Grundgesetz garantierten Rechte keineswegs einen für die Allgemeinheit verbindlichen Charakter. Die Ideologie der SO entwickelt sich nicht aus der permanenten, rationalen, diskussions- und lernbereiten Auseinandersetzung mit der Geistes- und Ideengeschichte, sondern beruft sich auf die angeblich „ewige“ Wahrheit ihrer Lehrsätze. Selbst konstruktive Kritik an diesen Lehrsätzen gilt bereits als abweichlerisches und sanktionswürdiges Verhalten. Wesentliche Grund- und Menschenrechte, wie jenes auf freie Entfaltung der Persönlichkeit oder Gleichbehandlung, würden durch eine scientologische Gesellschaftsordnung eingeschränkt bzw. außer Kraft gesetzt. Allgemeine und gleiche Wahlen lehnt die SO ab. Obgleich sich die SO gern als Kirche präsentiert, ist sie in Deutschland nicht als solche anerkannt.

Im Februar 2008 wies das Oberverwaltungsgericht Münster die Berufung der SO gegen ein erstinstanzliches Urteil des Verwaltungsgerichts Köln aus dem Jahr 2004 zurück und bestätigte die seinerzeit festgestellte Rechtmäßigkeit einer nachrichtendienstlichen Beobachtung. Ein Revisionsverfahren wurde nicht zugelassen. Die daraufhin eingelegte Nichtzulassungsbeschwerde zog die SO wenig später zurück. Das Urteil hat nunmehr Rechtskraft erlangt.

Die SO in Frankreich ist im Oktober des bandenmäßigen Betrugs für schuldig befunden worden. Das Strafgericht verhängte neben einer Geldstrafe in Höhe von 600.000 Euro auch Bewährungs- und weitere Geldstrafen gegen vier hochrangige SO-Vertreter. Die von der Staatsanwaltschaft zugleich geforderte Auflösung der in Frankreich als Sekte eingestuften Bewegung war an einer zwischenzeitlich verabschiedeten Gesetzesänderung zur „Vereinfachung des Strafrechts“ gescheitert.

2. Organisationsstruktur

Die SO geht auf den US-amerikanischen Science-Fiction-Autor Lafayette Ronald HUBBARD (1911-1986) zurück. Er gründete 1954 die erste „Church of Scientology“ in Los Angeles, wo sie bis heute ihren Hauptsitz hat. 1982 übernahm offiziell David MISCAVIGE die Leitung der Organisation. Wenngleich die SO 15 Millionen Mitglieder weltweit angibt, erscheinen Zahlen zwischen 100.000 bis 120.000 realistisch. In Deutschland ist die Zahl ihrer Anhänger rückläufig. Im Berichtsjahr lag sie bei 4.500 bis 5.500.

Im Bundesgebiet bestehen gegenwärtig 14 „Missionen“, acht „Orgs“ und zwei „Celebrity Centers“ (CCs). Bei den „Missionen“ handelt es sich um Basisorganisationen, die einführende Dienste anbieten. Die „Orgs“ stellen darüber hinaus ein breiteres Angebot an Kursen, insbesondere zum „Auditing“ – der maßgeblichen Psychotechnik, mit der Menschen in das System „Scientology“ hineingezogen werden – zur Verfügung. In den CCs werden mit eben jenen Diensten ausschließlich Prominente (Persönlichkeiten des Sports, Künstler und Geschäftsleute) betreut, um diese später als Imageträger für Scientology einzusetzen. Besondere Bedeutung kommt den als „ideale Orgs“ bezeichneten Einrichtungen in den der SO strategisch wichtig erscheinenden Städten zu. In Deutschland hat die SO-Einrichtung in Berlin diesen Status erreicht.

3. SO in Thüringen

Niederlassungen der SO existieren im Freistaat nicht.

Aktivitäten der SO in Thüringen beschränken sich auf das gelegentliche Versenden von Broschüren und Informationsmaterialien an öffentliche Einrichtungen und Privatpersonen. Derartige Maßnahmen gehen jeweils von SO-Niederlassungen außerhalb Thüringens aus.

Die SO bemüht sich seit jeher intensiv um Kontakt zu Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft. In diesem Zusammenhang wandte sich die „Scientology Kirche Frankfurt e.V.“ im Juni mit der Bitte an den Thüringer Landtag, Informationsmaterial, das im Wesentlichen die Anerkennung von Scientology als Religionsgemeinschaft in Argentinien und die Eröffnung einer neuen Niederlassung in Malmö/Schweden betraf, an die Mitglieder des Parlaments weiterzuleiten. Eine vergleichbare Offerte verfolgte die SO bereits im Dezember 2007. Derartige Aktionen zählen inzwischen zum üblichen Repertoire der Organisation, um Mandatsträger im gesamten Bundesgebiet mit ihrem Propagandamaterial zu erreichen.

Im Rahmen einer groß angelegten Bibliothekenkampagne wurde versucht, möglichst viele dieser Einrichtungen mit SO Informationsmaterialien zu bestücken. In Thüringen ging zumindest bei einer Gemeindebücherei eine DVD mit SO-Werbematerial ein.

VI. Ereigniskalender extremistischer Bestrebungen in Thüringen¹²³

Termin:	Ereignis:
4. Januar	Neujahrsempfang des NPD-Landesverbands in Erfurt
10. Januar	Vortragsveranstaltung der „Freien Kräfte“ im „Braunen Haus“ in Jena, am Rande von Protesten verüben Autonome Gewalttätigkeiten.
10. Januar	Kundgebung des NPD-Kreisverbands Jena in Jena
12. Januar	Rechtsextremisten demonstrieren in Arnstadt
17. Januar	Rechtsextremistisches Konzert in Roßleben aufgelöst
17.–18. Januar	Tagung der „Exilregierung Deutsches Reich“ in Mosbach
24. Januar	Beteiligung Autonomer an einer Demonstration des Hausbesetzer-spektrums in Erfurt
Januar–Dezember	Informationsstände der MLPD in Erfurt
Januar	Treffen der MLPD-Wählerinitiative in Erfurt
6. Februar	NW Jena startet Aktionswoche „Ein Licht für Dresden“
7. Februar	NPD-Landesparteitag in Kirchheim
9. Februar	Kundgebung „Freier Kräfte“ in Altenburg anlässlich der bundesweit von Rechtsextremisten betriebenen „Aktionswoche 13. Februar“
20. Februar	Kameradschaftsabend der „Freien Kräfte“ in Hildburghausen
21. Februar	Gründung des BZH in Hildburghausen
21. Februar	Versuch einer Hausbesetzung in Erfurt
28. Februar	Vortrags- und Liederabend im „Braunen Haus“ in Jena
28. Februar	Rechtsextremistisches Konzert in Weimar aufgelöst
28. Februar–1. März	„DDR-Seminar“ der DKP Thüringen in Gera
6. März	Podiumsdiskussion mit Jürgen RIEGER und Frank SCHWERDT im „Braunen Haus“ in Jena
20.–22. März	Frühjahrstreffen der AG – GGG in Nordthüringen
27. März	Autonome randalieren in Erfurt
28. März	Rechtsextremistisches Konzert in Pößneck verhindert
März–April	Treffen der MLPD-Wählerinitiative in Erfurt
1. April	Spontandemonstration von Rechtsextremisten in Arnstadt
3. April	Rechtsextremisten stören Informationsveranstaltung zur HDJ in Arnstadt
13. April	Gewalttätigkeiten im Rahmen einer linksextremistischen Spontandemonstration in Jena
16. April	Autonome an Demonstrationen nach Räumung des „Besetzten Hauses“ in Erfurt beteiligt
Mitte April–Mai	Solidaritätsaktionen und Anschläge nach Räumung des „Besetzten Hauses“
18. April	Autonome an Demonstrationen nach Räumung des „Besetzten Hauses“ in Erfurt beteiligt
18. April	Informationsstand der DKP in Erfurt
21. April	Kundgebung des „Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins Erfurt e. V.“ in Erfurt
29. April	Informationsstand der KPD in Altenburg
2. Mai	Rechtsextremistisches Konzert in Kirchheim aufgelöst

¹²³ Es handelt sich um eine Zusammenstellung repräsentativer Szeveranstaltungen.

Termin:	Ereignis:
6. Mai	Informationsstand der KPD in Altenburg
9. Mai	„Maitreffen“ des BZH in Hildburghausen
Mai–Juni	Informationsstände der KPD in Erfurt
5.–6. Juni	Tagung der „Exilregierung Deutsches Reich“ in Mosbach
6. Juni	Rechtsextremistisches Konzert in Niedertrebra verhindert
6. Juni	„Beachparty“ auf dem Gelände des „Braunen Hauses“ in Jena
13. Juni	„8. Thüringentag der nationalen Jugend“ in Arnstadt mit anschließender „After-Show-Party“ in Kirchheim/Linksextremistische Autonome an Protesten beteiligt
13. Juni	Rechtsextremistisches Konzert in Kirchheim
17. Juni	Kundgebung des NPD-Kreisverbands Erfurt-Sömmerda in Erfurt
18.–21. Juni	Sommersonnenwendfeier der AG – GGG in Nordthüringen
23. Juni	Kundgebung des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis in Bad Salzungen
1.–3. Juli	Mahnwachen des NPD-Landesverbands „Wehret den Anfängen – Überfremdung und Islamisierung stoppen“ in Jena, Erfurt, Eisenach und Gera
11. Juli	Großdemonstration des NPD-Kreisverbands Gera im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Rock für Deutschland“ in Gera/Linksextremistische Autonome an Protesten beteiligt
18. Juli	Rechtsextremistisches Konzert in Haselbach verhindert
18. Juli–15. August	7. Sommercamp des MLPD-Jugendverbands „Rebell“ in der Ferienanlage Truckenthal
22. Juli	Kundgebung des NPD-Landesverbands in Schmalkalden
23. Juli	Kundgebung des NPD-Landesverbands in Kahla
28. Juli	Kundgebung des NPD-Landesverbands in Sondershausen
29.–31. Juli	Kundgebungen des NPD-Landesverbands in Bad Salzungen, Gera, Meiningen, Eisenach
Juli	Gründung einer SDAJ Gruppe in Saalfeld
Juli–August	Informationsstände der KPD in Erfurt
1. August	Rechtsextremistischer Liederabend im Landkreis Greiz verhindert
6. August	Gründung des DVU-Kreisverbands Erfurt
10. August	Kundgebung des NPD-Landesverbands in Sömmerda
11. August	Kundgebung des NPD-Landesverbands in Pößneck
15. August	Treffen „Freier Kräfte“ in Kirchheim
16. August	Gründung des Landesverbands der JR sowie des JR-Kreisverbands Hildburghausen
17. August	Demonstration der rechtsextremistischen Szene in Altenburg
17.–18. August	Informationsstände des DVU-Kreisverbands Erfurt in Erfurt
27. August	Kundgebung des NPD-Landesverbands in Eisenach
28. August	Kundgebung des NPD-Landesverbands in Greiz
29. August	Diverse Kundgebungen des BZH in Hildburghausen
5. September	Rechtsextremistisches Konzert in Schmiedefeld
12. September	NPD-Kreisverband Jena veranstaltet „4. Fest der Völker“ in Pößneck/Linksextremisten an Protesten beteiligt
19. September	„Freie Kräfte“ veranstalten „Wikingerfest“ in Crawinkel
25.–27. September	Herbsttreffen der AG – GGG in Nordthüringen
26. September	Veranstaltung der „Freien Kräfte“ im Außenbereich des „Braunen Hauses“ in Jena

Termin:	Ereignis:
26. September	Rechtsextremistisches Konzert in Erfurt verhindert
29. September	Rechtsextremisten demonstrieren in Arnstadt
2.–4. Oktober	„Tage deutscher Gemeinschaft“ der DDF in Kirchheim
10. Oktober	Rechtsextremistisches Konzert in Kirchheim
16.–17. Oktober	Linksextremisten verüben Anschläge auf DHL-Einrichtungen in Erfurt
17. Oktober	Rechtsextremistisches Konzert in Kirchheim
24. Oktober	„Freies Netz Jena“ organisiert Vortragsveranstaltung mit Liederabend im „Schützenhaus“ in Pößneck
6. November	Rechtsextremisten demonstrieren in Pößneck
7. November	Rechtsextremistisches Konzert in Kirchheim
9. November	Demonstration des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis in Vacha
14.–15. November	Diverse Veranstaltungen von Rechtsextremisten anlässlich des sog. Heldengedenkens in Arnstadt, Kirchheim, Gera, Ronneburg, Greiz, Eisenach, Nordhausen, Heiligenstadt, Friedrichroda, Sömmerda, Wallrabs, Schleusingen, Eichenberg/Linksextremisten an Protesten in Arnstadt und Friedrichroda beteiligt
20. November	Rechtsextremisten demonstrieren in Pößneck
20.–21. November	Tagung der „Exilregierung Deutsches Reich“ in Mosbach
21. November	Landesparteitag der NPD in Kirchheim
21. November	Rechtsextremistisches Konzert in Kirchheim
22. November	Beteiligung Autonomen an Protesten gegen Räumung eines mutmaßlich seit August besetzten Gebäudes in Erfurt
November–Dezember	Informationsstände der KPD in Erfurt
4.–6. Dezember	Wintersonnenwendfeier der AG – GGG in Nordthüringen
6. Dezember	Mutmaßlich linksextremistisch motivierte Anschläge in Weimar
11.–12. Dezember	Tagung der „Exilregierung Deutsches Reich“ in Mosbach
12. Dezember	Rechtsextremistisches Konzert in Kirchheim
12. Dezember	Landesparteitag der DVU in Pfersdorf (Landkreis Hildburghausen)
15. Dezember	Rechtsextremisten verteilen Flugblätter auf dem Weihnachtsmarkt in Jena
21. Dezember	Wintersonnenwendfeier von Rechtsextremisten in Jena
24. Dezember	Verteilaktionen „Freier Kräfte“ an Kinderheimen im Ilmkreis
27.–29. Dezember	Weihnachtstagung des Zirkels um den Rechtsextremisten Meinolf SCHÖNBORN in Kirchheim

VII. Organisierte Kriminalität (OK)

1. Aufgaben des Verfassungsschutzes

Dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) wurde durch das Thüringer Gesetz zur Änderung des Polizei- und Sicherheitsrechts vom 20. Juni 2002 die Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität (OK) im Geltungsbereich des Grundgesetzes als zusätzliche Aufgabe übertragen. Neben Thüringen verfügen Bayern, das Saarland und Hessen über diese Beobachtungskompetenz.

Der Legaldefinition des § 2 Abs. 4 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (ThürVSG) zufolge ist unter OK die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten¹²⁴ zu verstehen, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

1. unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
2. unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
3. unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft

tätig werden.

Die Vorgehensweisen unterliegen einer zunehmenden Professionalisierung und internationalen Vernetzung. Dabei bedienen sich die Handelnden mitunter einer unverfänglich wirkenden Geschäftstätigkeit, um die Tatbegehung zu verschleiern. Über modernste Technik- und Logistikeinrichtungen werden inkriminierte Gelder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt, wobei man sich nur schwer zu durchdringender internationaler Verflechtungen bedient. Teile des erzielten Gewinns dienen dem Ausbau der illegalen Strukturen.

Dem TLfV obliegt es in einem besonderen Maße, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu bewahren und zu schützen. Auch in Bezug auf die OK ist der Verfassungsschutz verpflichtet, frühzeitig auf die von ihr ausgehenden Gefahren hinzuweisen. Dieser originären Aufgabe kommt der Verfassungsschutz insofern nach, als er bereits im Vorfeld Informationen auf dem Gebiet der OK aus unterschiedlichen Quellen – auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln – sammelt, sich abzeichnende Entwicklungen und Zusammenhänge rechtzeitig erkennt und Beobachtungskonzepte für die Zukunft entwirft.

2. Beobachtungsgegenstand in Thüringen

Im Zentrum der hiesigen Beobachtungen standen im zurückliegenden Berichtsjahr kriminelle Rockergruppierungen.

Bei jenen Gruppierungen handelt es sich um Personenzusammenschlüsse mit streng hierarchischem Aufbau, engen persönlichen Bindungen der Gruppenmitglieder untereinander sowie selbstgeschaffenen strengen Regeln und Satzungen. Sogenannte Outlaw Motorcycle Gangs (OMGs) und ihre kriminellen Mitglieder stellen eine ernstzunehmende Erscheinung der Kriminalität dar. Die „Gangs“ sind bestrebt, Einfluss auf verschiedene Kriminalitäts- und Wirtschaftsbereiche zu erlangen und pflegen enge Kontakte zu anderen Gruppierungen, die zum

¹²⁴ Vorwiegend Delikte im Bereich der Geld- und Wertpapierfälschung, der Geldwäsche, des Menschenhandels, der Bandenkriminalität sowie Waffen- und Betäubungsmitteldelikte.

Teil der OK zuzurechnen sind. OMGs grenzen sich – auch äußerlich erkennbar – bewusst von anderen Motorradclubs (MCs) sowie den Normen und Wertvorstellungen der Gesellschaft ab. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Clubs.

Mitglieder von Rockergruppierungen sind vor allem im Vergnügungsgewerbe, in der Tätowierbranche oder dem Securitysektor geschäftlich aktiv. Oft werden legale Geschäfte betrieben, um kriminelle Handlungen zu tarnen. Darüber hinaus sind die Clubs bemüht, sowohl finanzielle als auch ideelle Unterstützung von Vertretern angesehener Berufsstände zu erlangen, um sich ein einflussreiches Umfeld zu schaffen. Mitglieder von OMGs fallen immer wieder durch kriminelle Handlungen auf. Dazu zählen u. a. der Handel mit Betäubungsmitteln, die Förderung der Prostitution, die Erpressung von „Schutzgeld“ sowie diverse Gewaltdelikte.

Die Szene ist von einem hohen Bedrohungs- und Gewaltpotenzial gekennzeichnet. Auf Grund des massiven Expansionsstrebens der Gruppierungen kommt es innerhalb der Szene zu Machtkämpfen um Hoheitsgebiete, zu Racheakten und Vergeltungsschlägen, in deren Zusammenhang von ihren Mitgliedern schwere Straftaten¹²⁵ begangen werden.

Die bekanntesten OMGs, der „Outlaws MC“, der „Hells Angels MC“, der „Bandidos MC“ und der „Gremium MC“, sind mit einem Chapter/Charter (Ortsgruppe) und/oder Supporter (Unterstützerclub) in Thüringen vertreten. Letztgenannte unterliegen den Weisungen der OMGs.

Der „Outlaws MC Gera“ hat sich in Weida niedergelassen. In Weimar befindet sich das Chapter des „Bandidos MC Jena“. Sein vormalig in Apolda und Weimar beheimateter Supporter „Chicanos MC“ hat seine Aktivitäten zwischenzeitlich stark eingeschränkt. Darüber hinaus ist der „Hells Angels MC“ seit Mai 2009 mit einem Charter in Erfurt präsent. Er verfügt zudem über Charter des Supporters „Red Devils MC“ in Erfurt und Saalfeld. In Hildburghausen ist mit dem „Bad Seven MC“ weiterhin ein Supporter des „Gremium MC“ ansässig.

Der bereits 1999 in Thüringen gegründete „Stahlpakt MC“ hatte bis zur Etablierung der o. g. OMGs die Vormachtstellung in Thüringen inne. Hinsichtlich der Mitgliederzahl dominiert er noch immer. Im Berichtszeitraum verfügte er über insgesamt 12 Chapter, eines davon in Sachsen. Der „Stahlpakt MC“ unterhält Kontakte zu anderen MCs, darunter auch sog. 1%-Clubs¹²⁶.

Gewaltpotential und Rivalitäten

Seit Juni 2009 müssen sich Mitglieder des „Bandidos MC Jena“ vor dem Landgericht Gera u. a. wegen schweren Bandendiebstahls verantworten. Die Angeklagten werden beschuldigt, seit Dezember 2006 mehrfach Einbrüche in Verbrauchermärkte in Thüringen, Sachsen und Bayern verübt zu haben.

Vor dem Erfurter Landgericht wurde Anklage gegen Mitglieder des Clubs wegen versuchten Mordes anlässlich einer Messerstecherei vor einer Weimarer Diskothek sowie Bildung einer kriminellen Vereinigung erhoben.

¹²⁵ Juni 2009: Tötung des Präsidenten eines „Outlaw MCs“ in Stetten (Rheinland-Pfalz), Oktober 2009: Tötung eines Mitglieds des „Bandidos MC“ in Duisburg durch einen Vertreter des rivalisierenden „Hells Angels MC“.

¹²⁶ Rockerclubs, die nach ihren eigenen Regeln leben und ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung ihrer Ziele an den Tag legen.

Am 28. Dezember war ein Mitglied des „Hells Angels MC“ in einem Erfurter Motorrad-Fachgeschäft niedergestochen und schwer verletzt worden. Die im Rahmen der Fahndungsmaßnahmen gestellten vier Tatverdächtigen gehören dem rivalisierenden „Bandidos MC Jena“ an.

Jüngste Entwicklungen deuten darauf hin, dass sich die OMGs, insbesondere der „Bandidos MC“ und der „Hells Angels MC“, bei der Ausübung einzelner Gewaltdelikte zunehmend auf Sympathisanten in der Kampfsport- und gewaltgeneigten Hooliganszene stützen, um Verbindungslinien zu den MCs zu verschleiern.

3. Fazit

Seit Übertragung des Beobachtungsauftrags entwickelte der Verfassungsschutz unterschiedliche Strategien, um den verschiedenen Phänomenen der OK im Rahmen seiner Befugnisse zu begegnen. Er ergänzt seitdem die Arbeit der Polizei und der Staatsanwaltschaften dahingehend, dass er durch die langfristig angelegte Beobachtung krimineller Strukturen im Vorfeld konkreter Straftaten zu einer umfassenden Bekämpfung der OK beiträgt.

VIII. Spionageabwehr

1. Überblick

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor ein attraktives Aufklärungsziel der Nachrichtendienste fremder Staaten. Dazu gehören einige Länder aus der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) ebenso wie solche aus dem nah-, mittel- und fernöstlichen sowie dem nordafrikanischen Raum. An den in Deutschland unterhaltenen amtlichen bzw. halbamtlichen Vertretungen dieser Staaten sind die jeweiligen Nachrichtendienste personell unterschiedlich stark präsent. Über ihre als Diplomaten auf Tarndienstposten bei sog. Legalresidenturen¹²⁷ angebotenen Mitarbeiter werden sie zum Zwecke der Informationsbeschaffung entweder selbst – teils offen, teils konspirativ – nachrichtendienstlich tätig oder unterstützen nachrichtendienstliche Operationen, die von den jeweiligen Heimatländern aus geführt werden. Entsprechend ihrer gesetzlichen Aufgabenzuweisung und der politischen Schwerpunktsetzung ihrer staatlichen Auftraggeber orientieren sich die Nachrichtendienste an konkreten Beschaffungszielen zu politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, militärisch-technischen sowie strategischen Fragen.

Die Ausspähung und Unterwanderung von in Deutschland lebenden ausländischen Oppositionellen stellen weitere Aktionsfelder einzelner Nachrichtendienste dar. So wurden 2009 Ermittlungen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit gegen in Bayern wohnhafte Personen geführt, die Informationen über dort ansässige Uiguren¹²⁸ an den chinesischen Nachrichtendienst „Ministerium für Staatssicherheit“ (MSS) weitergegeben haben sollen. Ihr Kontaktmann sei ein über einen Tarndienstposten am Münchener Generalkonsulat beschäftigter Mitarbeiter des MSS gewesen.

Darüber hinaus sind die Regierungen einiger Staaten bemüht, in den Besitz atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen sowie der dazu erforderlichen Trägersysteme zu gelangen. Zur Beschaffung sowohl einzelner Komponenten zu deren Herstellung als auch des erforderlichen Know-hows bedienen sich diese Länder auch ihrer Nachrichtendienste.

Bestrebungen fremder Dienste, durch Spionageaktivitäten insbesondere wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, bestehen fort. Damit einher geht eine stärkere Konzentration der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden auf die präventive Spionageabwehr, um so etwaige Schwachstellen, die Wirtschaftsspionage und Know-how-Transfer für fremde Nachrichtendienste erleichtern, aufdecken zu können.

Die Möglichkeiten der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung sind insbesondere durch die rasante Entwicklung der Kommunikationstechnik vielfältiger geworden. Der freie Zugang zu aktuellen Informationen jeglicher Art, Globalisierung und elektronische Vernetzung versetzten die Dienste heute in die Lage, nahezu barrierefrei auf Daten zugreifen zu können.

¹²⁷ In Thüringen existieren weder Botschaften noch Generalkonsulate anderer Staaten.

¹²⁸ Angehörige eines muslimischen Turkvolks, das mehrheitlich den Nordwesten Chinas besiedelt und wegen des Vorwurfs, separatistische Bestrebungen zu verfolgen, in das Blickfeld des MSS geraten ist.

2. Proliferation

Unter Proliferation versteht man die Weitergabe von atomaren, biologischen und chemischen Waffen (ABC-Waffen) bzw. der zu ihrer Herstellung benötigten Komponenten sowie der entsprechenden Trägersysteme einschließlich des erforderlichen Know-hows an proliferationsrelevante Länder¹²⁹, von denen zu befürchten ist, dass sie diese Waffen von dort aus in bewaffneten Konflikten einsetzen oder ihren Gebrauch zur Durchsetzung politischer Ziele androhen werden.

Die betreffenden Staaten sind zum einen bestrebt, Technologie und Bauteile aus führenden Industrienationen durch Teilhabe am freien Austausch von wissenschaftlichen Informationen und/oder durch Handel zu beschaffen (primäre bzw. vertikale Proliferation), zum anderen beliefern sie sich auch untereinander mit entsprechendem Material bzw. technischem Wissen (sekundäre bzw. horizontale Proliferation). Um internationale Abkommen und nationale gesetzliche Bestimmungen zu unterlaufen, setzen sie auch direkt ihre Nachrichtendienste ein oder nutzen nachrichtendienstliche Methoden. Sie gründen Scheinfirmerien, schalten unverfänglich erscheinende Zwischenhändler ein und verschleiern durch Umweglieferungen über Drittländer sowohl Endabnehmer als auch Endverwendungszweck des einzuführenden Gutes. Die Plausibilität des Endverwendungszwecks und damit die Proliferationsrelevanz feststellen zu können, wird zudem erschwert, wenn es sich um Dual-use-Güter oder -Technologien handelt, da diese sowohl zu zivilen als auch militärischen Zwecken eingesetzt werden können.

Da proliferationsrelevante Staaten bei der Forschung, Entwicklung und Herstellung von ABC-Waffensystemen nur zum Teil autark sind, bleiben sie auf die Beschaffung wesentlicher Komponenten (Anlagen, Geräte oder Grundstoffe) sowie wissenschaftlicher Spezialkenntnisse aus Industrieländern angewiesen. Die europäischen Exportkontrollen stellen aus Sicht der proliferationsrelevanten Länder hohe Barrieren dar. Das Risiko, dass dem jeweiligen Exporteur die Ausfuhr bereits im Vorfeld untersagt oder die illegale Lieferung auf dem Transportweg erkannt und gestoppt wird, ist hoch. Folglich hat die sekundäre bzw. horizontale Proliferation an Bedeutung gewonnen. Proliferationsrelevante Länder beliefern sich immer häufiger untereinander mit entsprechenden Gütern oder richten ihr Beschaffungsinteresse an unverdächtige Schwellenländer¹³⁰ mit deutlich niedrigeren Exportrestriktionen.

Deutschland hat sich internationalen Abkommen, die der Verhinderung von Proliferation dienen, angeschlossen. Überdies bestehen Restriktionen des Außenhandels durch entsprechende Regelungen im Außenwirtschaftsgesetz, in der Außenwirtschaftsverordnung sowie im Kriegswaffenkontrollgesetz.

In die Zuständigkeit der Verfassungsschutzbehörden fällt es, die jeweils ansässigen Institutionen und Unternehmen, die durch ihre Forschungs-, Technologie- oder Produktangebote in das Blickfeld der um Proliferation bemühten Staaten geraten könnten, entsprechend zu sensibilisieren. Ziel dieser präventiven Vorgehensweise ist es, Firmen und wissenschaftliche Einrichtungen in die Lage zu versetzen, mögliche proliferationsrelevante Gefahren frühzeitig erkennen und berücksichtigen zu können. So kann dieser Informationsaustausch im Ergebnis dazu beitragen, besagte Beschaffungsbemühungen zu unterbinden und agierende Netzwerke aufzuklären.

¹²⁹ Zum Beispiel Nordkorea, Pakistan, Iran, Syrien.

¹³⁰ Fortgeschrittene Entwicklungsländer, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Eigendynamik beachtliche Fortschritte in der Industrialisierung erzielt und gegenüber den Industrienationen deutlich aufgeholt haben.

3. Wirtschaftsspionage

Unter Wirtschaftsspionage ist die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Unternehmen zu verstehen. Ihr Ziel besteht darin, mit staatlicher Hilfe und unter Einsatz der Nachrichtendienste des jeweiligen Landes die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu steigern. Sie ist von der Konkurrenzspionage, bei der es sich um die Ausforschung handelt, die ein Unternehmen gegen ein anderes – ohne nachrichtendienstliche Steuerung – betreibt, zu unterscheiden. Hierbei stehen nicht strategische, sondern meist vorübergehend zu erlangende Wettbewerbsvorteile im Mittelpunkt des Interesses.

Die internationale Akzeptanz eines Staates hängt mehr denn je auch von seiner Wirtschaftskraft ab. Um in dem wachsenden internationalen Wettbewerb bestehen oder aber führende Positionen einnehmen zu können, sind Auslandsaufklärungsdienste einiger Staaten per Gesetz verpflichtet, die Wirtschaft ihres Landes unmittelbar durch entsprechende Informationsbeschaffung zu unterstützen. Aufklärungsziele und Methoden richten sich hierbei nach dem jeweiligen technologischen Entwicklungsstand der handelnden Staaten. Hochentwickelte Industrienationen sind folglich vorrangig an Markt- und Wettbewerbsstrategien vergleichbarer Konkurrenten interessiert, weniger entwickelte Staaten hingegen an Fertigungstechniken und technischem Know-how, um Forschungskosten minimieren und wirtschaftliche Rückstände aufholen zu können.

Deutsche Unternehmen mit Expansionsbemühungen auf aussichtsreich erscheinenden internationalen Märkten (z. B. China) sollten verstärkt Aspekte drohender Ausspähung und damit einhergehender Verluste berücksichtigen. Die Auslagerung kostenintensiver Produktionsbereiche ist nicht selten mit der Preisgabe modernster Technologien verbunden, die sodann von dortigen Unternehmen adaptiert und zum Aufbau eigener Produktionslinien genutzt werden. Sofern nicht bereits im Rahmen von Vertragsabschlüssen Fertigungsprozesse zwingend offen gelegt werden müssen, wird unter Einsatz nachrichtendienstlicher Methoden versucht, in Besitz moderner Technologien, Wettbewerbs- und Vermarktungsstrategien zu gelangen. Insbesondere für mittelständische Unternehmen kann der Verlust des Firmen-Know-hows im Einzelfall existenzbedrohend sein.

Wirtschaftsspionage schädigt in erheblichem Umfang nationale wirtschaftliche Strukturen und vernichtet so auch Arbeitsplätze. Die durch Wirtschaftsspionage insgesamt entstehenden ökonomischen und finanziellen Schäden für die heimische Volkswirtschaft bzw. einzelne Unternehmen gilt es zu minimieren. Dies erfordert eine enge Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden und gewerblicher Wirtschaft, wobei die Verfassungsschutzbehörden hinsichtlich der Sensibilisierung zur Thematik ihr Augenmerk vor allem auf kleine und mittelständische Unternehmen richten. So steht das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz zur Verfügung, um bei der Einrichtung von Sicherungsmaßnahmen, die Barrieren für mögliche Spionageangriffe erhöhen und bekannte Risiken eindämmen, abgestimmt auf den jeweiligen Bedarfsträger zu beraten. Einem effizienten Schutz von Unternehmensgeheimnissen wird künftig wachsende Bedeutung zukommen, er ist ein wesentlicher Wettbewerbs- und Standortfaktor. Die Verantwortung dafür, angemessene Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, liegt bei den Unternehmen und Einrichtungen. Anliegen der Verfassungsschutzbehörden ist es, diese in die Lage zu versetzen, sich vor Angriffen fremder Nachrichtendienste wirkungsvoll schützen zu können. Unternehmen, die sich bereits mit eventuellen Ausspähungsversuchen konfrontiert sehen, dient der Verfassungsschutz es als vertraulicher Ansprechpartner.

4. Methoden der Nachrichtendienste

Zur Erfüllung ihres Aufklärungsinteresses wenden fremde Nachrichtendienste sowohl konventionelle als auch moderne Beschaffungsmethoden an.

Menschliche Quellen werden auch weiterhin ein unverzichtbares Mittel zur nachrichtendienstlichen Informationsgewinnung bleiben. Neben den in sensible Bereiche eingeschleusten Nachrichtendienstmitarbeitern kommen auch Unternehmensangehörige, die für eine Zusammenarbeit geworben wurden, in Betracht. Ebenso können Austauschwissenschaftler, Studenten und Praktikanten, die sich zeitweise in Deutschland aufhalten, mit einem nachrichtendienstlichen Auftrag ausgestattet worden sein oder – ohne dass dem Betreffenden vorher ein konkreter Auftrag zur Informationsbeschaffung erteilt wurde – nach ihrer Rückkehr ins Heimatland vom dortigen Nachrichtendienst abgeschöpft werden. In einzelnen Ländern konzentrieren sich nachrichtendienstliche Operationen auch auf dort aufhältige deutsche Staatsangehörige.

Die Techniken der elektronischen Ausspähung und die daraus resultierenden Gefahren für die betroffenen Einrichtungen stellen eine besondere Herausforderung dar. Bei diesen „Angriffen“ handelt es sich um gezielt durchgeführte Maßnahmen gegen die IT-Infrastruktur. Über das Internet sind sie relativ einfach realisierbar, mit guten Erfolgsaussichten und geringem persönlichen Risiko für den Akteur. Sie treten weltweit immer umfangreicher und modifizierter auf und dürften vielfach auch auf Nachrichtendienste zurückgehen.¹³¹ Die Angriffe, die sich vor allem gegen Industrienationen zu richten scheinen, betreffen neben der Wirtschaft auch Regierungsstellen, Universitäten und Forschungseinrichtungen. Auch in Deutschland sind Angriffe dieser Art festgestellt worden. Versandt werden E-Mails mit korrumpierten Anhängen, die nicht selten auf einen vermeintlich vertrauenswürdigen Absender hindeuten und den Empfänger geschickt zur Öffnung derselben verleiten, oder Mails, die auf entsprechend funktionalisierte Einstellungen im Internet verweisen. In vielen Fällen sind die Mails so gestaltet, dass sie dem Empfänger interessant und wichtig erscheinen und dabei z. B. seine jeweilige Interessens- oder Arbeitsgebiete berühren. Ebenso können Linkverweise – vom eigentlichen Betreiber unbemerkt – zu infizierten Websites führen. Potentieller Schaden für die heimische Industrie geht droht durch die Gefahr der bewussten Manipulation branchentypischer Websites. Neben dem Ausspähen von Daten, was oft mit der Übernahme einer fremden elektronischen Identität einhergeht, besteht die Gefahr, dass von außen computergesteuerte netzgebundene Produktions- und Steuereinrichtungen manipuliert werden können. Da die entsprechenden Angriffe sowie der ihnen folgende Datenverlust oft unbemerkt bleiben dürften oder erst bei Schadenseintritt offenbar werden, sind Sicherungsmaßnahmen unumgänglich und in ihrer Bedeutung nicht hoch genug zu veranschlagen.

5. Ausblick

In einigen Technologiebereichen, die zu erkannten Interessensfeldern fremder Nachrichtendienste zählen, haben sich auch Thüringer Unternehmen erfolgreich etabliert. Insofern können sie durchaus von nachrichtendienstlich gesteuerten Ausspähungsbemühungen betroffen sein. Gerade in weltwirtschaftlich schwierigen Zeiten wecken wegweisende Innovationen und exklusive Fertigungstechnologien besondere Begehrlichkeiten, bestimmen sie nicht nur den

¹³¹ Für eine nachrichtendienstliche oder zumindest staatliche Anbindung dieser Attacken sprechen die konkreten Angriffsziele, die Intensität und der Umfang der Angriffe, ihre Koordination, die Art der eingesetzten Technik, die offenbar zur Verfügung stehenden umfangreichen finanziellen und personellen Ressourcen.

wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen wesentlich, sondern sind zugleich ein Faktor für volkswirtschaftliche Stabilität.

Globalisierung und weltweite elektronische Vernetzung bergen neben nicht mehr wegzudenkenden Vorteilen gleichfalls enorme Risiken in sich. Für Nachrichtendienste eröffnen moderne IT- und Kommunikationssysteme vielfältige Möglichkeiten, in den Besitz sensibler Daten und Informationen zu gelangen. Die daraus erwachsende Gefährdung wird oftmals unterschätzt. Das Bewusstsein, dass Spionage durch politische Annäherung nicht gänzlich an Bedeutung verliert, gilt es zu schärfen. Dies betrifft politische Institutionen und solche aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung gleichermaßen. Mit geeigneten Präventionsmaßnahmen ist derartigen gegen deutsche Interessen gerichteten Spionageaktivitäten entgegenzuwirken.

IX. Geheimschutz

1. Allgemeines

Der Geheimschutz ist für den demokratischen Rechtsstaat unverzichtbar. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass Informationen und Vorgänge, deren Bekanntwerden den Bestand, lebenswichtige Interessen oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines Bundeslands gefährden kann, vor unbefugter Kenntnisnahme geschützt werden. Im Rahmen ihrer Organisationsgewalt haben Behörden Vorkehrungen zur Gewährleistung des Geheimschutzes zu treffen.

Zu den Aufgaben des TlfV zählt gemäß § 2 Abs. 5 Satz 1 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (ThürVSG) die Mitwirkung im Bereich des personellen und materiellen Geheimschutzes.

2. Personeller Geheimschutz

Unter dem Begriff „Geheimschutz“ werden sämtliche Vorkehrungen im weiteren Sinne verstanden, die dem Schutz von Geheimnissen dienen. Nicht jede Person, nicht jeder Amtsträger erfüllt die für den Umgang mit Geheimnissen erforderlichen Voraussetzungen. Folglich gilt es, Personen, die aufgrund bestimmter Verhaltensweisen für Verrat, Erpressung oder Spionage anfällig scheinen, von vornherein den Zugriff auf Geheimnisse zu verwehren. Diesem Ziel dient die Sicherheitsüberprüfung. Dabei wird festgestellt, ob der Überprüfte seiner Vergangenheit, seinem Charakter, seinen Gewohnheiten und seinem Umgang nach Anlass bietet, an seiner persönlichen Vertrauenswürdigkeit zu zweifeln, ob er somit ein Sicherheitsrisiko darstellt. Dabei kommt es nicht auf ein Verschulden im Sinne persönlicher Vorwerfbarkeit an.

Das Sicherheitsüberprüfungsverfahren ist im Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetz (ThürSÜG)¹³² vom 17. März 2003, geändert am 16. Juli 2008, geregelt.

Sicherheitsüberprüfungen werden für Personen, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit gemäß § 1 Abs. 2 ThürSÜG ausüben sollen, durchgeführt. Betroffen sind in erster Linie Personen, die Zugang zu Verschlusssachen haben oder sich diesen verschaffen können.

Als Verschlusssache werden alle im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse – unabhängig von ihrer Darstellungsform – bezeichnet. Schriftstücke, Zeichnungen, Karten, Fotokopien, Lichtbildmaterial, elektronische Datenträger, elektrische Signale, Geräte und technische Einrichtungen können ebenso wie das gesprochene Wort oder Zwischenmaterial (z. B. Entwürfe), das im Zusammenhang mit Verschlusssachen anfällt, eine solche Klassifizierung erfordern.

Für eine Sicherheitsüberprüfung ist der Geheimschutzbeauftragte der jeweiligen Dienststelle bzw. der zuständigen obersten Landesbehörde verantwortlich. Das TlfV wirkt an der Sicherheitsüberprüfung gemäß § 2 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 ThürVSG i. V. m. § 3 Abs. 3 ThürSÜG mit.

Die Sicherheitsüberprüfung wird je nach Geheimhaltungsgrad abgestuft. Den §§ 8 ff. ThürSÜG gemäß wird sie als einfache (Ü 1), erweiterte (Ü 2) oder als erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü 3) durchgeführt. Sie bedarf der vorherigen Zustim-

¹³² Aufgeführt im Anhang des Berichts.

mung sowohl des Betroffenen als auch der gegebenenfalls einzubeziehenden Person (Ehegatte oder Lebenspartner).

Das TLfV wurde im Jahr 2009 in 360 Fällen als mitwirkende Behörde an Sicherheitsüberprüfungen beteiligt und hat jeweils sein Votum gegenüber dem Geheimschutzbeauftragten der einleitenden Dienststelle abgegeben. Im Einzelnen wurden folgende Überprüfungen durchgeführt:

Jahr	Sicherheitsüberprüfung Ü 1	Sicherheitsüberprüfung Ü 2	Sicherheitsüberprüfung Ü 3
2009	203	124	33
2008	199	148	36
2007	155	146	25

3. Materieller Geheimschutz

Der materielle Geheimschutz betrifft die Entwicklung, Planung und Durchführung technischer Maßnahmen, die dem Schutz geheimhaltungsbedürftigen Materials vor Entwendung oder Kenntnisnahme durch Unbefugte dienen. Zu technischen Sicherheitsmaßnahmen sind auch organisatorische Vorkehrungen zu rechnen, die den Geheimschutz verbessern.

Als Rechtsgrundlagen dienen die „Verschlusssachenanweisung für den Freistaat Thüringen“ (VSA) aus dem Jahr 1999¹³³ sowie sie ergänzende Richtlinien. Die VSA richtet sich an Landesbehörden und landesunmittelbare öffentlich-rechtliche Einrichtungen, die mit Verschlusssachen befasst sind und somit Vorkehrungen zu deren Schutz zu treffen haben. Darüber hinaus betrifft sie Personen, die Zugang zu Verschlusssachen erhalten oder eine Tätigkeit ausüben, die einen solchen eröffnet und die Einhaltung bestimmter Schutzvorkehrungen erfordert.

Entsprechend der Schutzbedürftigkeit der Verschlusssache nehmen die herausgebenden Stellen die erforderliche Einstufung in einen der in § 4 Abs. 2 ThürSÜG bestimmten Geheimhaltungsgrade¹³⁴ vor. Aus der jeweiligen Einstufung ergeben sich die notwendigen personellen und materiellen Sicherheitsvorkehrungen. In Hinsicht auf den materiellen Geheimschutz enthält die VSA eine Reihe von Vorschriften, welche die Herstellung, Kennzeichnung und Vielfältigung von Verschlusssachen, den Zugang zu Verschlusssachen, die Dienstpflichten zum Schutz von Verschlusssachen, die Aufbewahrung, Verwaltung und Mitnahme außerhalb des Dienstgebäudes sowie Maßnahmen bei Verletzung von Geheimschutzvorschriften betreffen.

Das TLfV berät öffentliche Stellen hinsichtlich des Umgangs mit Verschlusssachen, der Gewährleistung sicherer Organisationsabläufe oder auch des Einsatzes technischer Sicherheitseinrichtungen wie Alarmsysteme.

¹³³ Thüringer Staatsanzeiger, S. 2716 ff.

¹³⁴ „VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“, „VS-VERTRAULICH“, „GEHEIM“ oder „STRENG GEHEIM“.

Auskünfte zur Geheimschutzbetreuung von Wirtschaftsunternehmen erteilt das:

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (TMWAT)

Der Geheimschutzbeauftragte für die Wirtschaft
Postfach 90 02 25 Max-Reger-Straße 4–8
99105 Erfurt 99096 Erfurt
Telefon: 0361 3797-140

4. Sonstige Überprüfungen

Neben seiner Mitwirkung an Sicherheitsüberprüfungen wird das TLfV an Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz beteiligt. Infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 ist insbesondere auch die Sicherheit im internationalen Luftverkehr und in diesem Zusammenhang u. a. die entsprechende Zuverlässigkeitsüberprüfung in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Seit dem Jahr 2005 werden diese Zuverlässigkeitsüberprüfungen auch für Freizeit-Piloten und Flugschüler durchgeführt. Im Zuge der Einführung einer Nachberichtspflicht für die Sicherheitsbehörden wurde das Wiederholungsintervall dieser Zuverlässigkeitsüberprüfungen ab dem 1. Januar 2009 von 2 auf 5 Jahre heraufgesetzt, sodass die Anzahl der Anfragen an das TLfV im Berichtszeitraum spürbar zurückgegangen ist (497 Anfragen).

Im Rahmen von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Sprengstoffgesetz wurden im Jahr 2009 an das TLfV 213 Anfragen gerichtet.

Jahr	Anzahl der Luftverkehrs-Zuverlässigkeitsüberprüfungen	Anzahl der sprengstoffrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen
2009	497	213
2008	748	239
2007	1007	374